

Stadt Bielefeld

Band 2: Bielefeld Klimaneutral 2030 - Aktionsplan der Stadtverwaltung

April 2024



Impressum

Bearbeitung durch:

Gertec GmbH Ingenieurgesellschaft
Martin-Kremmer-Str. 12
45327 Essen
Telefon: +49 [0]201 24 564-0

Auftraggeber:

Stadt Bielefeld
Umweltamt
August-Bebel-Str. 75-77
33602 Bielefeld

Dieser Bericht darf nur unverkürzt vervielfältigt werden. Eine Veröffentlichung, auch auszugsweise, bedarf der Genehmigung durch die Verfasserin.

Titelbild: Stadt Bielefeld

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	5
I. Einleitung und Aktivitätenprogramm im Überblick	6
II. Portfolioplan im Überblick	8
III. Bewertungssystematik der Aktivitäten	9
1 Handlungsfeld Klimaneutrale Energie	10
2 Handlungsfeld Energieeffiziente Gebäude und Quartiere	29
3 Handlungsfeld Mobilität	52
4 Handlungsfeld Nachhaltiges Wirtschaften	68
5 Handlungsfeld Gesellschaftliche Transformation	85
6 Handlungsfeld Kompensation	98
7 Handlungsfeld Governance	102

Abkürzungsverzeichnis

BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
DGE	Deutschen Gesellschaft für Ernährung
DHKT	Deutschen Handwerkskammertag e. V.
EE-Anlagen	Erneuerbare-Energien-Anlage
HWK-OWL	Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld
IHK Ostwestfalen	Industrie und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
REGE	Regionale Personalentwicklungsgesellschaft mbH
THG	Treibhausgase
WEGE	Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH

I. Einleitung und Aktivitätenprogramm im Überblick

Eine Strategie beschreibt den Weg zum Erreichen eines Ziels. Die Stadt Bielefeld strebt das Ziel an, bis zum Jahr 2030 Klimaneutralität zu erreichen. Klimaneutralität bedeutet hier, dass nicht mehr Treibhausgas (THG)-Emissionen emittiert werden, als durch natürliche oder technische Senken ausgeglichen werden können. Prämisse ist dabei die Einhaltung des Paris-konformen Budgets für das 1,5 Grad Ziel. Hierfür wurde von der Stadt Bielefeld die Erarbeitung einer Konzeptstudie in Form einer Strategie für ein klimaneutrales Bielefeld beauftragt, die zurzeit in Erarbeitung ist.

In einem umfangreichen Beteiligungsprozess wurden viele Vorschläge eingebracht.

Die Strategie ist kein starrer Plan, sondern bildet einen laufenden Prozess ab. Der hier vorliegende Teil beschreibt den Aktionsplan der Kernverwaltung, sowie die Strategie für den Konzern Stadt Bielefeld (vgl. [Abbildung 1](#)).

Die Struktur der gesamten Strategie „Klimaneutral 2030/2035“ ist in dem Portfolio angefügt.

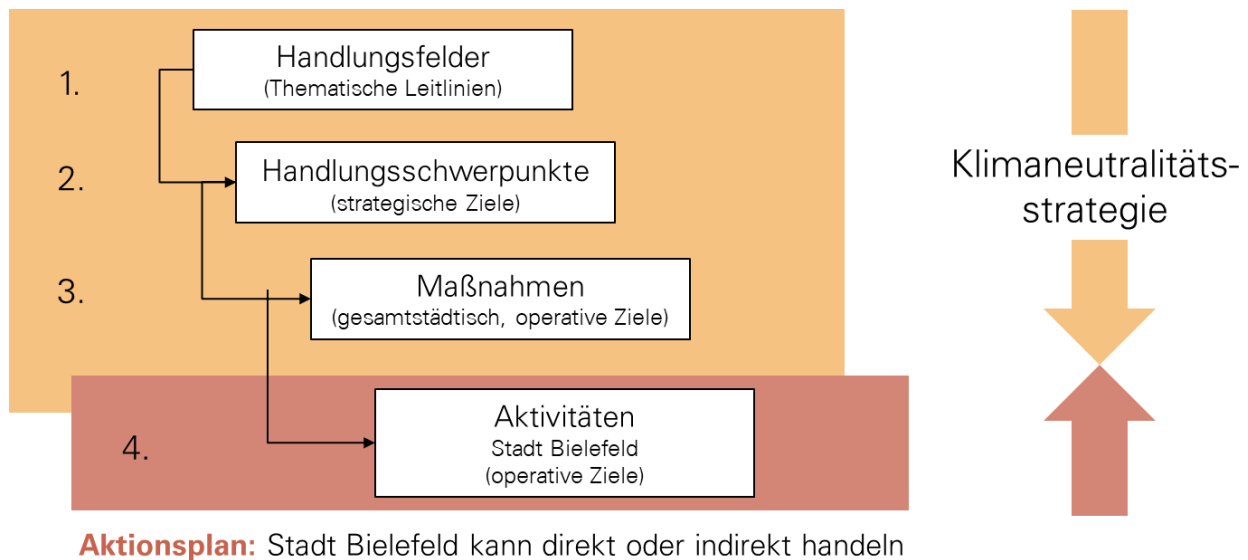


Abbildung 1 Der Aufbau der Strategie Bielefeld Klimaneutral 2030/2035

Die Klimaneutralitätsstrategie für die Gesamtstadt Bielefeld bildet die ersten drei Ebenen ab, der Aktionsplan für die Kernverwaltung wird durch die vierte Ebene beschrieben:

Ebene 1: Die Handlungsfelder beschreiben auf einer übergeordneten Ebene den Weg zur Klimaneutralität: Wer kann handeln, wie kann gehandelt werden und bis wann müssen übergeordnete Ziele erreicht werden? Die Handlungsfelder formulieren hierzu Leitlinien der Treibhausgas-minderung.

Ebene 2: Die Handlungsschwerpunkte konkretisieren und beschreiben, was getan werden muss, um die Klimaneutralität zu erreichen. Hierzu formulieren sie strategische Ziele und benennen die wesentlichen handelnden Akteur*innen sowie Zielgruppen in den Handlungsschwerpunkten.

Ebene 3: Mit den Maßnahmen wird konkret benannt, wer bis wann handeln muss. Darüber hinaus werden hierfür operative Ziele formuliert.

Ebene 4: Mit den Aktivitäten werden direkte und indirekte Handlungsmöglichkeiten der Kernverwaltung der Stadt Bielefeld in Form von Steckbriefen formuliert.

II. Portfolioplan im Überblick



Abbildung 2 Portfolioplan mit Aktivitäten im Überblick

III. Bewertungssystematik der Aktivitäten

Die Aktivitäten werden als Steckbriefe dokumentiert und damit übersichtlich dargestellt. Neben der allgemeinen Beschreibung der Aktivität (Ziel und Strategie, Ausgangslage, Beschreibung, erste Handlungsschritte) umfassen die Steckbriefe die folgenden Kriterien:

- Akteure
- Zielgruppen
- Dauer der Aktivität
- Synergieeffekte
- Zielkonflikte
- Erfolgsindikatoren/Meilensteine
- Zeitaufwand
- Sachkosten
- Finanzierungsansatz
- THG-Einsparung

Nachfolgend werden die vier Bewertungskriterien Zeitaufwand, Sachkosten und THG-Einsparung näher beschrieben:

Zeitaufwand

Über dieses Kriterium wird der Zeitaufwand für die Umsetzung einer Aktivität in Vollzeitäquivalenten pro Jahr abgebildet. Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen. Es wird dabei nicht berücksichtigt, ob dieser Zeitaufwand verteilt an mehreren Stellen anfällt, z. B. bei der städtischen Verwaltung oder städtischen Töchtern. Die Gesamtarbeitszeit weiterer Akteur*innen, sofern deren Mitarbeit Voraussetzung für die Umsetzung der Aktivität ist, wird hier nicht berücksichtigt.

Sachkosten

Die Sachkosten beziffern die für die Umsetzung der Aktivität durch die Stadtverwaltung Bielefeld aufzubringenden Kosten. Dazu zählen bspw. Kosten für Öffentlichkeitsarbeit, Gutachter sowie Investitionen.

THG-Einsparung

Für jede Aktivität wird geprüft, ob eine Energieminderung zu quantifizieren ist, um darauf aufbauend die THG-Minderungspotenziale zu berechnen. Dies erfolgt nach heutigem Kenntnisstand und aktuell geltenden Rahmenbedingungen. Grundlage für die Quantifizierung bilden Ergebnisse aktueller Studien, Evaluationen sowie eigene Erfahrungen. Die THG-Einsparungen werden in zwei Varianten quantifiziert. Zum einen wird die Minderung des jährlichen Emissionsniveaus bei vollständiger Aktivitätenumsetzung angegeben. Zum anderen wird die kumulierte THG-Einsparung beziffert, welche mit der Laufzeit der jeweiligen Aktivität eine zeitliche Komponente beinhaltet.

1 Handlungsfeld Klimaneutrale Energie

Das Ziel der Klimaneutralität kann nur erreicht werden, wenn fossile Brenn- und Kraftstoffe mit sektorenübergreifenden Ansätzen komplett durch erneuerbare Energien ersetzt werden können. Voraussetzung für sektorenübergreifende Versorgungskonzepte ist die Systemintegration erneuerbarer Energien im Einklang mit den Zielen der Klimaneutralität. Die Schlüssel dazu sind Energieeinsparung, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien sowie die gemeinsame Optimierung von Strom-, Gas- und Wärmenetzen (Hybridnetze) und die klimaschonende Wärmeerzeugung. Dabei spielt die Versorgungssicherheit eine besonders wichtige Rolle.

Im Mittelpunkt des Handlungsfeldes stehen daher die folgenden Handlungsschwerpunkte:

- Stadt als Vorbild: Energieversorgung und -erzeugung im kommunalen Einflussbereich
- Energieplanung beschleunigen
- Erneuerbare Energien in der Stromversorgung
- Dekarbonisierte Wärmeversorgung
- Versorgungssicherheit und Sektorkopplung

Die folgenden Aktivitäten werden in einem Steckbrief näher beschrieben:

Nr.	Aktivitätentitel	Seiten
1.1.1.1.	Freiflächen PV auf stadteigenen Flächen realisieren	12
1.3.1.1.	Energiegenossenschaften und weitere Beteiligungsprojekte	14
1.3.2.1.	PV-Ausbau auf Gewerbe-Dachflächen unterstützen	16
1.3.2.2.	Innerstädtisches PV-Potenzial nutzen	18
1.3.3.1.	Freiflächen-PV-Offensive	20
1.4.1.1.	Gemeinschaftliche Versorgungslösungen	22
1.4.1.2.	Anschlusszwang an das Fernwärmenetz	25
1.4.2.1.	Bekanntmachung der Beratungs- und Informationsmöglichkeiten zur Wärmeversorgung	27

Die folgende Abbildung zeigt die Struktur des Handlungsfeldes mit seinen Handlungsschwerpunkten, Maßnahmen und Aktivitäten.

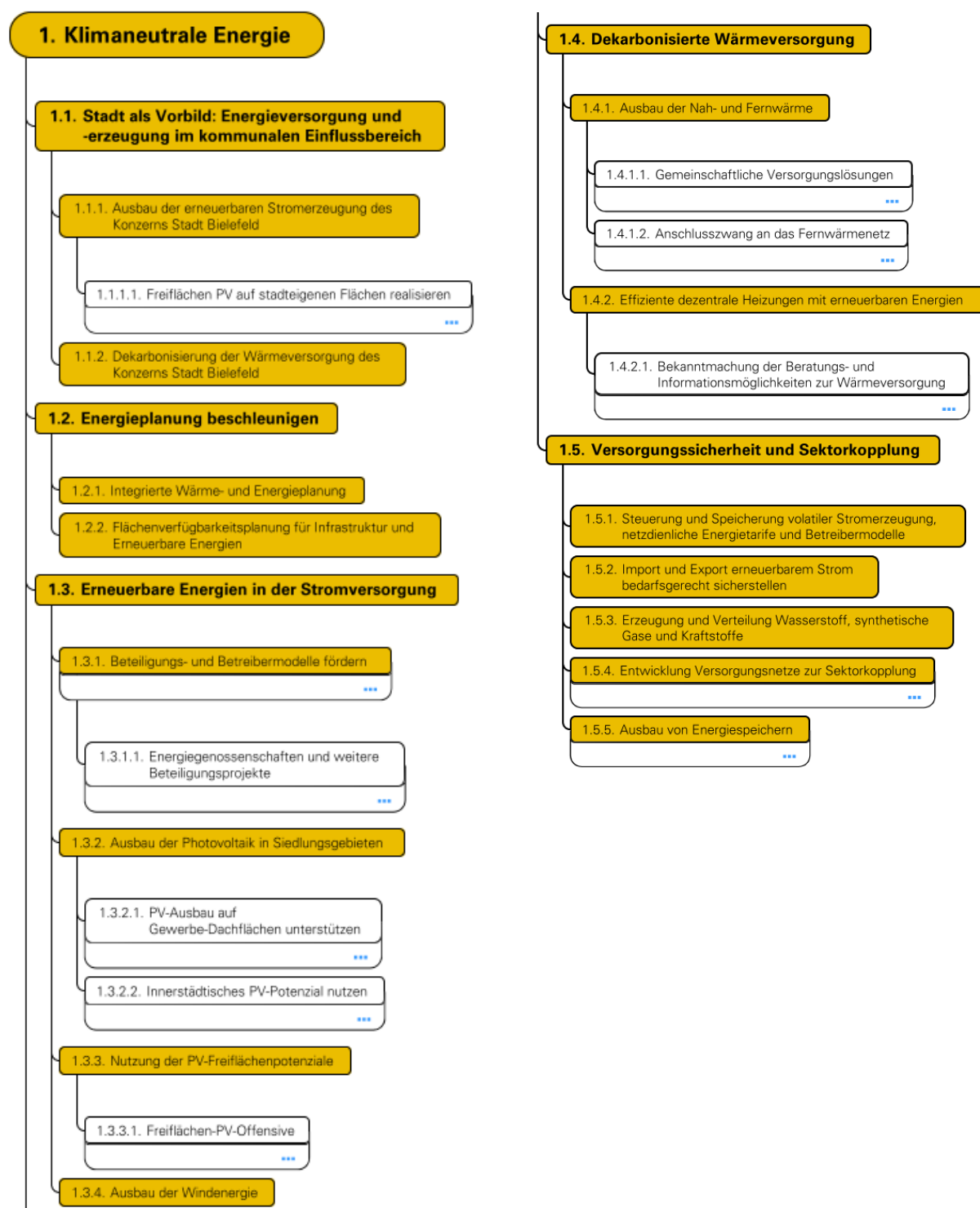


Abbildung 3 Aktivitätenportfolio des Handlungsfelds Klimaneutrale Energie

Klimaneutrale Energie/ Nr. 1.1.1.1.

Freiflächen PV auf stadteigenen Flächen realisieren

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Stadt als Vorbild: Energieversorgung und -erzeugung im kommunalen Einflussbereich	2024	Mittel- und langfristig	Versorgen/ Anbieten

Ziel und Strategie

Mithilfe dieser Aktivität soll die Realisierung von Freiflächen-PV-Anlagen gezielt auf Flächen vorangetrieben werden, welche sich im Besitz des Konzerns Stadt Bielefeld befinden, um im Sinne der Vorbildwirkung einen Beitrag zur Hebung des bestehenden Potenzials zu leisten.

Ausgangslage

Die Stadt Bielefeld hat bereits ein Flächenscreening des gesamten Stadtgebiets für die Errichtung von großflächigen Freiflächen-Photovoltaikanlagen durchgeführt. Die Ergebnisse werden voraussichtlich im Laufe des ersten Quartals 2024 vorgestellt. Im Rahmen des Flächenscreenings wurden gesamtstädtisch potenziell geeignete Flächen für entsprechende Anlagen identifiziert und unter Berücksichtigung verschiedener Kriterien untersucht. Neben Positivkriterien wie Randstreifen um Autobahnen und Bahnlinien sowie weiteren besonders lärmbelasteten Räumen werden Ausschlusskriterien wie z.B. Bauflächen (Wohnen und Gewerbe), Wald, Naturschutzgebiete oder Ersatz- und Ausgleichsflächen zur Beurteilung der Flächen angewendet.

Neben dem Flächenscreening ist im „Handlungsprogramm Klimaschutz“ der Stadt Bielefeld bereits eine Umsetzung für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen durch die Stadt bzw. die Stadtwerke Bielefeld als Teil des Stadtkonzerns auf Altdeponieflächen angedacht.

Beschreibung

Aufbauend auf die Potenzialermittlung gilt es den Ausbau von Photovoltaikanlagen auf städtischen Freiflächen sukzessiv voranzutreiben und ggf. weitere Potenziale zu ermitteln sowie zu erschließen. Dabei sind Flächen innerhalb und außerhalb der EEG-Flächenkulisse zu berücksichtigen, z.B. für Parkplatz- und Agri-PV um Flächenkonkurrenz zu minimieren.

Der Fokus sollte allerdings zunächst auf die Freiflächen im privilegierten Raum entlang von Infrastrukturwegen gelegt werden, da für diese keine aktive Bauleitplanung erforderlich ist, sodass die Freiflächenanlagen schneller realisiert werden können.

Die Stadt Bielefeld würde mit dieser Aktivität nicht nur einen Beitrag zum Ausbau der Erneuerbaren Energien leisten, sondern auch eine Vorbildfunktion, unter anderem für private Grundstückseigentümer, einnehmen. Zudem könnte sich die Stadt Bielefeld parallel für bessere energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene einsetzen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien auf dem Stadtgebiet zu vereinfachen und somit zu beschleunigen.

Erste Handlungsschritte

- Identifizierung von zusätzlichen/neuen Unterstützungsbedarfen mit allen Beteiligten
- Gespräche mit Bahn AG und Gewerbegebiets- bzw. Deponiemanagement zu konkreten Flächen
- Erstellung von flächenbezogenen PV-Konzepten
- Stetige Aktualisierung und Erweiterung der bereits ermittelten Potenziale (z.B. aufgrund gesetzlicher Änderungen)

**Akteur*innen**

Federführung: Immobilienservicebetrieb
Bielefeld (ISB), Stadtwerke Bielefeld
GmbH
Beteiligte: Bauamt, Umweltamt

**Zielgruppe**

Konzern Stadt Bielefeld

**Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten¹**

2 Vollzeitäquivalente/a

**Dauer der Aktivität**

2024 – 2026

**Sachkosten**

150.000 €
zur Erstellung flächenbezogener PV-
Konzepte (Machbarkeitsstudien für
mehrere Flächen)
zzgl. Investitionsmittel zum Bau der PV-
Anlagen

**Finanzierungsansatz**

Haushaltsmittel, ggf. Fördermittel

**THG-Einsparungen**

Derzeit nicht separat quantifizierbar, solange die Ergebnisse des Flächenscreenings noch ausstehen. Quantifizierung erfolgt daher gemeinsam mit den gesamtstädtischen Freiflächen im Steckbrief 1.3.3.1.

**Synergieeffekte**

1.3.2.1. Innerstädtisches PV-Potenzial
nutzen, 1.3.3.1. Freiflächen-PV-
Offensive, 2.1.1.1. Entwicklung und
Umsetzung einer Strategie zum
klimaneutralen Gebäudestandard

**Zielkonflikte**

Fachkräftemangel, Nutzungskonkurrenzen,
Belange des Naturschutzes

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Erstellte PV Konzepte, Installierte
Anlagen, Installierte Leistung

¹ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Klimaneutrale Energie/ Nr. 1.3.1.1.

Energiegenossenschaften und weitere Beteiligungsprojekte

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Erneuerbare Energien in der Stromversorgung	2023	Kurz- und mittelfristig	Beraten/ Motivieren

Ziel und Strategie

Mithilfe von gemeinschaftlich organisierten Energieprojekten bzw. Bürgerenergiegenossenschaften soll der Ausbau der erneuerbaren Energien in der Stadt Bielefeld vorangetrieben werden. Ein häufiges Problem bei der Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften sind fehlende Informationen über Organisation, Aufbau und rechtlichen Rahmen. Durch die beratende Unterstützung der Stadt soll die Wahrnehmung entsprechender Projekte gesteigert und fachliche Beratung vermittelt werden. Unter anderem sollen dadurch Bürger*innen, die nicht über die Möglichkeit der Installation eigener Anlagen verfügen, direkt an der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien beteiligt werden.

Ausgangslage

In Bielefeld gibt es derzeit noch keine Bürgerenergiegenossenschaft. Die Stadtwerke Bielefeld planen allerdings bereits Beteiligungsmodelle für Photovoltaik- und Windkraft-Projekte, bei denen Bürger*innen als Investoren fungieren, beispielsweise bei dem geplanten Bauprojekt „Solarpark Deponie Schiefe Breede“.

Beschreibung

Die Stadt Bielefeld unterstützt motivierte Bielefelder*innen bei der Gründung einer Energiegenossenschaft sowie bei weiteren Bürgerprojekten im Bereich der klimaneutralen Energie. Um die Bielefelder*innen auf diese Möglichkeit der Beteiligung aufmerksam zu machen, finden Informations- und Beratungsangebot zu den unterschiedlichen Möglichkeiten von gemeinschaftlichen Energieprojekten statt. Dabei sollten neben den Vorteilen auch Informationen zur Gründung sowie zu unterschiedlichen Betreibermodellen und finanziellen Beteiligungsmöglichkeiten vermittelt werden, ebenso wie zu rechtlichen Fragestellungen. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit hilft die Stadt bei der Vernetzung interessierter Bielefelder*innen und stellt Informationsmaterial bereit. Erste Erfolge können anschließend ebenfalls durch die Stadt Bielefeld auf unterschiedlichen Formaten kommuniziert und verbreitet werden, um weitere Interessent*innen anzusprechen und die Beteiligungsbereitschaft auszuweiten. Städtische Räumlichkeiten könnten zudem für Projektentwicklungstermine kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Erste Handlungsschritte

- Konzipierung von niederschweligen Informations- und Beratungsangeboten
- Öffentlichkeitswirksame Bewerbung der Angebote und Veranstaltungen
- Zurverfügungstellung städtischer Räumlichkeiten



Akteur*innen

Federführung: Umweltamt
Beteiligte: Immobilienservicebetrieb
Bielefeld (ISB), Bauamt,
Presseamt/Statistikstelle



Zielgruppe

Einwohner*innen

Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten²

0,25 Vollzeitäquivalente/a
für Koordination und Öffentlichkeitsarbeit



Dauer der Aktivität

2023 - 2025



Sachkosten

10.000 € pro Jahr für
Öffentlichkeitsarbeit, Förderung von
Gründung



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar



Synergieeffekte

1.3.2.1. PV-Ausbau auf Gewerbe-
Dachflächen unterstützen, 1.3.3.1.
Freiflächen-PV-Offensive



Zielkonflikte

-



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Anzahl durchgeführter Veranstaltungen,
Anzahl Kontakte bei Veranstaltungen,
Entwicklung gemeinschaftlicher
Energieprojekte auf dem Bielefelder
Stadtgebiet (Anzahl und Leistung)

² Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Klimaneutrale Energie/ Nr. 1.3.2.1.

PV-Ausbau auf Gewerbe-Dachflächen unterstützen

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Erneuerbare Energien in der Stromversorgung	2024	kurzfristig	Beraten/Motivieren

Ziel und Strategie

Mithilfe von PV-Lots*innen sollen Eigentümer*innen von Gewerbeimmobilien bei der Realisierung von PV-Anlagen unterstützt werden.

Ausgangslage

Die Stadt Bielefeld informiert auf ihrer Internetseite über das Thema Photovoltaik und hat u. a. die Handlungsschritte von der Planung bis zur Inbetriebnahme einer Anlage zusammengefasst. Darüber hinaus hat die Stadt bereits mehrere Solarförderungen angeboten, deren Budgets durch die hohe Nachfrage stets schnell ausgeschöpft war. Aktuell wird keine Förderung angeboten. Gerade der Ausbau auf großen Dachflächen, insbesondere von Gewerbe-Immobilien bietet allerdings ein großes Potential, das bisher noch nicht ausreichend genutzt wird. In diesem Zusammenhang fungieren die Stadtwerke Bielefeld als Projektpartner für die Umsetzung von Dachflächen-PV für Unternehmen und Gewerbetreibende.

Beschreibung

Um den Photovoltaik-Ausbau auf Dächern von gewerblichen Nichtwohngebäuden, unabhängig von der finanziellen Förderung der Module, zu unterstützen, wird die Einrichtung eines Förderprogramms in Verbindung mit PV-Lots*innen empfohlen. Hierdurch sollen die Gebäudeeigentümer*innen insbesondere in der Vorplanungsphase beraten und unterstützt werden.

Gewerbetreibenden fehlen häufig die notwendigen Kapazitäten, sich mit klimaschutzrelevanten Themen außerhalb ihres Kerngeschäftes zu beschäftigen. Durch die Förderung soll diese erste Hürde gemindert werden. Im Rahmen der Konzeption der Unterstützungsangebote sollte eine Kooperation mit der Wirtschaftsförderung WEGE geprüft werden.

Erste Handlungsschritte

- Ermittlung der konkreten Bedarfe
- Konzeption der Unterstützungsangebote und Abstimmung mit der Wirtschaftsförderung Bielefeld (WEGE mbH)
- Öffentlichkeitswirksame Bewerbung
- Evaluierung und ggf. Anpassung der Angebote



Akteur*innen

Federführung: Umweltamt
Beteiligte: Wirtschaftsförderung
Bielefeld (WEGE mbH),
Presseamt/Statistikstelle



Zielgruppe

Gebäudeeigentümer*innen von
gewerblichen Nichtwohngebäuden



Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten³

0,5 Vollzeitäquivalente/a zur Koordination



Dauer der Aktivität

2024 – 2029

³ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.



Sachkosten

272.000 €/a für PV-Lots*innen und Förderprogramm



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Annahme: Förderung / Realisierung von PV-Projekten generieren einen jährlichen Zubau von 1 MWp auf Gewerbe-Dachflächen mit einem spez. Ertrag von 875 kWh/KWp*a.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

ca. 1.550 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 5.400 Tonnen CO₂eq



Synergieeffekte

Es ergeben sich Synergien durch die Kombination mit Dachbegrünung (Solargründächer), z.B. im Rahmen des Förderprogramms „Bielefeld begrünt Häuser“

1.3.1.1. Engergiegenossenschaften und weitere Beteiligungsprojekte



Zielkonflikte

Ggf. Konflikte bauordnungsrechtlicher, bauplanungsrechtlicher und denkmalrechtlicher Zulässigkeit der Maßnahmen, mit Solarthermie, Begrünung, Investitionskosten vs. steigende Mieten und Kapazitäten im Handwerk, PV-Lieferkettenengpässe



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Anzahl durchgeführter Beratungen, installierte Leistung

Klimaneutrale Energie/ Nr. 1.3.2.2.

Innerstädtisches PV-Potenzial nutzen

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Erneuerbare Energien in der Stromversorgung	2024	Kurz- und mittelfristig	Beraten/ Motivieren

Ziel und Strategie

Die Aktivität zielt auf die Intensivierung des PV-Ausbaus in der Stadt Bielefeld ab. Ziel ist es neben den bestehenden und bekannten Dachflächen-PV-Potenzialen weitere Potenziale für den Ausbau zu identifizieren und zu nutzen.

Ausgangslage

Die Stadt Bielefeld informiert auf ihrer Internetseite über das Thema Photovoltaik und hat u.a. die Handlungsschritte von der Planung bis zur Inbetriebnahme einer Anlage zusammengefasst. Darüber hinaus hat die Stadt bereits mehrere Solarförderrunden angeboten, deren Budgets aufgrund der hohen Nachfrage stets schnell ausgeschöpft war. Aktuell wird keine Förderung angeboten. Neben (ungenutzten) Dachflächen gilt es, weitere innerstädtische PV-Potenziale zu ermitteln und zu erschließen.

Beschreibung

Bei der im Sofortprogramm aufgeführten Aktivität „Solar auf allen geeigneten Dachflächen“ liegt der Fokus auf der Informationsvermittlung und der zielgruppenspezifischen Beratung für Wohn- und Nichtwohngebäude im Hinblick auf den Ausbau von Dachflächen-PV, während hier die Erschließung der gesamten PV-Potenziale im Bielefelder Stadtgebiet im Fokus steht. Neben den Dachflächen gilt es auch weitere Potenziale zu identifizieren und zu nutzen, wie beispielsweise vertikale Photovoltaikanlagen an geeigneten Fassadenflächen und Lärmschutzwänden oder Parkplatz-PV.

Öffentliche/ Private Parkplatz-PV und PV an Lärmschutzwänden

Parkplätze bieten teils große Freiflächen im Stadtgebiet. Diese können potenziell für die Stromerzeugung mittels PV belegter Überdachung genutzt werden und gleichzeitig ihre Funktion behalten oder gar verbessern, ohne zusätzliche und möglicherweise anderweitig nutzbare Flächen bzw. Naturflächen für den PV-Ausbau zu beanspruchen. Ähnliches gilt für Lärmschutzwände. Eine entsprechende Nutzung könnte daher zusätzlich zu einer Steigerung der Akzeptanz für den Ausbau von Photovoltaikanlagen beitragen. Ziel sollte es daher sein, dass geeignete Lärmschutzwände mit PV ausgerüstet sowie öffentliche Parkflächen wie z.B. von P+R-Flächen, Schulen und Einkaufsläden mit Solaranlagen überdacht werden und die dadurch bestehenden PV-Potenziale, zusätzlich zu den konventionellen Dach- und Freiflächenanlagen, erschlossen werden. Ergänzend dazu gilt es ebenfalls Besitzer*innen privater Parkflächen dazu zu motivieren und zu unterstützen.

Erste Handlungsschritte

- Identifikation der Potenzialflächen (z.B. Fassaden / Parkflächen / Lärmschutzwände)
- Aktualisierung und Erweiterung der bereits ermittelten Potenziale
- PV-Konzepte für öffentliche Parkflächen (externe Beauftragung)
- Beratungsangebote für Besitzer*innen privater Parkflächen schaffen und gezielte Ansprache der Flächenbesitzer*innen



Akteur*innen

Federführung: Umweltamt
Beteiligte: Stadtwerke Bielefeld GmbH,
Bauamt, WEGE mbH



Zielgruppe

Bürger*innen, Gebäude- /
Grundstückseigentümer*innen,

Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten⁴

1,5 Vollzeitäquivalente/a



Dauer der Aktivität

2024 – 2030



Sachkosten

250.000 € für Potenzialanalyse und
Konzeption
500.000 € für die Bezuschussung der
Mehrkosten für PV-Aufständigung



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Annahme: Bis 2030 werden auf dem gesamten Stadtgebiet rund 1,3 ha Parkplatz-PV mit einem Ertrag von ca. 2.4 GWh pro Jahr installiert. Im selben Zeitraum werden 2.000 Balkonsolaranlagen gefördert mit einem Ertrag von ca. 730 MWh/a. Die jährliche Minderung des Emissionsniveaus ist ab vollständiger Umsetzung der Aktivität angegeben. Die kumulierten THG-Einsparungen werden bis 2030 angegeben und beschreiben jeweils die THG-Einsparungen gegenüber dem lokalen Strommix (334,6 g CO₂/kWh).

Minderung des jährlichen
Emissionsniveaus (t/a):

ca. 700 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 2.250 Tonnen CO₂eq

Synergieeffekte

1.3.3.1 Freiflächen-PV-Offensive,
1.4.1.1 Gemeinschaftliche
Versorgungslösungen, 3.3.3.1
Parkraummanagement,
2.2.2.1 Klimafreundliche
Gewerbegebietsentwicklung mit Fokus auf
Bestandsgebiete,
4.2.1.3 Konzept zur
Unternehmensansiedlung & Förderung von
Start-Ups (Energiebranche),
4.5.1.1 Anreize für Ausbildung in
klimarelevanten Berufen
(Nachwuchsförderung), 5.1.1.1
Nachhaltiges Handeln im Quartier



Zielkonflikte

Ggf. Konflikte bauordnungsrechtlicher,
bauplanungsrechtlicher und
denkmalrechtlicher Zulässigkeit der
Maßnahmen, Solarthermie,
Investitionskosten vs. steigende Mieten
und Kapazitäten im Handwerk, PV-
Lieferkettenengpässe, Wirtschaftlichkeit
von Projekten



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Anzahl geförderte Balkonkraftwerke,
Steigerung der bestehenden Potenziale,
Erstellte PV-Konzepte, Installierte
Anlagen, Installierte Leistung

⁴ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Klimaneutrale Energie/ Nr. 1.3.3.1.

Freiflächen-PV-Offensive

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Erneuerbare Energien in der Stromversorgung	2024	Mittel- und langfristig	Versorgen/Anbieten

Ziel und Strategie

Das Ziel der Aktivität ist es den Photovoltaik-Ausbau auf Freiflächen weiter voranzutreiben und zu beschleunigen. Zudem gilt es die Akzeptanz für Freiflächen-Photovoltaikanlagen, auch auf privaten Flächen, zu steigern.

Ausgangslage

Die Stadt Bielefeld führt derzeit ein Flächenscreening des Stadtgebietes, in dem Bauleitplanung zur Errichtung von großflächigen Freiflächen Photovoltaikanlagen betrieben werden müsste, durch, welches gesamtstädtisch potenziell geeignete Flächen für entsprechende Anlagen identifiziert. Neben Positivkriterien wie Randstreifen um Autobahnen und Bahnlinien sowie weiteren besonders lärmbelasteten Räumen werden Ausschlusskriterien wie z.B. Bauflächen (Wohnen und Gewerbe), Wald, Naturschutzgebiete oder Ersatz- und Ausgleichsflächen zur Beurteilung der Flächen angewendet. Die Ergebnisse werden voraussichtlich Mitte 2024 vorgestellt.

Neben dem laufenden Standortkonzept ist im „Handlungsprogramm Klimaschutz“ der Stadt Bielefeld bereits eine Umsetzung für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen durch die Stadt bzw. die Stadtwerke Bielefeld auf Altdeponieflächen festgelegt und in Teilen umgesetzt oder in der Umsetzung („E1 Potentiale für erneuerbare Energien weiter erschließen“). Die Stadtwerke Bielefeld haben zudem bereits Eigentümer*innen für die interessanten Flächen angesprochen. Zudem findet sich auf ihrer Website eine Suchanfrage, um zusätzliche Flächen, wie Acker- / Grünlandflächen, ehemalige Deponien oder Militärliegenschaften sowie Flächen an Eisenbahntrassen und Autobahnen zu pachten, um dort Freiflächen-PV-Projekte zu realisieren.

Beschreibung

Aufbauend auf den gesammelten Ergebnisse des Standortkonzepts und den notwendigen Einzelfallprüfungen werden bei entsprechend positiver Bewertung Bauleitplanverfahren angestoßen. Neben der Schaffung der planungsrechtlichen Grundlagen gilt es entsprechende Konzepte zur Flächenerschließung zu entwickeln und die ermittelten potenziell verfügbaren Freiflächen für den Photovoltaikausbau zu erschließen. Somit gilt es, neben der Schaffung der planungsrechtlichen Grundlagen, die Flächeneigentümer*innen zu aktivieren und die Akzeptanz für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu erhöhen.

Daher wird eine direkte, bedarfs- und zielgruppenspezifische Ansprache der relevanten Grundstückseigentümer*innen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit empfohlen. Diese kann bspw. auch Kampagnen beinhalten. Eine frühzeitige Ansprache und Beteiligung aller relevanten Stakeholder, wie Flächeneigentümer*innen, Landwirtschaftsbetriebe, Anwohner*innen und Naturschutzverbände, ist dabei essenziell. Diese sind über die Rahmenbedingungen zu informieren und bei der Planung und Realisierung zu unterstützen. Im Zuge dessen sollte auch auf die Anwendung neuer Lösungsansätze, wie z.B. auf das Thema Agri-PV, eingegangen werden, wodurch sich zusätzliche Flächenpotenziale ergeben können. Flankiert werden sollten diese konkreten Angebote durch eine breitangelegte Öffentlichkeitsarbeit, die sich an die gesamte Stadtgesellschaft richtet.

Erste Handlungsschritte

- Identifizierung geeigneter Freiflächen (voraussichtlich Mitte 2024 abgeschlossen)
- Konzipierung der Öffentlichkeitsarbeit
- Direkte Ansprache von Flächeneigentümer*innen

- Verfahren zur Schaffung des Planungsrechts einleiten
- Umsetzung der breitenwirksamen Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung bei der Planung und Realisierung von Anlagen
- Evaluation und ggf. Ansprache weiterer Flächeneigentümer*innen

**Akteur*innen**

Federführung: Umweltamt
Beteiligte: Bauamt,
Presseamt/Statistikstelle, Stadtwerke
Bielefeld GmbH

**Zielgruppe**

Grundstückseigentümer*innen,
Landwirt*innen, Naturschutzverbände,
Unternehmen, Vereine, Pächter*innen
und Anlagenbetreiber*innen,
Anwohner*innen, Stadtwerke

**Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten⁵**

1 Vollzeitäquivalent/a

**Dauer der Aktivität**

2024 - 2030 Jahre

**Sachkosten**

10.000 €/a für Öffentlichkeitsarbeit

**Finanzierungsansatz**

Haushaltsmittel

**THG-Einsparungen**

Annahme: Bis 2030 werden 15 % des theoretisch verfügbaren Freiflächen-
Photovoltaikpotenzials (LANUV) im Stadtgebiet erschlossen. Weitere 5 % kommen durch
alternative Ansätze (wie z.B. Agri-PV) hinzu.

Minderung des jährlichen
Emissionsniveaus (t/a):

ca. 29.700 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 96.700 Tonnen CO₂eq

**Synergieeffekte**

Aktivitäten:
1.3.1.1 Energiegenossenschaften und
weitere Beteiligungsprojekte

**Zielkonflikte**

Nichtzurverfügungstellung privater
Flächen, Fachkräftemangel,
Nutzungskonkurrenzen, Belange des
Naturschutzes, Netzausbau, Artenschutz,
Zielkonflikte mit bestehenden
Umweltplanungen je nach räumlicher
Lage (Landschaftsbild, Erholung,
Biotopverbund, etc.)

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Erfolgreiche Absprachen zur
Flächennutzung, installierte Anlagen und
Leistung

⁵ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Klimaneutrale Energie/ Nr. 1.4.1.1.

Gemeinschaftliche Versorgungslösungen

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Dekarbonisierte Wärmeversorgung	2024	Mittelfristig	Beraten/ Motivieren

Ziel und Strategie

Das Ziel dieser Aktivität ist der Ersatz fossiler Energieträger bei der Wärmeerzeugung zugunsten von klimafreundlichen Versorgungsoptionen zur Treibhausgasreduktion mittels gemeinschaftlicher Versorgungslösungen.

Ausgangslage

Derzeit entfällt der Großteil des Energieverbrauchs der Sektoren private Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistung (GHD) und Industrie auf die Energieträger Erdgas, Heizöl sowie Fernwärme.

In Kooperation erarbeiten die Stadtwerke Bielefeld und die Stadt Bielefeld seit 2022 die kommunale Wärmeplanung, als eine verlässliche Planungs- und Investitionsgrundlage für eine Transformation zu einer dekarbonisierten Wärmeversorgung. Diese muss gemäß Wärmeplanungsgesetz bis zum 30. Juni 2026 fertiggestellt sein, während erste Zwischenergebnisse voraussichtlich bereits im Laufe des Jahres 2024 vorliegen.

Des Weiteren befindet sich die Stadt Bielefeld im Erstellungsprozess von Energieleitlinien für neue Bauvorhaben in der Stadt unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen. Es werden verschiedene Ansätze der Wärmeversorgung evaluiert, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und im Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität zu gestalten, bspw. im Bebauungsplan der Klimaschutzsiedlung Schillinggelände.

Energieberatungen werden derzeit unter anderem durch die Stadtwerke Bielefeld angeboten – kostenlos für Stadtwerkekund*innen.

Beschreibung

Vor dem Hintergrund einer angestrebten Klimaneutralität müssen die fossilen Heizungen in Bielefeld durch klimafreundlichere Anlagen auf Basis von erneuerbaren Energien ersetzt werden. Dabei ist stets zu berücksichtigen, dass die Reduzierung des Energiebedarfs bei der Wahl und Auslegung des Heizungssystems integriert betrachtet werden muss und i.d.R. vorausgehen sollte, sodass die zukünftigen Bedarfe durch lokal verfügbare, erneuerbare Energien zu decken sind.

Ein zentrales Element bietet der Austausch bestehender heizöl- und erdgasbetriebener Heizungen. Da viele (benachbarte) Haushalte vor demselben Problem stehen, bietet es sich dabei an, den Fokus auf gemeinschaftliche Versorgungslösungen zu legen, bspw. in Form von Wärmenetzen mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energien (Bsp.: Kaltes Nahwärmenetz in der Klimaschutzsiedlung Schillinggelände). Damit sinken die Treibhausgasemissionen für eine Vielzahl von Haushalten sowie der individuelle Planungsaufwand. Aufgrund der größeren Skalierung der Wärmeerzeuger und einer Verteilung auf mehrere Abnehmer kann zudem von höheren Effizienzen zu niedrigeren Gesamtkosten ausgegangen werden.

Statt auf Individuallösungen zusetzen, sollen daher künftig zentrale und gemeinschaftlich genutzte Wärmeversorgungslösungen stärker anvisiert und gefördert werden. Zwar gilt es zwischen den verschiedenen sektorspezifischen Bedürfnissen zu differenzieren, doch sind diese ebenfalls integriert zu betrachten. Dies ermöglicht auch die Nutzung von Technologien, die für einzelne Haushalte oder Liegenschaften zu teuer wären bzw. sich erst in einem größeren Umfang lohnen. Beispiele hierfür sind die Nutzung von Abwärme von nahegelegenen Industrieanlagen oder Rechenzentren, Großwärmepumpen, gemeinsame Geothermiebohrungen, zentrale Stromspeicher im Quartier und die Einrichtung von kalten Nahwärmenetzen. Zudem gilt es Erfahrungen bspw. mit der Integration von zentralen sensiblen Wärmespeichern oder Latentwärmespeichern (z. B. Eisspeicher) zu sammeln.

In unterschiedlichen Quartieren sollen dafür alternative, klimaneutrale Wärmeversorgungskonzepte im Bestand erprobt werden und sofern sinnvoll auf weitere Bestandsquartiere übertragen werden. Dies bildet eine Ergänzung zur Fernwärmeversorgung. Geeignete Gebiete für alternative Wärmeversorgungskonzepte sollen aus der kommunalen Wärmeplanung und unter Berücksichtigung der LANUV-Potenzialstudien zur Energiewende abgeleitet werden. Falls sinnvoll, können städtische Liegenschaften als Ankerpunkte für Nahwärmenetze dienen. Darüber hinaus gilt es, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu erfassen, um Modelle für das Betreiben, Liefern und Abrechnen entwickeln zu können. Bei diesem Prozess können die Akteur*innen aus den Erfahrungen der Solarsiedlung Kupferheide und der Klimaschutzsiedlung Schillinggelände lernen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist eine Aufklärung der breiten Bevölkerung und das Aufzeigen von Best-Practice-Beispielen sowie unterstützende Beratungen hinsichtlich der Planung und der Einbindung in solche gemeinschaftlichen Versorgungslösungen, inkl. der Benennung der jeweiligen Vor- und Nachteile. Eine Informationskampagne sollte dabei stets die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung – sobald diese vorliegt – berücksichtigen. Parallel zur Erstellung der Wärmeplanung sollte bereits mit der Konzipierung der Kampagne sowie einer Testphase in Pilotgebieten begonnen werden. Durch eine zielgruppenspezifisch und räumlich fokussierte aktive Ansprache werden Gebäudeeigentümer*innen für das Thema sensibilisiert.

Erste Handlungsschritte

- Fertigstellung der kommunalen Wärmeplanung als Planungsgrundlage, inkl. Absprachen mit Abwärmelieferanten, Berücksichtigung der Potenziale für oberflächennahe Geothermie (40-100m) und Auswertung der seismischen Untersuchung für Tiefengeothermie
- Sektorübergreifende Betrachtung von Versorgungsmöglichkeiten (z.B. Kooperation mit angrenzenden Gewerbegebieten)
- Konzeption einer Austauschkampagne für fossile Heizung
- Förderung von Pilotprojekten gemeinschaftlicher Wärmeversorgungslösungen
- Ggf. Anschlusszwang an lokale Wärmenetzprojekte einführen
- Konzeption einer Informationskampagne inkl. gezielter Öffentlichkeitsarbeit, Informationsveranstaltungen und Ausweitung der bestehenden Beratungsangebote (quartiersbezogene statt individuelle Ansprache)
- Aufzeigen von Best-Practice-Beispielen

 Akteur*innen Federführung: Umweltamt, Stadtwerke Bielefeld GmbH Beteiligte: Wirtschaftsförderung WEGE mbH, Bauamt, Amt für Verkehr	 Zielgruppe Gebäudeeigentümer*innen, Wärmeversorger, Wärmenetzbetreiber
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten⁶ 3 Vollzeitäquivalente/a für Koordination und Beratung	 Dauer der Aktivität 2024 – 2030
 Sachkosten 50.000 € für Kampagnenentwicklung und Umsetzung	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel, ggf. Fördermittel

⁶ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.



THG-Einsparungen

Annahme: Jährliche Umstellung von 0,05 % der mit Erdgas und Heizöl betriebenen Heizungsanlagen in den Sektoren private Haushalte, GHD und Industrie auf Nahwärmelösungen

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

ca. 4.400 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 16.700 Tonnen CO₂eq



Synergieeffekte

Die Aktivität hat Synergien mit allen Aktivitäten des Handlungsschwerpunkts Dekarbonisierte Wärmeversorgung und Stadt- und Quartiersentwicklung.



Zielkonflikte

Restnutzungsdauer der installierten Heizungen, bereits umgesetzte Individuallösungen, Ausbau des Fernwärmenetzes, Fachkräftemangel



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Konzeption einer Austauschkampagne, Geförderte sowie geplante und realisierte Pilotprojekte, Durchgeführte Beratungen und Informationsveranstaltungen, Entwicklung der Energieträger und Treibhausgasemissionen

Klimaneutrale Energie/ Nr. 1.4.1.2.

Anschlusszwang an das Fernwärmenetz

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Dekarbonisierte Wärmeversorgung	2025	Mittel- und langfristig	Versorgen/Anbieten

Ziel und Strategie

Mithilfe eines Anschlusszwangs an das Fernwärmenetz soll das Ziel einer Erhöhung der Anschlussquote verfolgt werden, um langfristig eine nachhaltige Wärmeversorgung aufzubauen. Ein Anschlusszwang soll zudem die Wärmeplanung sowie die Kalkulation der anfallenden Kosten vereinfachen, da die Investition skaliert und damit planbar gemacht wird. Die Kosten für die Wärmeverbraucher*innen sollen ebenfalls reduziert werden, indem auf nur eine Technologie gesetzt und der Ausbau doppelter Infrastruktur vermieden wird.

Ausgangslage

Die Stadtwerke Bielefeld sind Betreiber des Fernwärmenetzes, welches bereits stetig ausgebaut wird. Zur Erzeugung der Fernwärme betreiben sie acht Anlagen als Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), darunter die Müllverbrennungsanlage Bielefeld-Herford, ein Heiz- und ein Holzkraftwerk, eine Biogasanlage, ein mit Biomethan betriebenes BHKW sowie drei Spitzenheizwerke Abdeckung der Spitzenlast. Aufgrund der KWK, also der Nutzung der bei der Stromerzeugung entstehenden Wärme, stellt die Fernwärme bereits heute, und trotz des Einsatzes fossiler Energieträger, insbesondere in verdichteten Gebieten eine ökologische Form des Heizens dar. Der weitere Ausbau des Fernwärmenetzes ergibt sich aus der kommunalen Wärmeplanung. Erste Ergebnisse dieser sollten Anfang 2024 mit Politik, Verwaltung und Bürger*innen diskutiert werden.

Beschreibung

Fernwärme wird als primäre Alternative zur Nutzung fossiler Gas- oder Ölheizungen gesehen und bietet eine gemeinschaftliche Lösung, bei der die Wärme zentral erzeugt wird. Dadurch gilt diese als ressourcenschonender und effizienter als dezentrale Individuallösungen und macht die Verbraucher*innen weitestgehend unabhängig von fossilen Brennstoffen. Zudem wirkt sich eine Umstellung, der derzeit für die zentrale Wärmeerzeugung eingesetzten fossilen Energieträger hin zu erneuerbaren Energien, unmittelbar auf sämtliche Wärmeabnehmenden aus. Konstante Verfügbarkeit, geringe Preisschwankungen sowie niedrige Betriebs- und Wartungskosten gelten als weitere Vorteile. Die Kosten für den Netzbetrieb und Wartung sinken zudem mit zunehmender Anzahl an angeschlossenen Wärmeabnehmern. Ziel der Stadt ist es die Anschlussquote an das Fernwärmenetz zu erhöhen. Realisierbar wäre dies durch die Einführung eines Anschluss- und Benutzungszwangs in den erschlossenen Gebieten, sowie in neu zu erschließenden und in neuen Baugebieten. Für die Stadtwerke würde dies zudem die Planung des Wärmenetzes und die Kalkulation und Verteilung der anfallenden Kosten erheblich vereinfachen und dadurch den Ausbau beschleunigen. Bei der Einführung eines Anschlusszwangs ist die Kommunikation von entscheidender Bedeutung. Es gilt die Vorteile aufzuzeigen, über das Vorhaben aufzuklären und Fehlinformationen zu beseitigen.

Erste Handlungsschritte

- Berücksichtigung der kommunalen Wärmeplanung
- Ausbauplan des Fernwärmenetzes erstellen
- Kommunikation zum Ausbau und der geplanten Einführung eines Anschlusszwangs
- Einarbeitung und Erlass einer Satzung zum Anschlusszwang an das Fernwärmenetz auf den Weg bringen

 Akteur*innen Federführung: Umweltamt Beteiligte: Rechtsamt, Amt für Verkehr, Stadtwerke Bielefeld GmbH	 Zielgruppe Bürger*innen, Investoren, Bauunternehmen
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten⁷ 0,5 Vollzeitäquivalente/a	 Dauer der Aktivität 2025 – 2028
 Sachkosten -	 Finanzierungsansatz -
 THG-Einsparungen Annahme: Jährliche Umstellung von 0,1 % der mit Erdgas und Heizöl betriebenen Heizungsanlagen in den Sektoren private Haushalte, GHD und Industrie auf Fernwärme Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): ca. 5.000 Tonnen CO ₂ eq/a	
 Synergieeffekte Aktivitäten: 1.4.1.1. Gemeinschaftliche Versorgungslösungen, 1.4.2.1. Bekanntmachung der Beratungs- & Informationsmöglichkeiten zur Wärmeversorgung	 Zielkonflikte Konflikt durch fehlende Kommunikation, Kostenbelastung für Gebäudeeigentümer*innen durch den Anschluss sowie erforderliche Umrüstung im Vergleich zum Ersatz bestehender Heizsysteme und Infrastrukturen, technische und infrastrukturelle Herausforderungen (insbesondere in älteren Gebäuden)
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Steigerung der Anschlussquote Ausbau des Fernwärmenetzes	

⁷ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Klimaneutrale Energie/ Nr. 1.4.2.2.

Bekanntmachung der Beratungs- und Informationsmöglichkeiten zur Wärmeversorgung

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Dekarbonisierte Wärmeversorgung	2024	Kurzfristig	Beraten/ Motivieren

Ziel und Strategie

Das Ziel ist es über die bereits bestehenden Beratungs- und Informationsmöglichkeiten zu zukünftigen Wärmeversorgungsoptionen aufzuklären und auf diese aufmerksam zu machen.

Ausgangslage

In der Stadt Bielefeld bestehen bereits einige Beratungs- und Informationsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Wärmeversorgung. Eine Auflistung der verschiedenen Beratungsangebote findet man auf der Internetseite der Stadt (<https://www.bielefeld.de/energieberatung>) und der Internetseite von ALTBAUNEUE (<https://www.alt-bau-neu.de/bielefeld/>). Die Stadtwerke Bielefeld und die Verbraucherzentrale stellen dabei zentrale Ansprechpartner dar.

Beschreibung

Die Stadt Bielefeld informiert die Bürger*innen umfangreich über die bestehenden Beratungs- und Informationsmöglichkeiten im Hinblick auf zukünftige Optionen für die Wärmeversorgung. Informationsmaterialien werden den Bürger*innen analog und digital zur Verfügung gestellt. Bestehende Beratungsmöglichkeiten werden bekannter gemacht. Dies erfolgt sowohl zielgruppenspezifisch als auch - unter Berücksichtigung der Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung – thematisch und räumlich fokussiert.

Bei den unterschiedlichen Wärmeversorgungslösungen liegt der inhaltliche Fokus auf dem Ausbau einer dekarbonisierten Wärmeversorgung durch zentrale und dezentrale Versorgungslösungen. Die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung bilden dafür eine wichtige Grundlage. Einwohner*innen können sich zum Beispiel über alternative Heizlösungen oder den geplanten Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen informieren, mit dem Ziel, den Einsatz von fossilen Brennstoffen als Energieträger zu reduzieren. Wärmeversorgung und Gebäudesanierung stehen dabei in direktem Zusammenhang, worauf in den Beratungen hingewiesen werden sollte. Darüber hinaus sollte bspw. im Zusammenhang mit Wärmepumpen auf die Vorteile einer Kombination mit Photovoltaik hingewiesen werden.

Erste Handlungsschritte

- Bewerbung bestehender Beratungsangebote (digital, analog)
- Analyse der Ressourcen für Beratungen
- Perspektivisch ggf. Ausweitung der Beratungsangebote



Akteur*innen

Federführung: Umweltamt
Beteiligte: Bauamt,
Presseamt/Statistikstelle, Stadtwerke
Bielefeld GmbH, externe
Dienstleister*innen



Zielgruppe

Einwohner*innen

Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten⁸

2 Vollzeitäquivalente/a



Dauer der Aktivität

2024 -2030



Sachkosten

200.000 €/a für Öffentlichkeitsarbeit



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Annahme: Jährliche Umstellung von 0,1 % der mit Erdgas und Heizöl betriebenen Heizungsanlagen in den Sektoren private Haushalte, GHD und Industrie auf die Energieträger Umweltwärme und Biomasse

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

ca. 9.550 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 40.200 Tonnen CO₂eq

Synergieeffekte

Aktivitäten:

1.3.2.2. Innerstädtisches PV-Potenzial nutzen, 2.3.1.1. Förderprogramm für die energetische Sanierung von Wohngebäuden, 2.3.1.2. Zielgruppenspezifische Beratung und Unterstützung von privaten Gebäudeeigentümer*innen



Zielkonflikte

-



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Anzahl durchgeführter Beratungen
Zugriffszahlen auf Internetseiten (z.B. ALTBAUNEU)

⁸ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

2 Handlungsfeld Energieeffiziente Gebäude und Quartiere

Von zentraler Bedeutung für den Klimaschutz in Bielefeld sind der umfangreiche Gebäudebestand sowie die Neubautätigkeiten. Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, muss der Gebäudebestand schrittweise mit hohen Wärmedämmstandards saniert werden. Die verbleibenden Wärmebedarfe müssen aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Im Neubau müssen gleichzeitig flächendeckend effiziente Standards für bilanziell treibhausgasneutrale Gebäude und ressourcenschonende Wohnformen etabliert werden. Eine integrierte, nachhaltige und klimafreundliche Stadtentwicklung setzt hierfür den konzeptionellen und planerischen Rahmen des städtischen Handelns unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen Siedlungsflächen. Die Inhalte des Handlungsfeldes Energieeffiziente Gebäude und Quartiere sind insbesondere eng mit denen des Handlungsfeldes Klimaneutrale Energie verbunden, weshalb diese integriert zu betrachten sind.

Im Mittelpunkt des Handlungsfeldes stehen daher die folgenden Handlungsschwerpunkte:

- Stadt als Vorbild: Öffentliche Gebäude
- Stadt- und Quartiersentwicklung
- Wohngebäude Bestandssanierung
- Wohngebäude Neubau
- Nichtwohngebäude

Folgende Aktivitäten werden in Steckbriefen beschrieben:

Nr.	Aktivitätentitel:	Seite
2.1.1.1.	Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zum klimaneutralen Gebäudebestand	31
2.2.1.1.	Energetische Sanierung denkmalgeschützter Siedlungen und Gebäude	34
2.2.1.2.	Bielefelder Quartiere klimafreundlicher gestalten / integrierte Stadtentwicklung stärken	36
2.2.2.1.	Klimafreundliche Gewerbegebietsentwicklung mit Fokus auf Bestandsgebiete	38
2.2.4.1.	Gebäudeinfrastruktur und Flächen effektiver/mehrfach nutzen	41
2.2.4.2.	Gemeinschaftliche und alternative Wohnformen fördern	43
2.3.1.1.	Förderprogramm für die energetische Sanierung von Wohngebäuden	46
2.3.1.2.	Zielgruppenspezifische Beratung und Unterstützung von privaten Gebäudeeigentümer*innen	48
2.3.2.1.	Energetische Sanierung stärken	50

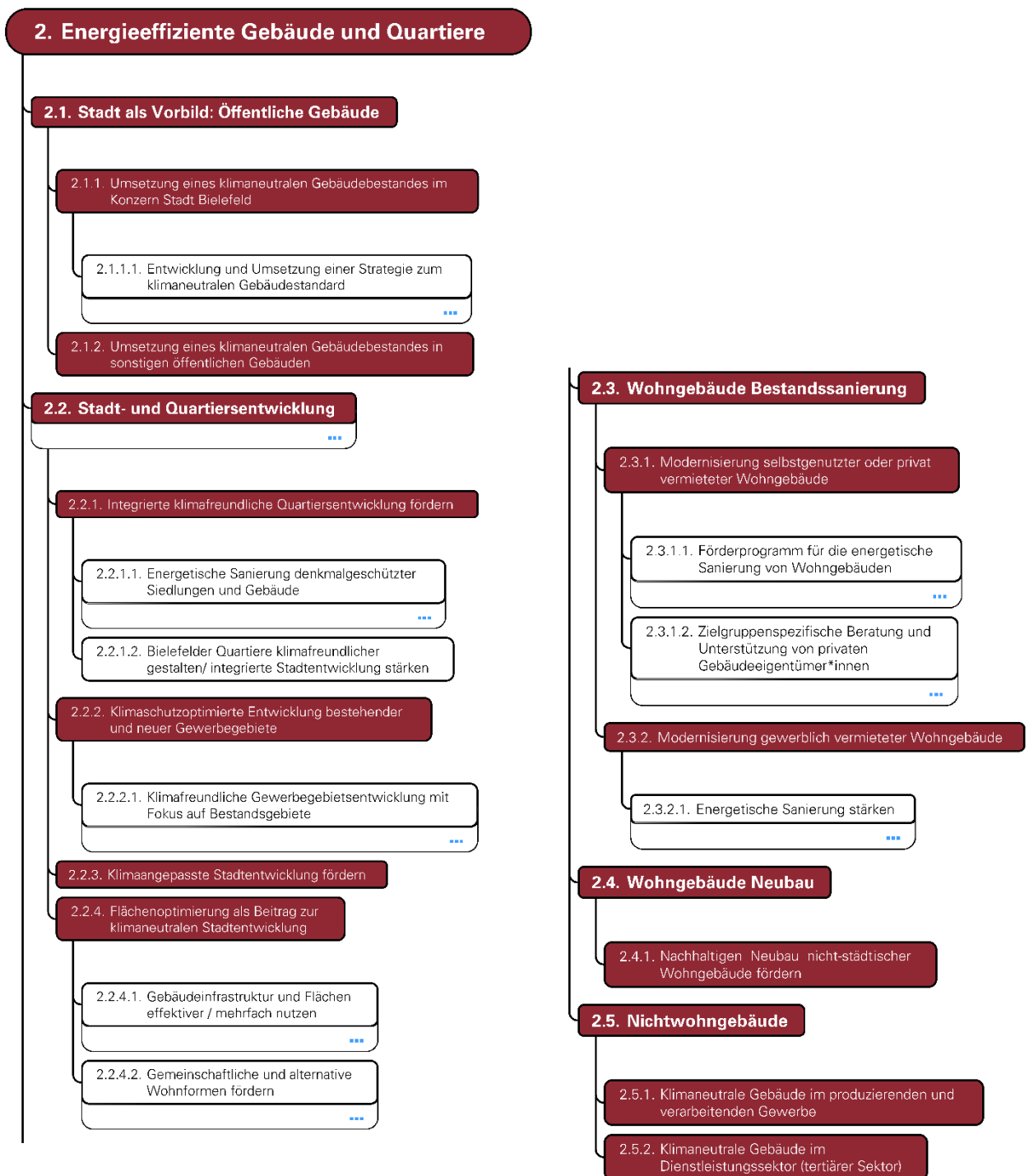


Abbildung 4 Maßnahmen und Aktivitäten im Handlungsfeld Energieeffiziente Gebäude und Quartiere

Energieeffiziente Gebäude und Quartiere/ Nr. 2.1.1.1.

Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zum klimaneutralen Gebäudebestand

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Stadt als Vorbild: Öffentliche Gebäude	2024	mittelfristig	Versorgen und Anbieten

Ziel und Strategie

Zwar machen die kommunalen Gebäude nur einen vergleichsweise kleinen Anteil der gesamtstädtischen Energie- und Treibhausgasbilanz aus, aber mit der energetischen Sanierung dieser Gebäude könnte die Stadt ihre Vorbildfunktion in einem für den Klimaschutz bedeutsamen Teilbereich nutzen. Außerdem könnte die Stadt ihre Energiekosten durch verschiedene bauliche Maßnahmen senken. Für die Umsetzung wäre die Erarbeitung einer ganzheitlichen Strategie unter Einbeziehung aller städtischen Beteiligungen notwendig. Zum einen müssen Bestandsgebäude umfassend energetisch saniert und andererseits mit einer erneuerbaren Strom- und Wärmeversorgung ausgestattet werden, beispielsweise durch einen Anschluss an das städtische Wärmenetz und Ausbau der Dachphotovoltaik. Neubauten werden nach den neuesten baulichen Vorgaben, unter anderem dem Gebäudeenergiegesetz 2024, errichtet. Bei der Planung und dem Neubau öffentlicher Bauten ab 10 Mio € wird laut Beschluss des Rates eine Nachhaltigkeitszertifizierung (Bewertungssystem-Nachhaltiges-Bauen) angestrebt.

Ausgangslage

Aus dem Zwischenbericht Handlungsprogramm Klima bis 2050 von 2021 geht hervor, dass mit der Gebäudesanierung bereits begonnen wurde. Mit der Drucksache 1755/2020-2025 – *Antrag zum Beschleunigungskonzept für die energetische Bestandssanierung und Klimaneutralität für städtische Gebäude* hat die Stadt die nötigen formalen Grundlagen geschaffen, um den Sanierungsprozess verstärkt voranzutreiben. Grundlage ist ein Konzept des ÖkoZentrum NRW, laut dem ein nahezu klimaneutraler Gebäudebestand bis 2030 erreichbar wäre.

Große Einflussfaktoren sind zum Beispiel die großflächigen Erweiterungen des Fernwärmenetzes zur Neuversorgung der städtischen Gebäude, die Errichtung großflächiger Photovoltaikfreiflächen zur klimaneutralen Versorgung der Gebäude durch regenerative Energie und Optimierung des gemeinsamen Nutzerprofils bei Gebäudeflächen.

Um die Sanierung weiter voranbringen zu können, wurde vom ÖkoZentrum NRW die Lockerung der Vergabegrundsätze zur Beschleunigung von Maßnahmen empfohlen. Der ISB prüft bei eigenen Neubauten standardmäßig die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern, auch in Kombination mit Gründächern.

Der Bielefelder Rat hat am 20.02.2022 ein Bauprogramm bestehend aus 109 prioritär zu bearbeitender baulicher Maßnahmen zur Kenntnis genommen. Eine Kategorisierung der Baumaßnahmen in drei Kategorien wurde mit Ratsbeschluss vom 02.11.2023 (Drucks. Nr. 6672/2020-2025) beschlossen.

- Die in Kategorie 1 aufgeführten Maßnahmenpositionen sind bereits baulich abgeschlossen, oder aufgrund des planerischen und baulichen Fortschritts weiterzuführen.
- Die Kategorie 2 beinhaltet Maßnahmen zur Realisierung von Rechtsansprüchen und beschlossenen Bedarfsplänen.
- Die in Kategorie 3 aufgeführten Maßnahmenpositionen werden bei Handlungsbedarf umgesetzt, ansonsten zunächst zurückgestellt. Grundsätzlich werden dabei die Maßnahmen prioritär behandelt, die der Deckung zusätzlicher Flächenbedarfe dienen, d.h. die Errichtung von Neu- und Erweiterungsbauten. Sanierungsmaßnahmen befinden sich aufgrund dieser Priorisierung in Kategorie 3.

Energetische Bauteiloptimierungen im Zusammenhang mit der Gebäudeinstandhaltung werden jedoch umgesetzt. Neue Baumaßnahmen wie zum Beispiel die Erweiterung des Schulcampus Gellershagen

und der Neubau der Luisenschule 2 werden mit besonderem Blick auf die Verwendung von nachhaltigen Baumaterialien in Holzhybridbauweise errichtet.

Beschreibung

Die Stadt erarbeitet unter Berücksichtigung der Beschlüsse zur Abarbeitung des Bauprogramms eine umfassende Sanierungsstrategie, die für jedes Bestandsgebäude den höchstmöglichen energetischen Energiestandard anstrebt. Ein erster Schritt wäre eine Erweiterung der bestehenden Analyse um geplante Bauaktivitäten, differenziert nach Zuständigkeit (Dienststellen bzw. Dezernate, Tochterunternehmen, Ansprechpartner). In Kooperation mit den Stadtwerken wird zudem die Energie- und Wärmeversorgung eines jeden Gebäudes analysiert und – soweit vorhanden – an klimaschonendere Quellen angeschlossen.

Bei einzelnen Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden finden bereits energetische Bauteiloptimierungen im Zusammenhang mit der Gebäudeinstandhaltung statt und im Zuge von Neubauten und Anbauten werden die Schnittstellen zum Bestand untersucht und teils angepasst. Neue Wärmeversorgungen erfolgen teils als Hybridanlagen (Wärmepumpe und Gasheizung), bei geeigneten Gebäuden mit Wärmepumpe.

Insbesondere Schulen stellen dabei eine besondere Herausforderung dar, da die Schulgebäude nicht für längere Zeiträume gesperrt werden könnten. Entsprechend sollten die Schulen in Absprache mit dem Amt für Schule als Teilprojekt mit eigenem Zeitplan betrachtet werden.

Erste Handlungsschritte

- Bestandsaufnahme in Bestandsgebäuden – Erhebung der Energiestandards, geplante Baumaßnahmen (z. B. Austausch von Fenstern, Dachsanierungen, Anbau)
- Abschätzung von erreichbaren Energiestandards durch Sanierung
- Erstellung eines Zeit- und Kostenplans
- Festlegung einer Reihenfolge
- Beantragung von Fördermitteln
- Koordinierung der Gebäudesanierung mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes
- Politischer Beschluss des BISB zu BNB



Akteur*innen

Federführung: Immobilienservicebetrieb Bielefeld (ISB), Stadtwerke Bielefeld GmbH,
Beteiligte: sämtliche städtischen Beteiligungen



Zielgruppe

ISB; Mitarbeiter*innen der Verwaltung



Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten⁹

3 Vollzeitäquivalente/a



Dauer der Aktivität

2024 - 2030



Sachkosten

300.000 € externe Unterstützung bei Strategieentwicklung, investive Mittel nicht quantifizierbar



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, ggf. Fördermittel



THG-Einsparungen

Reduktion des Strom- und Wärmeverbrauchs des kommunalen Gebäudebestandes um 40 %

⁹ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Minderung des jährlichen
Emissionsniveaus (t/a):

ca. 17.900 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 59.500 Tonnen CO₂eq



Synergieeffekte

Aktivitäten:

1.4.1.1. Gemeinschaftliche

Versorgungslösungen

1.4.1.2. Anschlusszwang an das
Fernwärmenetz

1.4.2.1. Bekanntmachung der
Beratungs- und
Informationsmöglichkeiten zur
Wärmeversorgung



Zielkonflikte

Kosten; knappe Ausweichmöglichkeiten
für Schüler*innen, Neubaubedarf an
Schulflächen, Fachkräftemangel



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Revision der bestehenden Gebäudeanalyse,
Erhebung der gegenwärtigen
Energistandards, Erhebung geplanter
Baumaßnahmen in Bestandsgebäuden

Energieeffiziente Gebäude und Quartiere/ Nr. 2.2.1.1.

Energetische Sanierung denkmalgeschützter Siedlungen und Gebäude

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Stadt- und Quartiersentwicklung	2024	Mittelfristig	Beraten und Motivieren

Ziel und Strategie

Denkmalgeschützte Gebäude sind ein wichtiger Teil des Stadtbilds und der Aufenthaltsqualität in Bielefeld, stellen aber besondere Herausforderungen an die energetische Sanierung und die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, wie Solaranlagen oder Dachbegrünung. Die Stadt Bielefeld baut ihr Informations- und Beratungsangebot für Eigentümer*innen denkmalgeschützter Gebäude aus, um auch hier die Sanierungsquote und -tiefe zu erhöhen. Dabei sollen auch Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen an denkmalgeschützten Gebäuden verstärkt in den Angeboten angesprochen werden. Um der Zielsetzung gerecht zu werden wird die Rolle der Bauberatung im Bauamt gestärkt und zu einer Anlaufstelle für Gebäudesanierung weiterentwickelt.

Ausgangslage

Im Sommer 2022 wurde die Denkmalschutzordnung des Landes NRW angepasst, um u.a. die Installation von PV-Anlagen, Solarthermie und die energetische Sanierung von Baudenkmalern zu erleichtern. Die Stadt Bielefeld selbst bietet bereits Beratungen zum Thema energetische Sanierung allgemein und für die denkmalgerechte Sanierung spezifisch an, die den Bürger*innen den Anschluss zu Fördermittelgebern erleichtern sollen. Dafür wird im Frühjahr 2024 zusätzliche Personalkapazität in der unteren Denkmalbehörde – als Teil des Bauamtes – geschaffen, die auch bauordnungsrechtliche Fragen der energetischen Sanierung in einer Stelle bündelt. Darüber hinaus ist die Stadt Bielefeld Teil des Projektes „ALTBAUNEU“ - einer gemeinsamen Initiative von Kommunen und Kreisen in NRW – und stellt umfassende Informationen zu Fragen der energetischen Gebäudesanierung bereit.

Beschreibung

In Zusammenarbeit mit dem Umweltamt überprüft das Bauamt und die zugehörige Untere Denkmalschutzbehörde bestehende Checklisten und Leitfäden, die Hausbesitzer*innen als Orientierungshilfe für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und erneuerbaren Energien während energetischer Sanierungen dienen können. Bei Bedarf werden diese Materialien unter anderem auf Basis der umfangreichen Informationen der Initiative „ALTBAUNEU“ weiterentwickelt und mit konkreten Beispielen, wie z.B. der Installation einer PV-Anlage im Rahmen einer Dachsanierung, ergänzt bzw. an neueste Gesetzesänderungen angepasst. Ziel ist es privaten Eigentümern eine möglichst übersichtliche Orientierung für die Umsetzung von Sanierungs- und Klimaschutzmaßnahmen im Denkmalschutzbereich zu geben. Dazu zählen beispielsweise auch Hinweise für Beantragungsreihenfolgen und Checklisten für benötigte Unterlagen, um Bauamt und Untere Denkmalschutzbehörde zu entlasten. Hier kann auf das bestehende Infomaterial von „ALTBAUNEU“ zu Ansprechpartnern mit Erfahrungen mit Sanierungsmaßnahmen in denkmalgeschützten Gebäuden aufgebaut werden.

Erste Handlungsschritte

- Prüfung und Weiterentwicklung bestehender Leitfäden und Checklisten für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in Bezug auf denkmalgeschützte Gebäude, anhand konkreter Beispiele (Installation einer Solarthermie- oder PV-Anlage, Dachsanierung & Begrünung, energieeffizientere Fenster)
 - Ausweisung von Betrieben mit Erfahrungen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im Denkmalschutz (z.B. Solar-Installateure) in vorhandenem Material („ALTBAUNEU“)
 - Bekanntmachung der neuen Stelle für bauordnungsrechtliche Fragen
-

 Akteur*innen Federführung: Bauamt Beteiligte: Umweltamt, ALTBANEU	 Zielgruppe Eigentümer*innen denkmalgeschützter Gebäude
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten¹⁰ 1 Vollzeitäquivalent/a	 Dauer der Aktivität 2024 – 2030
 Sachkosten -	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Annahme: Durch die Initiative werden bis 2030 ca. 300 Gebäude mit einer kumulierten Wohnfläche von 30.000 m ² energetisch saniert. Dadurch werden 100 kWh/ m ² /a eingespart. <div> <div data-bbox="284 779 582 884"> Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): ca. 4.250 Tonnen CO₂eq/a </div> <div data-bbox="866 779 1220 884"> Kumulierte THG-Einsparung (t): ca. 14.050 Tonnen CO₂eq </div> </div>	
 Synergieeffekte 2.3.1.1. Förderprogramm für die energetische Sanierung von Wohngebäuden 2.3.1.2. Zielgruppenspezifische Beratung und Unterstützung von privaten Gebäudeeigentümer*innen 2.3.2.1. Energetische Sanierung stärken	 Zielkonflikte Fachkräftemangel, Unsicherheiten zu den Anforderungen
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Erstellung der Leitlinie, Ausarbeitung einer Handwerkerliste, ggf. Publikation von Checklisten für den Ablauf auf der Website des Bauamts	

¹⁰ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Energieeffiziente Gebäude und Quartiere / Nr. 2.2.1.2.

Bielefelder Quartiere klimafreundlicher gestalten/ integrierte Stadtentwicklung stärken

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Stadt- und Quartiersentwicklung	2024	Langfristig	Regulieren

Ziel und Strategie

Klimaangepasste Stadtentwicklung vereint mehrere Teilmaßnahmen wie erneuerbare Wärmeversorgung, integrierte Mobilitäts- und Flächenplanung und ressourcenschonende Baustandards. Für zukünftige Stadtentwicklungsprojekte in Bestand und Neubau ergänzt die Stadt ihre Bauleitplanung um diverse Klimaschutzaspekte und schafft so klare Standards für Investoren und Infrastrukturprojekte. Als Beispiel dient die Installation von "kalter Nahwärme" in zwei Wohngebieten. Mithilfe einer interdisziplinär entwickelten und dezernatsübergreifend abgestimmten Strategie zur Umsetzung von integrierten und klimafreundlichen Quartieren soll die klimaangepasste Stadtentwicklung vorangetrieben werden. Dies beinhaltet auch den Aufbau von entsprechenden Prozessen innerhalb der Stadtverwaltung als Teil der Leitlinienentwicklung, sodass die zuständigen Dezernate sich projektbezogen kollaborieren.

Ausgangslage

Quartiersentwicklungsmaßnahmen wurden bereits im Handlungsprogramm Klimaschutz betrachtet (Bsp: Maßnahme K3: Suffizienz in der Quartiersentwicklung insbesondere durch Verkehrsvermeidung und Optimierung im Bereich Bauen und Wohnen) und z.B. durch das Sennestadtticket ergänzt. Mit der Pflicht zur kommunalen Wärmeplanung bekommt die integrierte Stadtentwicklung zusätzliche Bedeutung.

Beschreibung

Bildung räumlich eingrenzbarer Quartiere: In Abstimmung mit allen relevanten Ämtern, sowie den Stadtwerken wird eine einheitliche und verbindliche Grundlage für die weiteren Planungen entwickelt, dabei werden Aspekte aus den unterschiedlichen Fachdisziplinen berücksichtigt (bspw. städtebauliche Rahmenbedingungen, energetisches Sanierungspotenzial, Integration der Fern- und Nahwärmeversorgung). Aufbauend auf dieser Einteilung sollten die betrachteten Quartiere soweit möglich typisiert werden. Anschließend erfolgt eine Bewertung der Gebiete nach Handlungsbedarf und Handlungschancen aus Klimaschutzsicht (Gebäude, Energie und Mobilität, Klimaanpassung, Bedeutung für den Freiraum, Gesundheit und Aufenthaltsqualität der Anwohner*innen). Dabei sollte dem Klimaschutz im Abwägungsprozess eine höhere Gewichtung zugeschrieben werden.

Dabei werden u.a. Leitlinien für die folgenden Aspekte erarbeitet:

- Leitbild „Stadt der kurzen Wege“ bei der Quartiersplanung berücksichtigen: Ziel ist es Quartiere so zu planen, dass alle essenziellen Versorgungspunkte und Dienstleistungen innerhalb von 15 Minuten zu Fuß oder mit dem Rad erreichbar sind.
- Quartiers- und Verkehrsentwicklung stärker integriert betrachten: Für neue Quartiere wird zwingend ein Mobilitätsplanung mit Anschluss an den ÖPNV; Fußwege- und Radwege geplant. In Bestandsquartieren mit ÖPNV-Anbindung wird geprüft, ob die Einführung von verkehrsbeschränkten bzw. -freien Zonen möglich ist. In den begrenzten Bereichen können Straßen zu Radwegen umgewidmet werden.
- Ausbau der Wärmenetze: Bisher wurde bei der Versorgung von Wohngebieten auf die Versorgung mit Gas oder Nahwärme durch BHKW gesetzt. Mit der kommunalen Wärmeplanung wird ein Ausbauplan für verschiedene leitungsgebundene Wärmesysteme erstellt, deren Umsetzung mit Anschlusszwängen abgesichert wird.
- Klimaschutz in Neubaugebieten: Zukünftige Neubaugebiete werden ausschließlich als Klimaschutzsiedlungen geplant. Eine verdichtete Bauweise und mehrstöckige, bzw. kompakte Gebäude tragen dazu bei die Flächenversiegelung zu reduzieren. Mit einer Anpassung der

Bauleitplanung können Mindestanteile rückbaufähiger und recycelter Baumaterialien vorgeschrieben werden, um die graue Energie im Neubau zu reduzieren.

Im Sinne der Sozialverträglichkeit der Quartiersentwicklung sollte außerdem der Milieuschutz thematisiert werden. Die Stadt prüft entsprechend Angebote und Förderungen für z.B. sozialverträgliche Sanierungen des Bundes oder des Landes.

Erste Handlungsschritte

- Die zuständigen Ämter und Fachbereiche bilden eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe, um Leitlinien für die integrierte Planung von Mobilität und Stadtentwicklung auszuarbeiten
- Die bestehenden Prozesse werden analysiert, Lücken identifiziert und Prozesse entworfen
- Unterteilung des Bielefelder Stadtgebietes in Quartiere und Typisierung
- Priorisierung der Quartiere nach Handlungsbedarf und Handlungschancen
- Konzipierung einer Umsetzungsstrategie für den Roll-Out

 Akteur*innen Federführung: Bauamt, Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (BBVG) Beteiligt: Amt für Verkehr, Umweltbetrieb Bielefeld, Bezirksamter, Stadtwerke Bielefeld GmbH, MoBiel GmbH	 Zielgruppe Bauamt, Einwohner*innen, Investoren
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten¹¹ 3 Vollzeitäquivalente/a (ämterübergreifend)	 Dauer der Aktivität 2024 – 2027
 Sachkosten Ca. 125.000 € für die Entwicklung typisierter Versorgungsstrategien für Quartiere	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel Ggf. Fördermittel
 THG-Einsparungen Keine direkte Einsparung. Einsparungen resultieren aus der Umsetzung von Projekten in den Quartieren	
 Synergieeffekte Aktivitäten: 1.4.1.2. Anschlusszwang an das Fernwärmenetz; 2.2.4.1. Gebäudeinfrastruktur und Flächen effektiver / mehrfach nutzen	 Zielkonflikte Sozialverträglichkeit, Priorisierung der Handlungsbedarfe
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Quartiere wurden gebildet, Handlungsbedarf und Handlungschancen wurden identifiziert und priorisiert	

¹¹ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Energieeffiziente Gebäude und Quartiere/ Nr. 2.2.2.1.

Klimafreundliche Gewerbegebietsentwicklung mit Fokus auf Bestandsgebiete

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Stadt- und Quartiersentwicklung	2024	Kurz- bis Mittelfristig	Beraten und Motivieren

Ziel und Strategie

In bestehenden Gewerbegebieten stellen sich mehrere Herausforderungen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Einerseits entstehen nicht nur durch Produktionsprozesse klimaschädliche Gase, sondern auch durch Gebäude, Heizung und Transport sowie die Fahrten der Mitarbeiter*innen, Zuliefer*innen und Kund*innen. Gewerbebetriebe haben somit viele Ansatzmöglichkeiten, ihren Ausstoß zu vermindern, insbesondere durch die Erhöhung der Energieeffizienz, energetischer Gebäudesanierung und Nutzung erneuerbarer Energien. Andererseits besteht die Notwendigkeit, bestehende Gewerbegebiete an neue Anforderungen anzupassen, z.B. um dekarbonisierte Energie- und Wärmebereitstellung, alternative Logistikkonzepte, oder Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung vorzunehmen. Dies kann größere Änderungen der Infrastruktur mit sich ziehen, beispielsweise für eine zukünftige Wasserstoffnutzung, mehr Versickerungsflächen oder höheren Energiebedarf der Produktionsprozesse.

Die Stadt kann Gewerbetreibende durch die Initiierung eines Gewerbegebietsmanagements als Reallabor- Prozess bei der systematischen Umstellung der Heiz- und Prozesswärmeversorgung auf erneuerbare Energien unterstützen und die energetische Sanierung von Gewerbegebäuden anstoßen. Dazu zählen beispielsweise Solarthermie oder der Bezug von Nahwärme aus erneuerbaren Quellen, aber auch die Ausweitung der bestehenden Wasserstoffinfrastruktur auf weitere Anwendungsmöglichkeiten. Als Best-Practice Beispiel kann auf das Pilotprojekt „Nachhaltiges Gewerbegebiet Fechenheim-Nord/Seckbach“ bei Frankfurt verwiesen werden¹².

Ausgangslage

Die Stadt Bielefeld nutzt bereits das Instrument der Bebauungspläne, um u.a. Vegetationsflächen, Gebäude- und Stellplatzbegrünung in Gewerbegebieten festzuschreiben. Außerdem besteht mit dem Gewerbeflächenkonzept 2035, welches die Entwicklung zusätzlicher Gebiete stützt sowie der Nachhaltigkeitsstrategie, eine konzeptionelle Grundlage. Das Gewerbeflächenkonzept thematisiert auch die Aufwertung und Qualifizierung von Bestandsgebieten. Die Energieleitlinien, die sich gegenwärtig in Erarbeitung befinden, machen u.a. Vorgaben zum Thema Gewerbe, differenziert nach Gebäudenutzung.

Beschreibung

Zunächst identifizieren Wirtschaftsförderung, Umweltamt und Bauamt ein Modellgebiet für das Reallabor Gewerbegebietsmanagement, welches ausreichend groß ist und in dem Gestaltungsräume und -potenziale bestehen. Kriterien für die Standortauswahl werden auf Grundlage der Nachhaltigkeitsstrategie und des Gewerbeflächenkonzepts zusammengestellt und können Potenziale und Restriktionen sein, wie z. B. Spektren der Unternehmen, Eigentumsverhältnisse, Emissionen, Pendler- und Warenverkehr, aber auch die Handlungsbereitschaft ansässiger Unternehmen. Außerdem sollten für die Klimaanpassung relevante Aspekte wie eine hohe Bodenversiegelung, wenig Grün oder nächtliche Kaltluftströme in Betracht gezogen werden. Hier besteht Handlungsbedarf, z.B. Entsiegelung, Gebäudebegrünung etc. inklusive einer Analyse der ggf. nötigen Anpassung der öffentlichen Infrastruktur wie Regenwasserableitung, Kanalnetzkapazität, aber auch ÖPNV-Anbindung. Als ein mögliches Modellgebiet wurde das Gelände des ehemaligen Großmarktes im Stadtbezirk Mitte genannt. Hier wird bereits eine städtebauliche Rahmenplanung vorbereitet.

¹² https://www.frankfurter-osten.de/wp-content/uploads/2019/01/Nachhaltiges-Gewerbegebiet_Konzeptpapier_12-2018.pdf

Für die Umsetzung des Reallabors ist eine Vernetzung in einem Peer-Learning Netzwerk notwendig, um in einem zweiten Schritt zielorientiert Maßnahmen entwickeln und umsetzen zu können. Hier kann die Wirtschaftsförderung in kommunikativer Funktion eingebunden werden.

Die Themen für die Standortentwicklung im Rahmen des Gewerbegebietsmanagements werden einerseits den vorliegenden Konzepten entnommen und andererseits in Abstimmung mit den Bedarfen der im Gebiet ansässigen Unternehmen ermittelt. Das Gewerbegebietsmanagement übernimmt dabei die Funktion einer Anlauf und Vermittlungsstelle, sowie die der Koordination für die Umsetzungsphase einzelner Maßnahmen, bspw. bei der Konzeption einer von mehreren Betrieben genutzten Prozesswärmebereitstellung oder gemeinschaftlichen Logistikhubs. Für einen integrativen Ansatz sollten zudem soziale Aspekte wie gemeinsame Aufenthalts- und Freiräume, evtl. Kinderbetreuung sowie gemeinsame Mobilität berücksichtigt werden. Diese Bedarfe werden gebietsübergreifend unter Koordination des Gewerbegebietsmanagements ermittelt und umgesetzt.

Darüber hinaus stellt das Etablieren eines Gebietsmanagements eine wichtige und sinnvolle Aufgabe dar, mit der die ansässigen Unternehmen vernetzt, gemeinsame Belange vorangetrieben, Standortinitiativen befördert und die Außendarstellung des Standortes gefördert werden können. Auch ein Leerstands-/ Immobilienmanagement kann bei Bedarf einbezogen werden. Die Erfahrungen können in einem kurzen Lessons Learned zusammengefasst werden, um so als Hilfe für die nachhaltige Gestaltung weiterer Bestandsgewerbegebiete genutzt werden zu können.

Erste Handlungsschritte

- Zieldefinition „Klimaschutz in Bestandsgewerbegebieten“ auf Grundlage der vorliegenden Konzepte und Klimaanpassungsaspekte
- Standortwahl durch Stadtplanung, Bauamt, Umweltamt und Wirtschaftsförderung
- Etablierung eines Gebietsmanagements mit Unterstützung der Wirtschaftsförderung bei den Kommunikationsprozessen
- Vernetzung ansässiger Unternehmen z.B. in einem Peer Learning
- Integrierte Erarbeitung von Zielsetzungen und Maßnahmen mit ansässigen Unternehmen
- Analyse der aus der Zielsetzung entstehenden Anforderungen an die öffentliche Infrastruktur (Wasser, ÖPNV Anbindung, Netze)
- Umsetzung und Evaluation der Maßnahmen
- Zusammenfassung der Lessons Learned als Arbeitshilfe



Akteur*innen

Federführung: Wirtschaftsförderung
WEGE mbH,
Beteiligte: Umweltamt, Bauamt,
Immobilienervicebetrieb Bielefeld, Amt
für Verkehr, Umweltbetrieb Bielefeld;
Netzbetreiber, Stadtwerke Bielefeld
GmbH, Industrie- und Handelskammer



Zielgruppe

Gewerbegebietsentwickelnde,
Investigierende, Unternehmen



Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten¹³

1,5 Vollzeitäquivalente/a über die
beteiligten Ämter



Dauer der Aktivität

2024 – 2028 (davon ca. 1 Jahr
Vorbereitung, 4 Jahre Umsetzung)

¹³ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.



Sachkosten

Externe Kosten für die Analyse von Gewerbegebieten und ansässiger Unternehmen ca. 5.000 €.
Gewerbegebietsmanager*in auf Honorarbasis: 35.000 €/a als Reallaborförderung.
Die Kosten für die Maßnahmen auf Unternehmensebene tragen die Betriebe.



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, ggf. Zuschuss über die progress.nrw



THG-Einsparungen

Modellhafte Quantifizierung auf Basis von Annahmen: Durch das Gewerbegebietsmanagement kann der Wärmeverbrauch der Unternehmen im Gewerbegebiet um 10 % reduziert werden. Als Startniveau wird 530 GWh/a Raum- und Wasserwärme angenommen.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

ca. 1.100 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 3.250 Tonnen CO₂eq



Synergieeffekte

Synergien bestehen zu den Handlungsfelder Mobilität, Gebäude und Energie.



Zielkonflikte

-



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Identifikation eines Gebietes, Energieverbrauch der Unternehmen sinkt

Energieeffiziente Gebäude und Quartiere/ Nr. 2.2.4.1.

Gebäudeinfrastruktur und Flächen effektiver / mehrfach nutzen

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Stadt- und Quartiersentwicklung	2024	Kurzfristig	Beraten/ Motivieren

Ziel und Strategie

Ziel ist die effizientere Nutzung vorhandener Flächen, Infrastrukturen sowie die Erschließung sonstiger ungenutzter Potenziale (z.B. durch Nachverdichtung). Bestandsanalysen sollen Entwicklungspotenziale offenlegen, damit im Anschluss nach und nach Nutzungskonzepte erarbeitet werden können.

Ausgangslage

Die Stadt Bielefeld verfügt unter anderem bereits über einen „Masterplan Wohnen“ und eine Vielzahl städtebaulicher (Entwicklungs-) Konzepte., die auf eine effiziente Flächennutzung ausgerichtet sind. Ein Beispiel ist das „Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept – „Nördlicher Innenstadtrand Bielefeld“. Darin werden Entwicklungen des Wohnungsbestandes und Wohnungsmarktes sowie die gesamträumlichen Entwicklungstendenzen der Stadt Bielefeld analysiert. Zudem wurden Handlungsempfehlungen, wie bspw. die Neustrukturierung ungenutzter Bereiche ausgearbeitet und dargestellt.

Flächenpotenziale zur Nachverdichtung wurden im Stadtgebiet bereits systematisch erfasst und sollen in einem Baulückenkataster dargestellt werden. Zur Bearbeitung der Flächenpotenziale hat die Stadt Bielefeld bereits eine eigene Stelle im Bauamt geschaffen und mit der Umsetzung von ersten Maßnahmen zur Innenverdichtung durch das Bauamt begonnen. Im Wirtschaftssektor betreibt die WEGE mbH ein stadtübergreifendes Gewerbeflächenmanagement und setzt die im Gewerbeflächenkonzept 2035 sowie in der Nachhaltigkeitsstrategie erarbeiteten Zielsetzungen zur Flächeneffizienz um.

Beschreibung

Suffizienz und Effizienz sind zentrale Bestandteile zur Erreichung der Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele. Durch eine Verhaltensänderung (Suffizienz) gilt es bestehende Strukturen effektiver zu nutzen, bspw. durch eine bessere bzw. andere Nutzung sowie durch Mehrfachnutzungen. Sogenannte Innenentwicklungspotenziale bestehen dabei in nahezu allen Bereichen wie z.B. Flächen, Wohnen, Gewerbe, Industrie, Infrastruktur. Eine optimierte Nutzung vorhandener Infrastrukturen sowie die Verbesserung der Auslastung bereits genutzter bzw. (temporär) nicht genutzter Flächen, Gebäude und Räumlichkeiten können zudem Neubaugebietsentwicklungen verringern oder gar vermeiden. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Mehrfachnutzung von kommunalen Einrichtungen wie Kulturräumen oder Sportstädten und Schulen, wie sie in einigen Quartieren in Bielefeld bereits erfolgt. Um diese Verhaltensänderung zu unterstützen, sollten Haftungsfragen und organisatorische Abläufe zwischen Nutzern und der Stadt möglichst vorab transparent kommuniziert werden.

Fokus Flächennutzung

Eine systematische Untersuchung dieser Potenziale umfasst die Erhebung z.B. in den Bereichen Baulücken, vertikale Nachverdichtung, Kombination unterschiedlicher Nutzungen bei mindergenutzten Flächen (z.B. bei Büroflächen). Das städtische Baulückenkataster stellt perspektivisch die Ergebnisse der flächenbezogenen Analyse dar, die es schrittweise zu schließen gilt.

Fokus Gebäudenutzung

Eine weitere Handlungsoption bietet die Vermeidung zusätzlicher Erweiterungsflächen wie bspw. bei kommunalen Liegenschaften durch organisatorische Maßnahmen (Homeoffice, Organisation schulischer Nutzungen, etc.). Auf Basis dieser auch räumlich spezifischen Erhebung werden Initiativen zur Erschließung dieser Potenziale entwickelt und möglichst frühzeitig in die Hochbauplanung aufgenommen. Diese Potenzialanalysen sollten in enger Abstimmung mit bereits bestehenden städtebaulichen Entwicklungskonzepten sowie möglichst diversifiziert vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Anforderungen erfolgen (Klimafolgenanpassung, Wohnraumangel, Entsiegelung

von Flächen, multifunktionales Flächenmanagement, usw.). Gleichzeitig werden Leitfäden zu z.B. Haftungs- und Abrechnungsfragen vorbereitet, um neben den kommunalen Gebäuden auch private Gebäudeeigentümer dazu zu motivieren wenig genutzte oder gar leerstehende Gebäude für die Nutzung durch Dritte zu öffnen.

Erste Handlungsschritte

- Definition von zu untersuchenden Zielparametern, insb. in Bezug auf kommunale Gebäude
- Systematische Bestandsanalyse vor dem Hintergrund der definierten Zielparameter
- Identifikation ungenutzter Potenziale, z.B. Sporthallen nach Schulschluss
- Schrittweise Erarbeitung von Konzepten zur Nutzung der ungenutzten Potenziale, insb. in kommunalen Gebäuden, aber auch leerstehende oder wenig genutzte private Gebäude
- Priorisierung der Umsetzung nach Dringlichkeit und Beitrag zu Klimaschutzzielen
- Sukzessive Umsetzung der erarbeiteten Konzepte
- Evaluierung, Nachbesserung und Weiterführung

 Akteur*innen Federführung: Die Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung wird noch abschließend geklärt. Beteiligte: Bauamt, Immobilienservicebetrieb Bielefeld (Kommunale Gebäude), Amt für Organisation, IT und zentrale Leistungen, Amt für Schule, Volkshochschule Bielefeld, Feuerwehr, Jugendamt, Sozialamt, Sportamt (Vereine), Kulturamt	 Zielgruppe Nutzer*innen von Flächen, Gebäuden und Räumlichkeiten
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten¹⁴ 1 Vollzeitäquivalent/a	 Dauer der Aktivität 2024 - 2030
 Sachkosten 60.000 € für Konzeption und externe Beratung	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Nicht quantifizierbar	
 Synergieeffekte 2.2.2.1 Klimafreundliche Gewerbegebietsentwicklung mit Fokus auf Bestandsgebiete	 Zielkonflikte Ggf. Klimafolgenanpassung
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Potenziale wurden ermittelt, Entwicklung der Bautätigkeiten im Innen- und Außenbereich	

¹⁴ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Energieeffiziente Gebäude und Quartiere/ Nr. 2.2.4.2.

Gemeinschaftliche und alternative Wohnformen fördern

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Stadt- und Quartiersentwicklung	2024	Kurz- und mittelfristig	Beraten/ Motivieren

Ziel und Strategie

Ziel ist die Erprobung von alternativen Wohnformen, hinsichtlich einer optimierten Nutzung vorhandener Wohnfläche und einer langfristig nachhaltigen Situation auf dem Wohnungsmarkt in der Stadt Bielefeld. Durch die Aktivierung der vorhandenen Potenziale im Wohnungsbestand lässt sich die Energieeffizienz, aufgrund einer geringeren zu beheizenden Fläche pro Person, steigern, sodass gemeinschaftliche und alternative Wohnmodelle einen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralitätsziele leisten.

Ausgangslage

In Anbetracht der gesellschaftlichen Veränderungen gewinnt das Interesse an neuen Wohn- und Lebensformen zunehmend an Bedeutung. Die Nachfrage nach alternativen Wohnkonzepten und dem gemeinschaftlichen Wohnen steigt kontinuierlich an. Bielefeld verzeichnet bereits zahlreiche realisierte Wohnprojekte und Initiativen, größtenteils organisiert in dem seit 2010 bestehenden „Bielefelder Netzwerk selbstorganisierter Wohnprojekte e.V.“ Neben den bereits bestehenden Projekten gibt es derzeit zahlreiche Wohnprojektinitiativen in Bielefeld, die sich in der Entwicklungsphase befinden. Die Stadt Bielefeld bietet dazu auf ihrer Website entsprechende Informationen sowie Daten zur Kontaktaufnahme an. Im Rahmen von Veranstaltungen können sich interessierte Personen über alternative Wohnformen informieren und nützliche Informationen zu rechtlichen und finanziellen Aspekten im Kontext gemeinschaftlicher Wohnprojekte erhalten. Zusätzlich unterstützen das Sozialdezernat und das Team Wohnungswesen im Bauamt alternative Wohnprojekte mit Angeboten. Hierzu sieht die Beschlussvorlage aus 2122/2020-24 (StEA) das Vorhalten entsprechender Grundstücke für gemeinschaftliche Wohnformen, unabhängig von Konzeptvergaben für mehrgeschossigen Wohnungsbau, bereits vor.

Im Rahmen des "Masterplan Wohnen" der Stadt Bielefeld wurden zudem Analysen zum Wohnungsmarkt und Wohnungsbestand durchgeführt, die zu handlungsbezogenen Maßnahmen führten. Der Plan adressiert Themen wie zielgruppengerechtes Wohnen und das Schaffen von Raum für innovative und experimentelle Wohnformen und -standorte.

Beschreibung

Neben der Effizienz spielt die Suffizienz eine zentrale Rolle bei der Erreichung von Nachhaltigkeits- und Klimaschutzzielen. Bezogen auf den Wohngebäudebestand bedeutet dies unter anderem, dass bestehende Strukturen wieder, besser oder anders bzw. mehrfach genutzt werden sollten. Durch eine optimierte Nutzung vorhandener Wohneinheiten und somit einer Steigerung der Auslastung der bereits genutzten und bebauten Flächen kann einerseits der energetische Pro-Kopf-Verbrauch gesenkt sowie andererseits die Umsetzung von Neubauprojekten vermieden werden.

In Bielefeld, wie auch in zahlreichen anderen Kommunen, bewohnen viele Menschen große Häuser oder Wohnungen, die nicht mehr ihren aktuellen Lebensumständen entsprechen. Aufgrund fehlender Alternativen und Unterstützungsangeboten zögern sie jedoch, einen Umzug oder eine Umfunktionierung in Erwägung zu ziehen. Hier könnten entsprechende Angebote als Anreiz dienen, ihre Wohnsituation zu überdenken und möglicherweise zu verändern. Neben den ökologischen Aspekten könnte dies außerdem zu einer finanziellen Entlastung und einer Verbesserung der physischen Lebensqualität beitragen.

Die Stadt Bielefeld bewirbt daher verstärkt bestehenden Angebote wie das Bielefelder Netzwerk Wohnprojekte (Begleitung durch das Büro für Sozialplanung sowie das Team Wohnungswesen im Bauamt) oder das sozialaktive Wohnungsbelegungsmanagement der Freue Scholle eG. Ziel ist es, weitere Mieter*innen und Eigentümer*innen zu erreichen, zu sensibilisieren und mithilfe der

angeführten Beratungsangebote dabei zu unterstützen, ihre aktuelle Wohnsituation zu hinterfragen. Dabei sollen auch die Möglichkeiten und Vorteile unterschiedlicher Formen der Wohnveränderung aufgezeigt werden, wie beispielsweise den Umzug in eine kleinere Wohnung oder gemeinschaftliche Wohnform, die Untervermietung mit und ohne bauliche Veränderungen oder den Wohnungstausch.

Um die vorhandenen Aktivitäten des Büros für Sozialplanung und des Teams Wohnungswesen zu unterstützen, wird das Team Wohnungswesen ausgebaut, um mehr Kapazitäten für Anfragen im Zusammenhang mit Wohnflächensuffizienz zu schaffen. Sie unterstützt verstärkt bei der Vermittlung von bestehenden Wohnungstauschprojekten und bietet fachliche Beratung in Bezug auf die Schaffung zusätzlichen Wohnraums im bestehenden Gebäudebestand. Dies umfasst Themen wie Mietverträge für den Wohnungstausch, Anforderungen bei Untervermietungen, sowie Umstrukturierungen beim Hausverkauf.

Erste Handlungsschritte

- Systematische Bestandsanalyse zur Potenzialermittlung in Bestandsgebäuden
- Stärkung des Team Wohnungswesen in Kooperation mit dem Büro für Sozialplanung
- Einbindung der bestehenden Angebote der Wohnungswirtschaft als Kooperationspartner
- Öffentlichkeitsarbeit und Konzipierung von Informationsmöglichkeiten zur Bewerbung alternativer Wohnformen

 Akteur*innen Federführung: Büro für Sozialplanung, Team Wohnungswesen (Bauamt) Beteiligte: Baugenossenschaft Freie Scholle eG	 Zielgruppe Gebäudeeigentümer*innen, Mieter*innen, Wohnungswirtschaft
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten¹⁵ 1 Vollzeitäquivalent/a	 Dauer der Aktivität 2024 - 2030
 Sachkosten 75.000 € für externe Berater und Öffentlichkeitsarbeit	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Nicht quantifizierbar	
 Synergieeffekte Aktivitäten: 1.3.1.1 Energiegenossenschaften und weitere Beteiligungsprojekte 2.2.1.2. Bielefelder Quartiere klimafreundlicher gestalten/integrierte Stadtentwicklung stärken 5.1.1.1. Nachhaltiges Handeln im Quartier	 Zielkonflikte Akzeptanz der Bürgerschaft

¹⁵ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Potenziale wurden ermittelt, Anzahl der
Beratungen, Anzahl der
Bewohner*innen die ihren Wohnraum
verkleinert / geteilt haben

Energieeffiziente Gebäude und Quartiere/ Nr. 2.3.1.1.

Förderprogramm für die energetische Sanierung von Wohngebäuden

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Wohngebäude Bestandssanierung	2025	Kurz- und mittelfristig	Beraten/Motivieren

Ziel und Strategie

Mithilfe des Förderprogramms soll die Umsetzung von energetischen Sanierungen von selbstgenutzten oder privat vermieteten Wohngebäuden unterstützt werden, um so die Sanierungsquote zu steigern.

Ausgangslage

Ein großer Teil der Bielefelder Wohngebäude wird selbst genutzt oder privat vermietet. Im November 2022 ist die Förderrichtlinie „Förderrichtlinie zur finanziellen Unterstützung bei der Dämmung des Daches bzw. der obersten Geschossdecke im Stadtgebiet Bielefeld“ in Kraft getreten. Diese fördert ergänzend zur eigentlichen Dämmung auch die Verwendung von umweltfreundlichen Dämmstoffen. Die zur Verfügung stehende Fördersumme wird in den politischen Gremien jährlich beschlossen. Das Förderprogramm wird von den Bielefelder*innen gut angenommen. Die Stadt Bielefeld bewirbt zusätzlich auf ihrer Internetseite und der Internetseite von ALTBAUNEU Bielefeld die bestehenden Landes- und Bundesfördermittel.

Beschreibung

Vor dem Hintergrund der angestrebten Klimaneutralität muss in den kommenden Jahren ein erheblicher Anteil der Wohngebäude energetisch saniert werden. Mithilfe eines Förderprogramms sollen die Eigentümer*innen des privaten Wohngebäudebestandes bei der energetischen Sanierung des gesamten Gebäudes unterstützt werden. Ergänzend zu energetischen Sanierungsmaßnahmen könnte als weiterer Fördertatbestand das Thema nachhaltiges Bauen adressiert werden. Das Förderprogramm sollte möglichst unbürokratisch gestaltet werden und über ein einfaches Antragsverfahren verfügen, um die Inanspruchnahme durch die Bürger*innen zu erhöhen. Das lokale Handwerk profitiert gleichzeitig von zusätzlichen Aufträgen infolge des Förderprogramms, wodurch die lokale Wertschöpfung gesteigert werden kann. Die städtische Förderung ist als Ergänzung zu landes- und bundesweiten Förderprogrammen zu verstehen.

Erste Handlungsschritte

- Entwicklung der Förderrichtlinie, eines Prüfprozesses sowie eines Vorgehens zur stetigen Optimierung
- Politischer Beschluss der Förderrichtlinie und Festlegung des Budgets
- Öffentlichkeitswirksame Bewerbung und Umsetzung des Förderprogramms
- Evaluierung und ggf. Anpassung der Förderrichtlinie inkl. Fördertatbestände

 Akteur*innen Federführung: Umweltamt, Bauamt Beteiligte: Presseamt/Statistikstelle	 Zielgruppe Private Einfamilienhausbesitzer*innen, Wohneigentümergeinschaften und private Vermieter*innen
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten¹⁶ je Antrag ca.1 Tag sowie Beratung zum Förderprogramm 2,5 Vollzeitäquivalente/a	 Dauer der Aktivität 2025 - 2031

¹⁶ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.



Sachkosten

10.300.000 €/a



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Annahme: Sanierung von jährlich ca. 90.800m² Wohnfläche, dies entspricht einer Steigerung der jährlichen Sanierungsquote um 1 %. Dabei wird ein Teil der Investitionen für die Sanierung durch die Stadt Bielefeld getragen.

Minderung des jährlichen
Emissionsniveaus (t/a):

ca. 5.200 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 13.900 Tonnen CO₂eq

Synergieeffekte

Aktivität: 2.3.1.2. Zielgruppenspezifische
Beratung und Unterstützung von
privaten Gebäudeeigentümer*innen



Zielkonflikte

finanzieller Aufwand, Fachkräftemangel
bezogen auf die Umsetzung der
energetischen Sanierung



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Anzahl der Förderungen und Summe der
ausgeschütteten Förderung pro Jahr;
Verhältnis Fördermittel zu dadurch
angereizten Investitionen, Anreizwirkung
und Multiplikatoreffekte in der
Stadtgesellschaft, erzielte Energie- und
THG-Einsparung insgesamt

Energieeffiziente Gebäude und Quartiere/ Nr. 2.3.1.2.

Zielgruppenspezifische Beratung und Unterstützung von privaten Gebäudeeigentümer*innen

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Wohngebäude Bestandssanierung	2024	Kurz- und mittelfristig	Beraten/Motivieren

Ziel und Strategie

Die Aktivität zielt auf die Steigerung der Sanierungsquote im Gebäudebestand ab. Durch eine zentrale Anlaufstelle sollen die Gebäudeeigentümer*innen sensibilisiert, unterstützt und begleitet werden.

Ausgangslage

Die Stadt Bielefeld beteiligt sich am landesweiten Netzwerk von ALTBAUNEU, welches Informationen und weiterführende Beratungsangebote vermittelt. Der Beratungsbedarf ist allerdings groß und steigt zunehmend. Eine neutrale Erstberatung kann nicht in ausreichendem Maße durch die regionalen Akteure*innen angeboten werden.

Beschreibung

Neben finanzieller Förderung ist eine Sensibilisierung, Unterstützung und Begleitung von privaten Gebäudeeigentümer*innen bei der energetischen Gebäudesanierung vor Ort in den Quartieren ein wichtiger Erfolgsfaktor. Daher wird die Einrichtung einer zentralen Servicestelle mit Vermittlungsfunktion sowie von dezentralen Quartiersbüros als Anlaufstelle im Quartier für die selbstnutzenden Einfamilienhauseigentümer*innen, private semi-professionelle Vermieter*innen und für Wohneigentümergeinschaften empfohlen. Hier kann auf bestehende Quartiersbürostrukturen in Teilräumen der Stadt aufgebaut werden. Diese Quartiersbüros fungieren als bündelnde und neutrale Anlaufstelle für Fragen rund um das Thema energetische Gebäudemodernisierung. Es werden begleitende Dienstleistungen vor Ort angeboten sowie ergänzende Angebote vermittelt. Die begleitenden Dienstleistungen sollten in Abstimmung mit den relevanten Akteur*innen in der Stadt Bielefeld entwickelt werden. Durch eine Begleitung des Umsetzungsprozesses kann zusätzlich die Qualitätssicherung abgedeckt werden.

Eine dezentrale Ansiedlung in den Quartieren ermöglicht einen direkten Quartiersbezug, welcher diverse Vorteile bspw. im Hinblick auf die Inanspruchnahme durch die Bewohner*innen nach sich zieht. Darüber hinaus lassen sich so die Angebote in den jeweiligen Quartieren stärker auf die spezifischen Gegebenheiten und Besonderheiten ausrichten, wodurch die Angebote noch zielgruppenspezifischer ausgestaltet werden können.

Für eine kurzfristige Umsetzung wird ein zweistufiges Verfahren empfohlen. Zunächst sollten die Beratungsleistungen durch externe Energieberater*innen in zwei Quartieren je einen Tag die Woche angeboten werden. Neben der Beratung kommt der Information der Gebäudeeigentümer*innen eine besondere Bedeutung zu, um insbesondere im Hinblick auf die sich verändernden (gesetzlichen) Rahmenbedingungen, informieren zu können.

Parallel sollte mit der Konzeption eines dauerhaften Dienstleistungsangebotes von Quartiersbüros begonnen werden. Folgende Themen sollten u.a. bei der Konzeption berücksichtigt werden:

- Differenzierung bei der personellen Besetzung zwischen koordinierenden und operativen Tätigkeiten
 - Besetzung durch eine*n Quartiersmanager*in (Koordination) und mind. eine*n Sanierungslots*in (operative Tätigkeiten)
 - Festlegung des konkreten Aufgabenspektrums und Klärung von Haftungsfragen
-

Erste Handlungsschritte

- Ausschreibung der Beratungsleistungen und Vergabe an externe Energieberater*innen
- Konzipierung des Unterstützungsangebotes sowie der Informationskampagne für Mieter*innen
- Modellprojekt: Einrichtung von Quartiersbüros inkl. öffentlichkeitswirksamer Bekanntmachung
- Evaluierung
- Sukzessive Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet

 Akteur*innen Federführung: Umweltamt, Bauamt Beteiligte: Presseamt/Statistikstelle, externe Energieberater*innen	 Zielgruppe selbstnutzende Gebäudeeigentümer*innen, private semi-professionelle Vermieter*innen, Wohneigentümergeinschaften				
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten¹⁷ 1 Vollzeitäquivalent/a für die Koordinierung	 Dauer der Aktivität 1 Jahr, langfristig Quartiersbüros etablieren				
 Sachkosten 120.000 €/a für Sachkosten und externe Energieberater*innen	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel				
<div data-bbox="196 1034 1375 1120">  THG-Einsparungen </div> <div data-bbox="196 1120 1375 1232"> <p>Annahme: 500 Erstberatungen im Jahr 2024. Davon führen 2/3 eine Sanierung durch. Einsparung je Sanierung ca. 30 %. Dabei werden die notwendigen Investitionskosten für die Sanierung von den Gebäudeeigentümer*innen getragen.</p> </div> <div data-bbox="196 1232 1375 1344"> <table> <tr> <td data-bbox="196 1232 766 1299"> Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): </td> <td data-bbox="766 1232 1375 1299"> Kumulierte THG-Einsparung (t): </td> </tr> <tr> <td data-bbox="196 1299 766 1344"> ca. 4.400 Tonnen CO₂eq/a </td> <td data-bbox="766 1299 1375 1344"> ca. 15.500 Tonnen CO₂eq </td> </tr> </table> </div>		Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):	Kumulierte THG-Einsparung (t):	ca. 4.400 Tonnen CO ₂ eq/a	ca. 15.500 Tonnen CO ₂ eq
Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):	Kumulierte THG-Einsparung (t):				
ca. 4.400 Tonnen CO ₂ eq/a	ca. 15.500 Tonnen CO ₂ eq				
 Synergieeffekte Aktivität: 2.3.1.1. Förderprogramm für die energetische Sanierung von Wohngebäuden	 Zielkonflikte Fachkräftemangel für Planung, Energieberatung, Sanierungsbegleitung sowie zur Umsetzung der Sanierung				
<div data-bbox="196 1512 1375 1590">  Erfolgsindikatoren/Meilensteine </div> <div data-bbox="196 1590 1375 1718"> <p>Anzahl der Informations- und Beratungstätigkeiten, angestoßene und begleitete Sanierungen, perspektivisch Einrichtung von Quartiersbüros</p> </div>					

¹⁷ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Energieeffiziente Gebäude und Quartiere/ Nr. 2.3.2.1.

Energetische Sanierung stärken

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Wohngebäude Bestandssanierung	2024	Kurz- und mittelfristig	Regulieren

Ziel und Strategie

Die Sanierungsquote und -tiefe soll mithilfe der Initiative im gewerblichen Mietwohnungsbau unter Berücksichtigung der Sozialverträglichkeit gesteigert werden. Mit der Aktivität sollen explizit die gewerblich vermieteten Wohngebäude angesprochen werden, um ein zusätzliches Angebot zu jenen Angeboten zu schaffen, die auf privat vermietete Wohngebäude abzielen.

Ausgangslage

Die Stadt Bielefeld bietet bereits ein Wohnungsberatungsangebot für die Wohnungsbau-, Mietbau- und Modernisierungsförderung an. Das Land NRW unterstützt Wohnungsunternehmen sowie private und gewerbliche Wohnungsvermieter*innen mit einem Wohnungsbauförderprogramm bei der sozialverträglichen umfassenden Modernisierung von Mietwohnungsbeständen, u.a. auch Studentenwohnheimen. In Bielefeld wurden in diesem Rahmen von 2020 bis 2023 diverse Projekte mit insgesamt 860 Wohneinheiten und einem Fördervolumen von 64 Mio. Euro durch die Wohnungsbauförderung bewilligt. Für das Jahr 2024 liegen dem Bauamt bereits umfangreiche Anfragen vor, die durch das bestehende Personal kaum noch zu bearbeiten sind.

Beschreibung

Um die energetische Sanierung der gewerblich vermieteten Wohngebäude voranzutreiben, müssen die Gebäudeeigentümer*innen unterstützt und dazu animiert werden.

Entsprechend sollte die Wohnungsbauförderung der Stadt gestärkt und das Wohnberatungsangebot der Stadt, insbesondere die Modernisierungsberatung ausgebaut und um weitere Personalstellen erweitert werden.

Zudem wird der bereits stattfindende Wissens- und Erfahrungsaustausch der Wohnungswirtschaft in Bielefeld beworben, um weitere Mitglieder zu gewinnen. Best-Practice-Beispiele werden in die Breite getragen und die Vorstellung und Analyse von Maßnahmen bietet die Möglichkeit, beispielhafte Sanierungslösungen auf andere Projekte zu übertragen und somit zu multiplizieren.

Lösungsansätze für eine sozialverträgliche Sanierung bspw. unter Berücksichtigung des seriellen Sanierens gilt es weiterzuentwickeln und zu erproben, mit dem Ziel, den Planungs- und Analyseaufwand zu reduzieren und die Umsetzungsgeschwindigkeit, hin zu einem klimaneutralen Gebäudebestand, zu erhöhen.

Die mögliche Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen soll ebenfalls diskutiert werden und alternative Finanzierungsmodelle geprüft und eingerichtet werden, bspw. in Form privater Beteiligungsmöglichkeiten. Man könnte zudem eine Änderung des Grundsteuersatzes für energetisch sanierte Gebäude, zu einem festzulegenden Standard, in Betracht ziehen.

Mithilfe zielgruppenspezifischer Öffentlichkeitsarbeit gilt es, die Akzeptanz für eine anstehende Sanierung bei den Mieter*innen zu steigern. Die Sozialverträglichkeit der Modernisierungen ist insbesondere bei Bestandsgebäuden von hoher Relevanz.

Erste Handlungsschritte

- Gezielte Ansprache der Wohnungswirtschaft zu bestehenden Angeboten
- Evaluierung weiterer Finanzierungsmöglichkeiten
- Herausstellen von Best-Practice Beispielen für kostengünstige und schnelle energetische Sanierung z.B. serielle Sanierung als Tag der Gläsernden Baustelle

**Akteur*innen**

Federführung:
Bauamt/Stadtentwicklung,
Wohnungsbauförderung
Beteiligte: Baugenossenschaft Freie
Scholle eG

**Zielgruppe**

Gewerbliche Vermieter*innen, private
Vermieter*innen

**Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten¹⁸**

2 Vollzeitäquivalente/a
(Zusätzliches Personal im Team
Wohnungswesen benötigt)

**Dauer der Aktivität**

2024 – 2030

**Sachkosten**

75.000 € (15.000 €/a) für
Öffentlichkeitsarbeit und
Beratungsleistungen bis 2028

**Finanzierungsansatz**

Haushaltsmittel

**THG-Einsparungen**

Annahme: Durch die Durchführung der Aktivität werden jährlich 150 Gebäude / 15.000 m² Wohnfläche saniert. Die erzielte Einsparung beläuft sich auf 100kWh/ m²/a.

Minderung des jährlichen
Emissionsniveaus (t/a):

ca. 2.150 Tonnen CO₂eq/a
(nach vollständiger Umsetzung)

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 7.050 Tonnen CO₂eq

**Synergieeffekte**

Aktivitäten:
1.4.1.1. Gemeinschaftliche
Versorgungslösungen
1.4.1.2. Anschlusszwang an das
Fernwärmenetz
1.4.2.1. Bekanntmachung der Beratungs-
und Informationsmöglichkeiten zur
Wärmeversorgung

**Zielkonflikte**

Sozialverträglichkeit der Sanierung,
Annahme der Wohnungsbauunternehmen

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Zur Modernisierung geförderte
Wohneinheiten, bewilligtes
Fördervolumen Modernisierung,
Bearbeitete Bauanträge, durchgeführte
Sanierungen

¹⁸ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

3 Handlungsfeld Mobilität

Im Handlungsfeld Mobilität werden alle motorisierten Verkehre in Bielefeld adressiert. Verkehre in Bielefeld umfassen alle Verkehre im Stadtgebiet, also auch die Pendlerverkehre. Diese Verkehre umfassen Personen-, Wirtschafts- und Güterverkehre auf der Straße, der Schiene, auf dem Wasser und in der Luft. Für das Ziel eines klimaneutralen Bielefelder Verkehrssystems müssen Maßnahmenempfehlungen entwickelt werden, mit denen die vom Verkehr verursachten CO₂-Emissionen bis hin zum Erreichen der Klimaneutralität gemindert werden können. Die in diesem Prozess zu entwickelnden Maßnahmen und Aktivitäten zielen vor allem darauf ab, motorisierte Verkehre zu vermeiden und auf klimaschonendere Verkehrsmittel zu verlagern. Motorisierte Verkehre, die beispielsweise von den Wegezwecken her nicht oder nur sehr schwer vermieden oder verlagert werden können, sollen effizienter, das heißt mit weniger Energieverbrauch und weniger THG-Emissionen je zurückgelegtem Kilometer durchgeführt werden. Das betrifft insbesondere die Umstellung auf effiziente Elektroantriebe.

Im Mittelpunkt des Handlungsfeldes stehen daher die folgenden Handlungsschwerpunkte:

- Stadt als Vorbild: Mobiler Konzern Stadt
- Verkehrsplanung und Mobilitätskonzepte beschleunigen
- Vermeidung und Verlagerung Personenverkehr
- Vermeidung und Verlagerung Wirtschaftsverkehr
- Klimaschonende Antriebe und Kraftstoffe

Nr.	Aktivitätentitel	Seite
3.1.1.1.	Ausweitung und Verstetigung des betrieblichen Mobilitätsmanagements	54
3.2.1.1.	Entwicklung von autoarmen Quartieren/Zentren	56
3.3.1.1.	Fahrrad- und fußgängerfreundlichere Ampelschaltung	58
3.3.2.1.	Vermarktung des ÖPNV	60
3.3.3.1.	Parkraummanagement	62
3.3.4.1.	Flächendeckender Ausbau der Mobilstationen	65

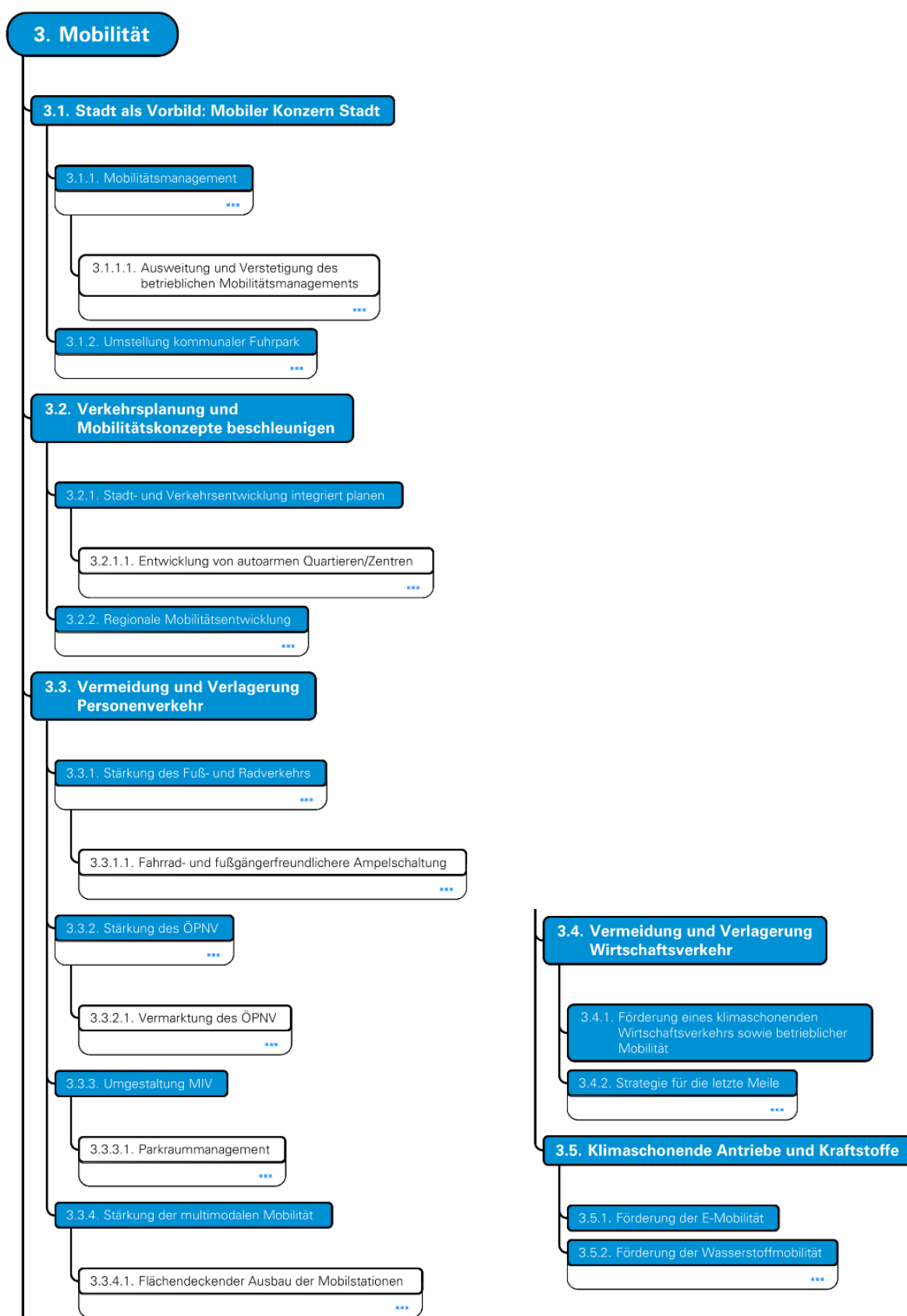


Abbildung 5 Maßnahmen und Aktivitäten im Handlungsfeld Mobilität.

Mobilität/ Nr. 3.1.1.1.

Ausweitung und Verstetigung des betrieblichen Mobilitätsmanagements

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Stadt als Vorbild: Mobiler Konzern Stadt	2024	Kurz- und mittelfristig	Vorbild

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivität ist es zum einen die bestehenden Grundzüge des Betrieblichen Mobilitätsmanagements (BMM) auszubauen und zu verstetigen und zum anderen, den Pool an Dienstfahrzeugen um weitere Fahrzeuge auszuweiten, sodass diese flexibel gebucht werden können. Dadurch sollen die Anzahl der Fahrten, die mit privaten Pkw mit Verbrennermotoren geleistet werden, minimiert werden.

Ausgangslage

Gegenwärtig ist das BMM in der Stadtverwaltung Bielefeld noch nicht fest verankert. Auch der Fuhrpark ist gegenwärtig noch zu klein, um allen Verwaltungsmitarbeitenden Fahrzeuge mit z.B. E-Antrieb zur Verfügung zu stellen. Derzeit sind etwa 30 E-Fahrzeuge vorhanden, allerdings stößt die Ladeinfrastruktur im neu gebauten Rathaus an ihre Grenzen, da das Stromnetz nach Aussage der Stadt ausgelastet ist. An den anderen städtischen Standorten ist eine Ladeinfrastruktur vorhanden, sie decken allerdings nur eine kleine Zahl der städtischen Mitarbeiter*innen ab, für die betriebliche Mobilität relevant ist.

Beschreibung

Die Kompetenzen des BMM werden aktualisiert und fortgeschrieben. Dazu gehört auch eine Kommunikation ihrer Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung, um die Nutzung des BMM attraktiver zu machen und die Mobilität mit privaten Pkw zu reduzieren. Um die Vorbildwirkung des BMM voll zu nutzen, erweitert die Stadt Bielefeld außerdem die personellen Kapazitäten ihres BMM und entwirft einen Plan für die sukzessive Beschaffung weiterer E-Fahrzeuge für den kommunalen Fuhrpark. Etwas über 60 weitere E-Fahrzeuge werden nach ersten Einschätzungen benötigt.

Erste Handlungsschritte

- Interne Kommunikation zu Angeboten und Umfang des BMM an alle Verwaltungsmitarbeiter*innen
- Gespräche mit den Stadtwerken Bielefeld und Netzbetreibern bzgl. Ausbau der Ladeinfrastruktur
- Ausarbeitung einer Beschaffungsstrategie je nach Bedarf der Mitarbeiter*innen der unterschiedlichen Verwaltungsstandorte bis 2030
- Beschaffung von 5 zusätzlichen Fahrzeugen im Jahr 2024



Akteur*innen

Federführung: Die Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung wird noch abschließend geklärt.
Beteiligte: Betriebliches Mobilitätsmanagement; Umweltbetrieb Bielefeld, Immobilienservicebetrieb Bielefeld (ISB), Personalrat, Amt für Personal, Amt für Finanzen, Amt für Organisation, Umweltamt



Zielgruppe

Mitarbeiter*innen der städtischen Verwaltung

Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten¹⁹

1,5 Vollzeitäquivalente/a



Dauer der Aktivität

2024 -2028



Sachkosten

Ca. 30.000 € je Fahrzeug (typabhängig)



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, ggf. NKI Förderung



THG-Einsparungen

Ziel ist es die private Pkw Nutzung 25 %/ a zu reduzieren.

Minderung des jährlichen
Emissionsniveaus (t/a):ca. 300 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 900 Tonnen CO₂eq

Synergieeffekte

Ein optimal dimensionierter Fuhrpark kann die Kosten für die Mobilität senken. Nach den Ergebnissen einer 2016 vorgenommenen Fahrdatenanalyse könnte bei einem optimal dimensionierten Dienst-PKW-Fuhrpark weitestgehend auf den Einsatz von Privat-PKW verzichtet werden. Gleichzeitig könnten durch die gezielte Gestaltung des Dienst-PKW-Fuhrparks die Lärm- und Schadstoffemissionen der betrieblichen Mobilität verringert werden. Ferner sollten mit der Nutzung von Fahrrädern sowie des ÖPNV aktive Fortbewegungsmöglichkeiten gestärkt werden.



Zielkonflikte

Aufbau ausreichender Ladeinfrastruktur an den Standorten der Verwaltung



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Reduzierung der mit Privat-Pkw unternommenen Dienstfahrten
Meilenstein: jährliche Evaluierung der mit Privat-Pkw unternommenen Dienstfahrten

¹⁹ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Mobilität/ Nr. 3.2.1.1.

Entwicklung von autoarmen Quartieren / Zentren

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Verkehrsplanung und Mobilitätskonzepte beschleunigen	2024	Kurz- und mittelfristig	Regulieren

Ziel und Strategie

Autoarme Quartiere stellen einen geeigneten Ansatz zur Förderung der Nahmobilität sowie der Aufenthaltsqualität dar. Für die Zielerreichung relevant sind eine interdisziplinäre Planung und Einbindung verschiedener Aspekte bspw. Infrastruktureinrichtungen, Mobilitätsangebote und (Grün-) Gestaltung. Zur Etablierung autoarmer Quartiere sollen im Rahmen eines Pilotquartiers die Erstellung eines Leitfadens mit relevanten Kriterien sowie ein geeigneter Verwaltungsprozess erarbeitet werden, in dem die übergeordneten Zielsetzungen in den Bereichen Bauen und Mobilität zusammengeführt werden. Bei der Leitfadenentwicklung ist zu unterscheiden zwischen Bestands- und Neubauquartieren. Zudem sind für die verschiedenen Prozessschritte geeignete Kommunikationsmaßnahmen zu definieren, um die Akzeptanz der autoarmen Quartiere zu erreichen.

Ausgangslage

Die Stadt Bielefeld hat bereits erste Erfahrungen mit der Vorbereitung autoarmer Quartiere gesammelt, z.B. im altstadt.raum sowie bei Stadtentwicklungsprojekten wie der Neuentwicklung der Rochdale Barracks. Für die Umnutzung des ehemaligen Kasernengeländes der Rochdale Barracks wurden im Rahmen eines städtebaulich-landschaftsplanerischen Wettbewerbs bauliche, verkehrliche, soziale und ökologische Rahmenbedingungen berücksichtigt. Das Projekt kann im weiteren Verfahren als Pilot für die Entwicklung autoarmer Quartiere genutzt werden.

Die Stadt Bielefeld ist darüber hinaus Teil des EU-Forschungsprojekts „Konflikte um Straßen und städtischen Raum beim Übergang zur 15-Minuten-Stadt“. Die Arbeitsergebnisse und Erkenntnisse aus dem Projekt hinsichtlich Partizipation und Kommunikation sollen bei der Entwicklung autoarmer Quartiere einfließen.

Beschreibung

Im Rahmen eines beispielhaften Entwicklungsprojektes soll die praktische Umsetzung eines autoarmen Wohnquartiers in Bielefeld erprobt werden. Das Beispielquartier sollte gute Voraussetzungen für die Entwicklung eines autoarmen Quartiers mitbringen. Neben einem Anschluss an die Stadtbahn sind eine stadtnahe Lage sowie eine gute Anbindung an das Radverkehrsnetz von Vorteil. Bereits in der frühen Planungsphase sollte eine autoarme Erschließung zusammen mit den stadtplanerischen Zielen in einer integrierten Gesamtplanung zusammengeführt worden sein. Begleitend wird ein projektbezogenes, interdisziplinäres und ämterübergreifendes Planungsteam gebildet, das die Planung bis in die Umsetzungsphase begleitet. Der Schwerpunkt des Projektes liegt zunächst in der praktischen Umsetzung, auf deren Basis eine Arbeitsgrundlage für die Übertragung auf weitere Quartiere (z.B. zur Anwendung in der Bauleitplanung) erarbeitet wird. Es müssen konkrete und tragfähige Lösungen zusammen mit den beteiligten Akteuren der Projektentwicklung erarbeitet werden.

Dazu gehört im Kern die Erarbeitung einer autoarmen Erschließungsplanung unter Berücksichtigung des (Bewohner-)Parkens in Quartiersgaragen und der Zugänglichkeit für Versorgung- und Serviceangebote sowie der Bereitstellung alternativer Mobilitätsangebote. Kommunikations- und Teilhabe- und Teilhabemaßnahmen für Quartiersbewohner*innen und die Nachbarschaft begleiten den Prozess ab Beginn der Planung und Vermarktung bis zum Abschluss der Umsetzungsphase.

Erste Handlungsschritte

- Einrichtung einer AG mit AfV und Bauamt zur gemeinsamen Entwicklung eines autoarmen Quartiers

- Auswahl eines geeigneten Entwicklungsprojektes mit guten Voraussetzungen für die Entwicklung eines autoarmen Quartiers (z.B. das „Kreislauf-Quartier“ auf der ehemaligen Rochdale Kaserne, Oldentruper Str. 65)
- Herausarbeiten konkreter Umsetzungsschritte und tragfähiger Lösungen zusammen mit den beteiligten Akteuren (u.a. Erschließungsplanung, Straßenquerschnitte, Rettungswege, Ver- und Entsorgung, Be- und Entladen, Liefersdienste, Quartiersparkhäuser, Mobilitäts- und Serviceangebote, Finanzierung, Fördermittel, Rechtliches)
- Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit für potenzielle Bewohnende, die Einwohner*innen aus dem Entwicklungsprojekt und für die Nachbarschaft
- Erarbeitung von Erfolgskriterien und Übertragung des Projektansatzes auf andere Quartiere oder Entwicklungsgebiete (Neubau und Bestand)



Akteur*innen

Federführung: Amt für Verkehr, Bauamt,
Beteiligte: moBiel GmbH, Umweltamt,
wissenschaftliche Prozessbegleitung



Zielgruppe

Einwohner*innen, Einzelhandel und
Dienstleister*innen, Logistikunternehmen



Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten²⁰

2 Vollzeitäquivalente/a



Dauer der Aktivität

2024 -2027



Sachkosten

Ca. 200.000 €



Finanzierungsansatz

BMBF Förderung über den Projektträger
Jülich



THG-Einsparungen

Keine direkte Einsparung



Synergieeffekte

Aktivitäten:
3.3.1.1. Fahrrad- und
Fußgängerfreundliche Ampelschaltung
3.3.2.1. Vermarktung des ÖPNV,
3.3.3.1. Parkraummanagement
3.3.4.1. Flächendeckender Ausbau von
Mobilstationen



Zielkonflikte

Strukturelle Gegebenheiten vor Ort,
Widerstände aus der Öffentlichkeit



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Auswahl eines geeigneten Pilotquartiers
B-Plan-Aufstellung
Erschließungsplanung gemäß
gemeinsam gesetzter Ziele
Grundstücksvergabe auf Basis von
Quartierskriterien
Umsetzung eines autoarmen Quartiers

²⁰ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Mobilität/ Nr. 3.3.1.1.

Fahrrad- und fußgängerfreundlichere Ampelschaltung

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Vermeidung und Verlagerung Personenverkehr	2024	Kurz- und mittelfristig	Regulieren

Ziel und Strategie

Die Stadt Bielefeld attraktiviert die Mobilitätsformen Fuß- und Radverkehr im Stadtgebiet, indem sie u. a. dem MIV vorgezogene Ampelschaltungen einführt. Da Fußgänger*innen und Radfahrer*innen unterschiedliche Ansprüche an die Taktung, Dauer und Ausrichtung von Lichtsignalen haben, sind sie getrennt voneinander zu behandeln. Dadurch wird ein zügiges Vorankommen des Umweltverbundes gestärkt und ein sogenannter Nudging-Effekt auf Autofahrer*innen ausgeübt, die sie unterschwellig dazu animiert, das Auto weniger zu nutzen.

Neben der Ampelschaltung sollten – insbesondere in Hinsicht auf Fußgänger*innen – außerdem Klimawandelanpassungsmaßnahmen wie Verschattung durch Bäume ergriffen werden, die den Fußverkehr vor allem im Sommer attraktiver machen und die Aufenthaltsqualität steigern.

Ausgangslage

Gegenwärtig müssen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen in Bielefeld teilweise lange an Ampeln warten. Aus der Online-Ideenkarte gingen außerdem einige Hinweise auf einen Wunsch nach einer vom MIV abgekoppelten Verkehrssteuerung für Radfahrende hervor. Seit 2020 verfügt die Stadt Bielefeld über ein Radverkehrskonzept und einen Ziernetzplan, welche sukzessive umgesetzt werden.

Bezüglich des Fußverkehrs im Stadtgebiet kann auf eine Fußverkehrsstrategie zurückgegriffen werden. Die Öffentlichkeitsbeteiligung für das Klimaschutzkonzept deutet außerdem auf ein großes Interesse an Klimaanpassungsmaßnahmen hin, um Zufußgehen im Stadtgebiet mittelfristig attraktiver zu machen.

Beschreibung

Da Radfahrende und Fußgänger*innen andere Anforderungen an die Lichtsignalanlagen (LSA) und Steuerung haben (z. B. Querungszeiten, Platzierung von Schaltern, Taktung oder Signale) und in der Regel auch auf unterschiedlichen Strecken geführt werden, wird eine individuelle Ampelschaltung für die jeweilige Zielgruppe ausgearbeitet. Grundsatz ist dabei, dass beide Gruppen bevorzugt vor dem MIV behandelt werden sollten, um das Risiko für Unfälle mit dem MIV, aber auch mit Radfahrenden zu reduzieren. Zusätzlich wird der MIV durch die Ampelschaltung unattraktiver.

Schwerpunkt fahrradfreundlichere Ampelschaltung

Parallel zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes analysiert das Amt für Verkehr die Taktung des Verkehrsleitsystems und rüstet entlang zentraler Radtrassen die Lichtsignalanlagen entsprechend aus, um z. B. ein gesondertes Linksabbiegen für Radfahrende durch eigene Abbiegezeiten und entsprechende Lichtsignale schneller und vor allem sicherer zu machen.

Schwerpunkt fußverkehrsfreundliche Ampelschaltung

Gerade an großen Knoten sind die Wechselwirkungen der verschiedenen LSA-Parameter für den Fußverkehr und auch die anderen Verkehrsteilnehmer*innen komplex. Das Programm „Fußgängerfreundliche Ampelschaltungen“ der Fußverkehrsstrategie sieht daher vor, die Bedarfe zur Verbesserung der Ampelschaltungen zu identifizieren und gegebenenfalls Anpassungen umzusetzen.

Schwerpunkt Klimawandelanpassung in der Fußverkehrsplanung

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde ein Interesse an den Synergieeffekten von Klimawandelanpassungsmaßnahmen und Fußverkehr in Bielefeld deutlich. Zu den möglichen Klimaanpassungsmaßnahmen gehören u. a. Beschattung von Wegen, Integration des Hitzeaktionsplans in die Planung von Fußgängerzonen oder anderen verkehrsberuhigten Bereichen, aber auch klassische Maßnahmen wie die Ausschilderung von Wegen oder der Ausbau der Barrierefreiheit.

Erste Handlungsschritte

- Analyse der gegenwärtigen Ampelschaltung
- Ausarbeitung von eigenen Lichtsignalsteuerungen für Radfahrende und Fußgänger*innen
- Installation von eigenen Lichtsignalen für Radfahrende
- Abgleich des Hitzeaktionsplans mit dem Fußverkehrskonzept, um besonders gefährdete Bereiche zu identifizieren

 Akteur*innen Federführung: Amt für Verkehr, Bezirksämter Beteiligt: moBiel GmbH, Digitalisierungsbüro, Feuerwehramt	 Zielgruppe Radfahrer*innen, Fußgänger*innen, MIV- Nutzer*innen,
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten²¹ Ca. 1 Vollzeitäquivalent/a	 Dauer der Aktivität 2024 -2027
 Sachkosten Ca. 100.000 € für zusätzliche Lichtanlagen, Steuerungssoftware (Schätzung)	 Finanzierungsansatz Kommunalrichtlinie Nr. 4.2.2. Sanierung Lichtsignalanlagen
 THG-Einsparungen Keine direkte Einsparung	
 Synergieeffekte 3.3.4.1. Flächendeckender Ausbau der Mobilstationen	 Zielkonflikte -
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Ausarbeitung einer eigenen Lichtsignalsteuerung für Fußgänger*innen und Radfahrende, Installation von eigenen Lichtsignalen für Radfahrende, Pflanzung von Straßenbegleitgrün als Schattenspender entlang von Fußwegen	

²¹ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Mobilität/ 3.3.2.1.

Vermarktung des ÖPNV

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Vermeidung und Verlagerung Personenverkehr	2024	Mittelfristig	Regulieren

Ziel und Strategie

Das Ziel dieser Aktivitätenempfehlung ist es, die Nutzung des bestehenden ÖPNV-Angebotes durch die Verbesserung seiner Qualität und die flankierende Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit zu Lasten des PKW zu erhöhen.

Ausgangslage

Eine Untersuchung der ADAC Markt- und Meinungsforschung „ADAC Monitor – Mobil in mittelgroßen Städten“ weist im Städtebericht Bielefeld von November 2020 nur eine durchschnittliche Zufriedenheit der Nutzer*innen hinsichtlich der Qualität des Bielefelder ÖPNV-Angebotes aus. Dies betrifft unter anderem das Preis-Leistungs-Verhältnis, das Sicherheitsgefühl an Haltestellen sowie den Zustand und die Sauberkeit der Fahrzeuge und Haltestellen, sodass der ÖPNV mit Imageproblemen zu kämpfen hat.

Beschreibung

Die Attraktivität des ÖPNV, als praktikable Alternative zum PKW, soll gesteigert werden. Durch die Verbesserung der Qualität des bestehenden Angebotes, insbesondere durch eine Erhöhung der Sauberkeit und Sicherheit in den Fahrzeugen und an den Haltestellen sowie durch den Abbau von Zugangshemmnissen, sollen mehr Menschen, besonders Nutzer*innen von PKW, zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel motiviert werden. Hierzu wird auch die Kommunikation speziell bei Störungsfällen verbessert, die bauliche und organisatorische Barrierefreiheit erhöht und die Zuwegung der Haltestellen verbessert. Parallel gilt es, die multimodale Mobilität, bspw. für den Weg zur Haltestelle, weiter auszubauen und zu bewerben.

Neben den qualitativen Verbesserungen sind dafür ein gutes Kommunikationskonzept sowie gezielte Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Das Imageproblem ist flächendeckend in zahlreichen Köpfen verankert. Viele wissen gar nicht darüber Bescheid, auf welchem Niveau das ÖPNV-Angebot heute ist, da sie dem ÖPNV gegenüber eine grundsätzliche Ablehnungshaltung einnehmen. Die positive Aufklärung zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sollte daher bereits in der frühkindlichen Erziehung ansetzen, bspw. durch Kooperationen mit Kindergärten und Schulen sowie Ausflügen mit dem ÖPNV oder Betriebshofführungen. Dabei ist es wichtig, ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln und dieses zu stärken.

Worte und Taten greifen dabei Hand in Hand. Aktive Qualitätsverbesserungen durch die Stadt Bielefeld liefern die entsprechenden Argumente für eine umfangreiche Verlagerung des städtischen Verkehrs und bestärken die bereits heutigen Nutzer*innen des ÖPNV, die zudem als Multiplikator*innen anzusehen sind, in ihrer Verkehrsmittelwahl.

Erste Handlungsschritte

Für die Erhöhung der Qualität des bestehenden Angebotes öffentlicher Verkehrsmittel bieten sich der Stadt Bielefeld, sowie dem Verkehrsbetrieb der moBiel GmbH mehrere Handlungsansätze, die parallel verfolgt werden sollen:

- Schaffen von Ausprobierangeboten und Schnuppertickets unter anderem für Neubürger*innen und Berufspendelnde
 - Ausweitung und Verstetigung der Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit zur Kommunikation der Qualität des Angebotes und zur Reduktion von Wissens- und Informationsdefiziten
-

- Verbesserung der Sauberkeit und Sicherheit
- Verbesserung der Betriebsabläufe, um unter anderem die Pünktlichkeit zu steigern
- Erhöhung der Barrierefreiheit
- Günstiges und einfaches Tarifsysteem (weiter)entwickeln, um zusätzliche Anreize zu schaffen
- Bildungsbeauftragte in Schulen und Kitas einsetzen, um frühkindliche Erziehung zum ÖPNV zu fördern

**Akteur*innen**

Federführung: Amt für Verkehr,
moBiel GmbH
Beteiligt: Umweltamt

**Zielgruppe**

Bürger*innen, Pendler*innen,
Stadtbesucher*innen, MIV-Nutzer*innen,
Schüler*innen

**Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten²²**

2 Vollzeitäquivalente/a

**Dauer der Aktivität**

2024 - 2030

**Sachkosten**

175.000 € für Öffentlichkeitsarbeit
(25.000 € / a)

**Finanzierungsansatz**

Haushaltsmittel, Regionalisierungsmittel,
GVFG, NRW-Landesförderung

**THG-Einsparungen**

Die CO₂-Minderungswirkung dieser Aktivität basiert auf ihrem Beitrag zur Reduzierung von Pkw-Verkehren und deren Verlagerung auf den Umweltverbund.

Minderung des jährlichen
Emissionsniveaus (t/a):

ca. 4.600 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 18.400 Tonnen CO₂eq

**Synergieeffekte**

3.3.3.1. Parkraummanagement

**Zielkonflikte**

Raumkonflikte mit anderen
Verkehrsmitteln.

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Entwicklung der Fahrgastzahlen,
Entwicklung Modal Split ÖV und MIV,
Verbesserung der Umfrageergebnisse

²² Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Mobilität/ Nr. 3.3.3.1.

Parkraummanagement

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Vermeidung und Verlagerung Personenverkehr	2024	Kurz- und mittelfristig	Regulieren

Ziel und Strategie

Die Stadt Bielefeld kann Einwohner*innen sowie Stadtbesucher*innen keine Vorgaben zur Wahl des zu nutzenden Verkehrsmittels machen. Durch Änderungen beim Parkraummanagement kann die Verkehrssituation jedoch indirekt beeinflusst werden, indem das Abstellen von Kraftfahrzeugen im innerstädtischen Raum unattraktiver gestaltet wird und praktikable Alternativen geschaffen und ausgebaut werden.

Ausgangslage

Bielefeld wird von vielen Besuchenden aus umliegenden Regionen frequentiert, sei es für Einkäufe oder berufliche Tätigkeiten. Gegenwärtig ist der gängige Weg in die Innenstadt die Fahrt mit dem eigenen PKW und die Nutzung von zentralen Parkmöglichkeiten (Parkbauten und Straßenparken). Auch die Bielefelder Bevölkerung nutzt für Fahrten in die Innenstadt häufig den eigenen PKW.

Die Nutzung von Park and Ride (P+R) und die Fahrt mit der Stadtbahn gilt für viele noch als unattraktiv und unflexibel sowie mit ca. 3 € pro Strecke, sofern kein registrierungspflichtiges ClipTicket oder Deutschlandticket verwendet wird, als zu teuer. Aufgrund der aktuell günstigen Parktarife besteht wenig finanzieller Anreiz zum Umstieg auf Verkehrsmittel des Umweltverbunds. Nichtsdestotrotz sind bereits an einigen Stadtbahnendhaltestellen P+R-Plätze vorhanden, die auch derzeit bereits umfangreich genutzt werden.

Beschreibung

Ein erforderliches Mittel, um den Ausstoß von Treibhausgasen im Mobilitätssektor zu senken, liegt in der Verlagerung vom privaten PKW auf alternative Verkehrsmittel des Umweltverbundes, wie öffentliche Verkehrsmittel oder den Rad- und Fußverkehr. Um eine solche Verlagerung zu beeinflussen, verfügt die Stadt über zwei zentrale Stellschrauben, welche parallel zueinander greifen müssen.

1. Restriktionen in Bezug auf den innerstädtischen Parkraum

Zum einen gilt es, die Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs (MIV) zunehmend zu reduzieren, indem zeitlich gestaffelte Restriktionen in Bezug auf den Parkraum eingeführt werden. Dazu zählen Erhöhungen der Parkgebühren, ebenfalls geltend für das Anwohnendenparken, was der Stadt zusätzliche Einnahmen bringen kann, die für das Vorantreiben der Mobilitätswende eingesetzt werden können. Des Weiteren gilt es, den Parkraum (insb. straßenbegleitend und Gehwegparken) stetig zu verringern, um somit das Verkehrsaufkommen in den Quartieren zu minimieren. Anstelle flächendeckender Parkmöglichkeiten können Quartiersparkhäuser für Bewohnende errichtet werden, und zwar möglichst flächenschonend in vertikaler Bauweise. Neben der Reduzierung des Individualverkehrs und den damit verbundenen Emissionen entsteht ein erheblicher Flächengewinn in den Quartieren, bspw. für grüne Aufenthaltsorte, Freizeitanlagen oder eine sichere Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur. Das urbane Lebensgefühl steigt, sowohl für Anwohnende als auch Besucher*innen und das Stadtbild wird aufgewertet.

2. Alternativen ausbauen und stärken

Wichtig ist, dass gleichzeitig Alternativen geschaffen, ausgebaut und stetig verbessert werden, sodass ein Umstieg alltagstauglich und praktikabel ist sowie eine möglichst hohe Akzeptanz durch die Bevölkerung erfährt.

Um den Verkehr im Stadtgebiet sowie den Pendlerverkehr zu reduzieren ist es notwendig, ein attraktives Park-and-Ride-System zu schaffen. Dies gilt insbesondere für starkbefahrene Einfallstraßen an der Stadtgrenze, den Bielefelder Autobahnabfahrten und an den außenliegenden (End-) Haltestellen der Stadtbahn und der Buslinien. Das Auto sowie weitere Verkehrsmittel – Fahrrad, Motorrad, (Elektro-)Roller – können dort sicher abgestellt werden, um von dort aus mit öffentlichen Verkehrsmitteln in das Stadtzentrum zu fahren. Parkgebühren und Kosten für Fahrkarten sind zu verknüpfen und möglichst gering zu halten und könnten durch höhere Parkeinnahmen, aufgrund steigender Parkgebühren im Stadtgebiet, subventioniert werden. Mehr Flexibilität ließe sich durch eine Erhöhung der Taktfrequenzen und ggf. durch das Schaffen zusätzlicher Linien erreichen.

Um die Attraktivität weiter zu steigern, gilt es neben dem ÖPNV auch eine entsprechende Radverkehrsinfrastruktur aufzubauen und die P+R-Plätze mit witterungsgeschützten Radabstellmöglichkeiten zu versehen. Ebenso ist ein Ausbau von Ladestationen – für Autos und eBikes – empfehlenswert, ggf. in Verbindung mit vergünstigten Ladetarifen für die Nutzer*innen von P+R. Eine Aufwertung der Stationen selbst, z. B. durch einen Ausbau zu Mobilstationen mit Begrünung, Sitzgelegenheiten, Überdachung, Paketstation oder Einkaufsmöglichkeiten (z. B. Kiosk) können die Aufenthaltsqualität während der Wartezeiten erhöhen.

Durch Kommunikationskampagnen zur Aufklärung, insbesondere in der Regiopoleregion Bielefeld, können die Vorteile von P+R aufgezeigt und verbreitet werden. Zusätzlich können digitale Lösungen, bspw. via App oder Website, eine Transparenz über die Verfügbarkeit von Parkplätzen, ggf. mit einer Reservierungsmöglichkeit schaffen.

Erste Handlungsschritte

- Anpassung des Parkraummanagements im Stadtgebiet (Erstellung Umsetzungskonzept)
- Gestaffelte Preiserhöhung für öffentliche Parkflächen und Anwohnerparken
- Identifikation zu reduzierender Parkflächen und schrittweise Umsetzung
- Analyse der gegenwärtigen Nutzung von P+R
- Öffentlichkeitsarbeit/Kommunikationskampagne zum Aufzeigen der Vorteile von P+R/ Umweltverbund
- Ausbaukonzept inkl. Flächenidentifikation und infrastrukturellen Veränderungsmaßnahmen
- Ausbau und Aufwertung bestehender P+R-Plätze
- Bau neuer P+R-Plätze

 Akteur*innen Federführung: Amt für Verkehr Beteiligt: moBiel GmbH, Bauamt, Immobilienservicebetrieb Bielefeld (ISB)	 Zielgruppe Bürger*innen, Stadtbesucher*innen, Pendler*innen, MIV-Nutzer*innen, Radfahrer*innen
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten²³ 3,5 Vollzeitäquivalente/a	 Dauer der Aktivität 2024 - 2030
 Sachkosten 100.000 € für Kommunikationsstrategie und Öffentlichkeitsarbeit	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel, Förderungen müssen ggf. geprüft werden

²³ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.



THG-Einsparungen

Die CO₂-Minderungswirkung dieser Aktivität basiert auf ihrem Beitrag zur Reduzierung von PKW-Verkehren und deren Verlagerung auf den Umweltverbund. Quantifizierung erfolgt daher gemeinsam in Steckbrief 3.3.2.1.



Synergieeffekte

3.2.1.1. Entwicklung von autoarmen Quartieren/Zentren
 3.3.1.1. Fahrrad- und fußgängerfreundlichere Ampelschaltung
 3.3.2.1. Vermarktung des ÖPNV
 3.3.4.1, Flächendeckender Ausbau der Mobilstationen



Zielkonflikte

Konkurrierende Ansprüche innerhalb des Umweltverbundes am (begrenzt) zur Verfügung stehenden Verkehrsraum, Gegenwind durch Bürger*innen / Anwohner*innen / MIV-Nutzer*innen



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Reduzierter Parkraum im Stadtgebiet, Preisentwicklung der Parkgebühren, Auslastung der P+R-Plätze, Anzahl zusätzlicher P+R-Plätze, Entwicklung Modal Split ÖV und MIV

Mobilität/ Nr. 3.3.4.1.

Flächendeckender Ausbau der Mobilstationen

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Vermeidung und Verlagerung Personenverkehr	2024	Mittel- bis langfristig	Versorgen/ Anbieten

Ziel und Strategie

Das Ziel dieser Aktivität ist es, den Umweltverbund zu attraktiveren und zu ergänzen sowie die multi- und intermodale Mobilität zu vereinfachen. Auf diese Weise sollen PKW-Wege auf der gesamten Wegekette durch das Angebot von attraktiven, intelligenten und verknüpft nutzbaren Mobilitätsangeboten ersetzt werden. Dafür soll ein flächendeckendes Netz an Mobilstationen aufgebaut werden.

Ausgangslage

Mit dem „meinSiggi“-Bike-Sharing, den in das System integrierten Lastenfahrrädern und Pedelecs, den in der Stadt angebotenen E-Scooter-Sharingsystemen und verschiedenen Car-Sharing-Modellen, wie bspw. von cambio oder CITYca, stehen im Stadtgebiet Bielefeld bereits heute eine Reihe von Sharing-Angeboten im Bereich der Mobilität zur Verfügung. Für eine flächendeckende und für Jede*n zugängliche Nutzung im alltäglichen Gebrauch reichen die derzeitigen Angebote jedoch noch nicht aus. Entscheidend für die Nutzung der Angebote ist ein flächendeckendes Netz an Mobilstationen, an denen verschiedene Verkehrsmittel zum Ausleihen zur Verfügung stehen bzw. wieder abgestellt werden können und die Mobilitätsangebote somit attraktiv gebündelt werden. Die Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksachen-Nr.: 5542/2020-2025) vom 03.02.2023 behandelt aktuell die Realisierung einer Mobilstation der Größe L gemäß Mobilitätskonzept am Standort Niederwall.

Beschreibung

Mobilstationen sind physische Schnittstellen für den Übergang zwischen baulich, organisatorisch und tariflich optimal miteinander verknüpften Angeboten des Umweltverbundes. Die Stationen umfassen je nach Größe und räumlicher Lage des jeweiligen Standortes eine ÖPNV-Anbindung, Car-, Bike- und E-Scooter-Sharing-Stationen sowie witterungs- und diebstahlgeschützte Radabstellplätze (auch für Lastenfahrräder und Fahrradanhänger), ergänzend ggf. Lastenradsharing, Smart Locker, Paketstationen und weitere Ausstattungs- und Serviceelemente, wie Fahrradreparaturstationen. Je nach Situation vor Ort können auch weitere Angebote der Mikromobilität in die Stationen integriert werden. Mobilstationen können sehr gut auf spezifische Mobilitätsbedürfnisse und Mobilitätsdefizite ausgerichtet werden und somit sowohl die Mobilität in der Region, als auch in der Stadt und im Quartier verbessern.

Die Sharing-Angebote als zentrale Ausstattungselemente sämtlicher Mobilstationen werden im gesamten Stadtgebiet sowie in der Regiopoleregion ausgebaut und über die Mobilstationen mit den Verkehrsmitteln des Umweltverbunds und zusätzlichen Mobilitätsangeboten verknüpft. Durch die Integration der Sharing-Angebote in die Mobilstationen werden in Bielefeld und der Regiopoleregion flächendeckend verfügbare Angebote für die gesamte Wegekette geschaffen, die eine vollwertige Alternative zur Nutzung des (privaten) PKW bieten. Zudem werden Sharing-Angebote ergänzt, um verschiedenen Wegezwecken und Bedarfen der Nutzer*innen zu entsprechen. Der Ausbau von Mobilstationen ist ein zentrales Element für die Gestaltung des zukünftigen, zunehmend multi- und intermodalen Stadtverkehrs.

Erste Handlungsschritte

- Flächenidentifikation und Erstellung eines konkreten Ausbauplans für den Bau von mindestens 5 Mobilstationen pro Jahr
- Kooperationen zwischen Stadt, kommunalem Verkehrsunternehmen (moBiel) und privaten Mobilitätsdienstleistern und Wohnungswirtschaft schaffen, stärken und fördern

- Unterstützung des Bikesharing-Angebotes, um auch in dünner besiedelten Gebieten ein Basisangebot zu schaffen
- Schaffung von Anreizen für gewerbliche Carsharing-Anbieter*innen durch die Stadt in Form von wirtschaftlich attraktiven Standortbündeln in Ausschreibungen, um auch in unwirtschaftlich zu bedienenden Gebieten ein Basisangebot zu schaffen
- Qualitative Verbesserung sowie Ergänzung und Diversifizierung der Mobilitätsangebote
- Integration von zugangsgesicherten, digital zugänglichen Sammelschließanlagen unterschiedlicher Größe in die Mobilitätsstationen (je nach Größenklasse)
- Ausweitung und Verbesserung der Informations- und Vertriebskanäle, bspw. durch den weiteren Ausbau und die Optimierung der bereits vorhandenen intermodalen App moBiel YOU zur einfachen und diskriminierungsfreien Buchung aller verfügbaren Mobilitätsdienste, inkl. einer Zugangsmöglichkeit zu den Sammelschließanlagen (via radbox.nrw)



Akteur*innen

Federführung: Amt für Verkehr
Beteiligt: moBiel GmbH,
Verkehrsverbund Ostwestfalen- Lippe
(VVOWL), Zweckverband Nahverkehr
Westfalen-Lippe (NWL)



Zielgruppe

Bürger*innen, Stadtbesucher*innen,
Pendler*innen, Anbieter*innen neuer
Mobilitätsdienstleistungen,
Wohnungswirtschaft



Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten²⁴

3 Vollzeitäquivalente/a



Dauer der Aktivität

2024 – 2030



Sachkosten

1.750.000 € (250.000 €/a)



Finanzierungsansatz

Förderprogramme (Land NRW, FöRi-
MM / NWL / ggf. weitere),
Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Die CO₂-Minderungswirkung dieser Aktivität basiert auf ihrem Beitrag zur Reduzierung von PKW-Verkehren und deren Verlagerung auf den Umweltverbund. Annahme: 1.000 Menschen legen 15 km Distanz pro Tag mit Straßenbahn/Bus zurück und 5 km pro Tag mit dem Rad zur Mobilstation, anstelle eines Diesel-PKW.

Minderung des jährlichen
Emissionsniveaus (t/a):

ca. 350 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 1.400 Tonnen CO₂eq



Synergieeffekte

Als zentraler Baustein zur Förderung von Intermodalität und vernetzter Mobilität hat der flächendeckende Aufbau von Mobilstationen Auswirkungen auf nahezu alle Teilbereiche des Handlungsfeldes Mobilität. Zum Beispiel:

3.3.2.1. Vermarktung des ÖPNV

3.3.3.1. Parkraummangement



Zielkonflikte

Konkurrierenden Ansprüchen an die Nutzung öffentlichen Raums mit anderen Angeboten / Formen nachhaltiger Mobilität

²⁴ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Entwicklung des Modal Splits im
Personenverkehr, Entwicklung der Zahl
von Mobilstationen, Entwicklung der
Zahl der Nutzer*innen von Sharing-
Angeboten

4 Handlungsfeld Nachhaltiges Wirtschaften

Die Transformation der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität ist eine besondere Herausforderung in der Klimaneutralitätsstrategie der Stadt Bielefeld. 13.954 Unternehmen, international agierende Konzerne und ein gesunder Branchenmix prägen das Bild des Wirtschaftsstandortes Bielefeld. Chance ist die Rolle Bielefelds als Wissensstandort mit einer sehr guten Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft. Klimaneutralität als wirtschaftspolitische Zielsetzung zu fördern und zu verankern ist daher ein zentrales Ziel. Wenn auch die Landwirtschaft keine herausragende Rolle für den Wirtschaftsstandort spielt, sind Fragen der lokalen Ernährungsproduktion und die Nutzung lokaler Ressourcen wichtige Themen bei der Förderung lokaler Wertschöpfungsprozesse und zur Förderung der Resilienz.

Im Mittelpunkt des Handlungsfeldes stehen daher die folgenden Handlungsschwerpunkte:

- Stadt als Vorbild: Die klimaneutrale Verwaltung
- Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung integriert betrachten
- Regionale Handelsstrukturen
- Klimaneutrales Gewerbe, Handel und Dienstleistung
- Klimaneutrales Handwerk
- Klimaneutrale Industrie
- Abfall- und Kreislaufwirtschaft
- Landwirtschaft, Forst-, Agrar- und Ernährungswirtschaft
- Bildung und Wissenschaft als Arbeitgeber
- Gesundheitssektor als Arbeitgeber

Nr.	Aktivitätentitel	Seite
4.1.1.1.	Klimabildung für Mitarbeitende	70
4.1.1.2.	Klimaneutraler Konzern Stadt Bielefeld	72
4.2.1.1.	Vernetzung der Unternehmen fördern	74
4.2.1.2.	Ausbildungsinitiative für Klimaschutzberufe	76
4.2.1.3.	Konzept zur Unternehmensansiedelung & Förderung von Start-Ups (Energiebranche)	78
4.5.1.1.	Anreize für Ausbildungen in klimarelevanten Berufen (Nachwuchsförderung)	80
4.8.1.1.	Regionale Handelsketten und Produkte in der Regiopolregion stärken	82

Die folgende Abbildung zeigt die Struktur des Handlungsfeldes mit seinen Handlungsschwerpunkten, Maßnahmen und Aktivitäten.

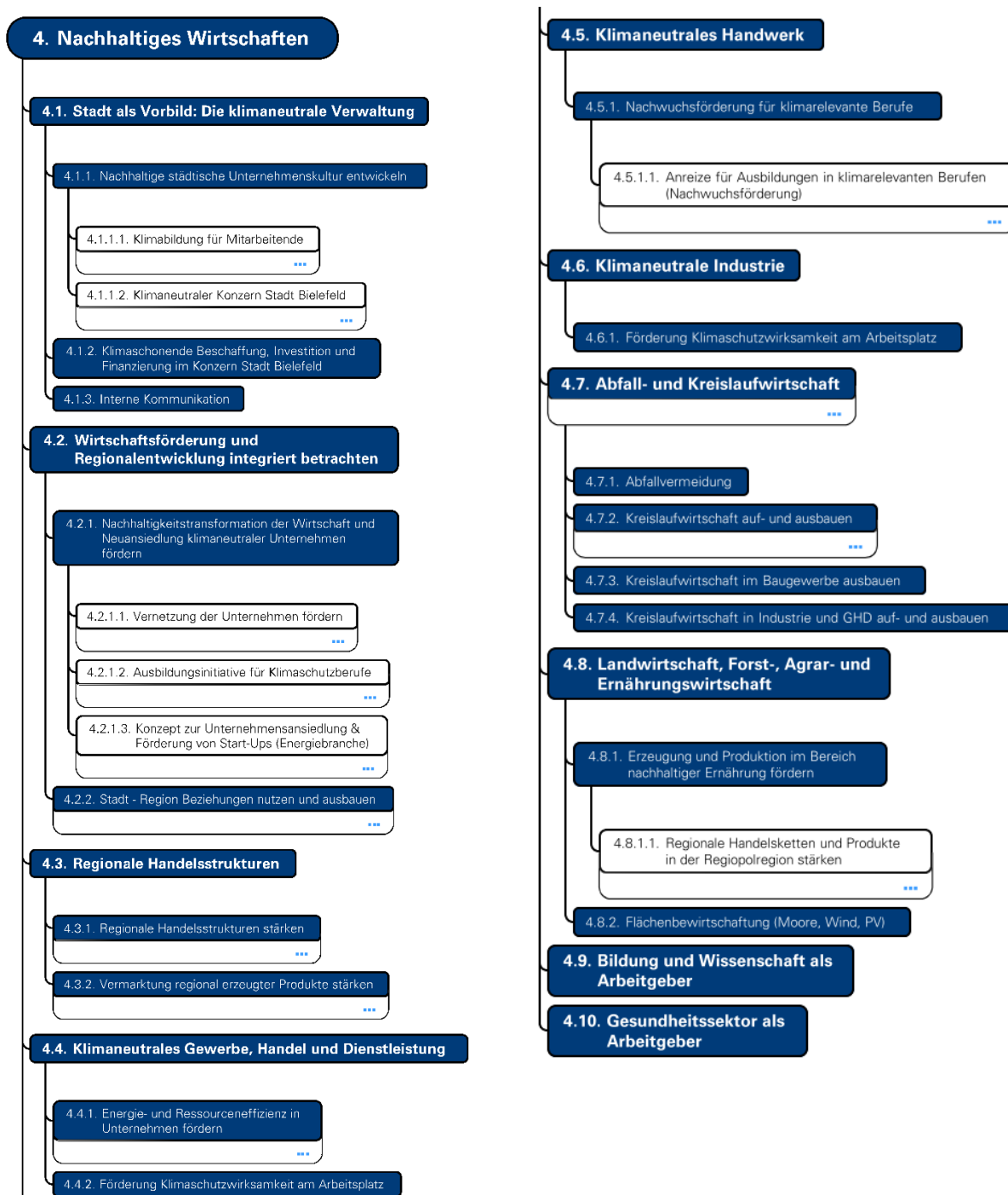


Abbildung 6 Aktivitätenportfolio des Handlungsfelds Nachhaltiges Wirtschaften

Nachhaltiges Wirtschaften, Nr. 4.1.1.1.

Klimabildung für Mitarbeitende

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Stadt als Vorbild: Die klimaneutrale Verwaltung	2024	Mittel- bis langfristig	Verbrauchen/ Vorbild

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivität ist es, das städtische Handeln in allen Bereichen nachhaltig auszurichten und so auch als motivierendes Vorbild in Richtung lokaler Unternehmen und weiterer Akteursgruppen zu wirken. Hierfür ist die Wissensvermittlung für alle städtischen Mitarbeiter*innen von zentraler Bedeutung.

Ausgangslage

Für die Umsetzung der Klimaschutzziele der Stadtverwaltung sind unterschiedliche Organisationseinheiten zuständig, z. B. für Sanierung/Modernisierung und Bewirtschaftung städtischer Gebäude, Mobilitätsangebote für Mitarbeitende, Fuhrpark, Green IT, Beschaffung oder Personalentwicklung.

Die umfassende Information aller Mitarbeitenden zu ihren Möglichkeiten, Klimaschutz und Nachhaltigkeit in ihrem Arbeitsbereich umzusetzen, gab es bisher anlassbezogen. Einsparpotentiale für den kommunalen Haushalt und für die städtische Klimabilanz sind deshalb nicht umfänglich realisiert.

Beschreibung

Der Transformationsprozess der Klimaneutralität wird ohne eine klare Vorbildfunktion des Konzerns Stadt Bielefeld nicht glaubhaft in die Stadtgesellschaft kommuniziert werden können. Durch neue interne Austauschformate sowie Arbeitsgruppen kann die Optimierung gelingen, um mittel- und langfristig nachhaltig agieren zu können.

Zum einen sollen die Mitarbeitenden im Verhalten ihres täglichen Tuns sensibilisiert werden z. B. hinsichtlich des Energieaufwands der Computerarbeit, der Beheizung der Büros, der Verpflegung am Arbeitsplatz, der Wege zur Arbeitsstätte usw. Zum anderen haben die Mitarbeitenden in ihrem jeweiligen beruflichen Wirken einen erheblichen (jedoch ganz unterschiedlichen) Einfluss auf die Umsetzung der Klimaschutzziele und müssen sich hierzu der konkreten Klimaschutzziele der Stadt Bielefeld und ihrer Rolle bei der Umsetzung klarwerden.

Fortbildung für alle Mitarbeitende und spezielle Weiterbildung für Führungskräfte

Um den Klimaschutz im alltäglichen Verwaltungshandeln stärker zu verankern, bieten sich Fortbildungen als Basis für alle Mitarbeitenden an, welche bspw. im Rahmen eines Online-Moduls mit Gamification-Ansatz gestaltet werden können. Ebenfalls wäre die Verknüpfung mit einem internen Ideenmanagement bzw. Wettbewerb denkbar.

Führungskräfte sollten darüber hinaus tiefergreifende Fortbildungen erhalten, da sie in ihrer Funktion Veränderungen vorleben und weitertragen sollten, sodass die Akzeptanz der Mitarbeiter*innen weiter gestärkt wird. Sowohl inhaltlich als auch organisatorisch könnten Ansätze oder einzelne Module der Energiesparkampagne „mission E“ oder weitere Projekte zum Energiesparen in der Verwaltung genutzt werden oder als Vorbild dienen. Diese wurden bereits von vielen Kommunen umgesetzt.

Nachhaltigkeit als Bestandteil der Ausbildung und Nachhaltigkeits-Scouts in den Abteilungen

Zur frühzeitigen Sensibilisierung bietet es sich an, das Thema Nachhaltigkeit bereits in die städtischen Ausbildungen mitaufzunehmen und die Auszubildenden eng in die internen Aktivitäten einzubinden oder ihnen sogar eine koordinative Rolle zu übertragen.

Weiterhin könnten Auszubildende als Nachhaltigkeits-Scouts oder „Change-Agents“ (siehe Steckbrief „Instrumente zur Steuerung des Klimaschutzprozesses implementieren“) in den Abteilungen eingesetzt

werden. Als Vorbild kann hier die Zusatzqualifizierung „Energie-Scouts“ der Industrie und Handelskammer dienen.

Ein aktuelles Beispiel ist der Instagram-Kanal „bielefeld_nachhaltig“, den die Auszubildenden während ihres Einsatzes in der Auszubildendenfirma „NewBie“ selbständig mit Inhalten versorgen, um sich auf diesem Wege die städtischen Nachhaltigkeitsziele anzueignen.

Erste Handlungsschritte

- Erstellung und Implementierung von Fortbildungsmodulen (externe Ausschreibung)
- Erarbeitung der Organisationsstruktur und Inhalte für Azubi-Projekte
- Konsequente Weiterführung der internen Kommunikation zu den persönlichen Handlungsoptionen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit sowie zur beruflichen Betroffenheit und den Einflussmöglichkeiten der Dienststellen und Arbeitsbereiche auf die Klimaschutzziele

 Akteur*innen Federführung: Umweltamt Beteiligte: Amt für Personal, Immobilienservicebetrieb (ISB)	 Zielgruppe Verwaltung, Städtische Mitarbeiter*innen
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten²⁵ 1 Vollzeitäquivalent/a für die Koordination	 Dauer der Aktivität 2024 - 2025
 Sachkosten 40.000 € für die externe Beratung	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Nicht quantifizierbar	
 Synergieeffekte Aktivitäten: 7.1.2.2. Instrumente zur Steuerung des Klimaschutzprozesses implementieren	 Zielkonflikte Auslastung der Mitarbeiter*innen, Akzeptanz des menschengemachten Klimawandels, Bereitschaft zur Veränderung
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Strukturen wurden analysiert und angepasst, Energie in kommunalen Liegenschaften eingespart, Fortbildungsmodule erstellt und implementiert, Azubi-Projekte wurden gestartet	

²⁵ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Nachhaltiges Wirtschaften/ Nr. 4.1.1.2.

Klimaneutraler Konzern Stadt Bielefeld

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Stadt als Vorbild: Die klimaneutrale Verwaltung	2024	Mittelfristig	Vorbildfunktion Stadt Bielefeld

Ziel und Strategie

Die Entwicklung und Implementierung einer nachhaltigen städtischen Unternehmenskultur unterstützt in Form eines gemeinsamen Commitment, oder Klimapakts, die Erreichung der Klimaneutralität in Bielefeld. Zentraler Bestandteil ist eine Selbstverpflichtung der Stadt Bielefeld als Vorbildfunktion. Neben der Kernverwaltung definieren alle Tochterunternehmen und Beteiligungen der Stadt eigene Klimaschutzziele zur Umsetzung. Der Prozess wird durch die Einführung von Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskoordinator*innen und Weiterbildungsangebote unterstützt.

Ausgangslage

Die Stadt Bielefeld bietet bereits eine Vielzahl von Unterstützungsangeboten für Unternehmen an, wie etwa „Bielefeld green stories“ oder „ÖKOPROFIT®“, der Stadtkonzern selbst nimmt diese aber nicht uneingeschränkt wahr. Ein Klimapakt würde die Einführung von Umfassenden Klimaschutzmaßnahmen im gesamten Stadtkonzern begünstigen. Mit der Teilnahme am EEA wurde außerdem eine Grundlage für die Erreichung des Ziels einer klimaneutralen Stadtverwaltung bis 2030 geschaffen.

Beschreibung

Der Transformationsprozess hin zu einer klimaneutralen Stadtgesellschaft in Bielefeld bedarf einer deutlichen und glaubhaften Vorbildfunktion seitens der öffentlichen Hand, hier in einem ersten Schritt durch die Stadt Bielefeld direkt beeinflussbar: die Kernverwaltung.

Als unmittelbare Sofortmaßnahme wird daher vorgeschlagen, eine Strategie für die klimaneutrale Stadtverwaltung Bielefeld entwickeln und begleiten zu lassen. In einem zweiten Schritt wird ein Klimapakt für den Konzern Stadt Bielefeld ausgerufen und die Beteiligungen der Stadt dabei unterstützt, eigene Klimaziele zu definieren. Durch ein jährliches Berichtsformat z.B. über Veranstaltungen, informiert der Konzern Stadt Bielefeld über laufende Projekte und Fortschritte und stellt so Transparenz gegenüber Einwohner*innen und Unternehmen her.

Inhaltliche Merkmale der Strategieentwicklung sind:

- Start mit klarer Entscheidung von Politik und Verwaltungsvorstand zur Unterstützung
- Vorgehen in mehreren Phasen (von einzelnen Bereichen der Kernverwaltung, sukzessive Erweiterung auf alle Bereiche, gefolgt von den Beteiligungen)
 - Betrachtung der v.a. relevanten fachlichen Bereiche (Energie, Mobilität, Beschaffung)
- Verbindliche Entscheidungsleitlinien für Investitionen entwickeln
- Optimierte Zusammenarbeit zwischen Institutionen

Externe Begleitung des Implementationsprozesses in den ersten 4 Jahren

Inhaltliche Merkmale der Umsetzungsbegleitung im Konzern Stadt Bielefeld sind:

- Nachhaltigkeit als eigene Koordinationsstelle mit mehr Personal
- Pflichtfortbildungen für alle Mitarbeitende der Verwaltung und des Konzerns Stadt Bielefeld, z. B. Online- Modul (Gamification-Ansatz)
- Einführung von Nachhaltigkeitsscouts in den Organisationseinheiten
- spezielle Weiterbildung für Führungskräfte

- Nachhaltigkeit als Bestandteil der Ausbildung

Erste Handlungsschritte

- Beschluss des Ziels Klimaneutrale Stadtverwaltung Bielefeld bis 2030 in den Gremien
- Ausschreibung der Strategieentwicklung
- Entwicklung der Strategie
- Sukzessive Umsetzung der Strategie
- Evaluation und Monitoring

Akteur*innen

Federführung: Umweltamt
Beteiligte: Amt für Organisation, IT und
Zentrale Leistungen, Presseamt,
Verwaltungsvorstand

Zielgruppe

Sämtliche Einheiten der Bielefelder
Verwaltung, sowie Unternehmen, Vereine
und Organisationen

Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten²⁶

1 Vollzeitäquivalent/a (Koordination)

Dauer der Aktivität

2024 – 2030

Sachkosten

30.000 € für Konzepterstellung

Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel

THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar

Synergieeffekte

-

Zielkonflikte

-

Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Endenergieverbrauch von Gebäuden und
Mobilität, Systematisierung von
Beschaffungen und Konsum

²⁶ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Nachhaltiges Wirtschaften, Nr. 4.2.1.1.

Vernetzung der Unternehmen fördern

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung integriert betrachten	2024	Mittelfristig	Beraten/Motivieren

Ziel und Strategie

Ein klimagerechtes und nachhaltiges Wirtschaften der lokalen Unternehmen ist nicht nur für die Erreichung der Klimaziele, sondern auch zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung sowie Erhaltung oder Schaffung neuer Arbeitsplätze wesentlich. Um Unternehmen bei der Nachhaltigkeitstransformation zu unterstützen, soll die Netzwerkbildung in Bielefeld ausgeweitet werden.

Ausgangslage

In Bielefeld existieren unterschiedliche Netzwerke, in denen ansässige Unternehmen zu nachhaltigen Themen arbeiten, wie z. B. ÖKOPROFIT® Regiopoleregion Bielefeld, Cirquality OWL, die Klimainitiative OWL der IHK Ostwestfalen zu Bielefeld oder seit 2022 die Klima-Akademie OWL der Handwerkskammer (HWK) in Kooperation mit weiteren Akteur*innen. Zentrale Elemente der Akademie sind die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle sowie die Bündelung und Vernetzung des bestehenden Know-hows und der Kompetenzen im Bereich Klima- und Umweltschutz.

Das Netzwerk „Das kommt aus Bielefeld“ der WEGE ist eines der größten Netzwerke für die Bielefelder Wirtschaft. Es bietet die Möglichkeit zum Austausch und Vernetzen, Informieren sowie zum Präsentieren von geplanten und realisierten Projekten. Seit 2021 verfügt das Netzwerk über die Rubrik „Green Stories“, in welcher die Nachhaltigkeit im Fokus steht.

Beschreibung

Unternehmensnetzwerke und der Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zwischen den Unternehmen sollen weiter gestärkt werden. Vorreiterunternehmen können ihr erlangtes Wissen an Firmen in der Stadt weitergeben und zur Nachahmung animieren. Gleichzeitig können auch Misserfolge zum gemeinsamen Lernen beitragen. Dafür sollten insbesondere bestehende Netzwerkstrukturen stärker beworben werden.

Mithilfe eines digitalen Nachhaltigkeitswiki für Unternehmen und Organisationen können unkompliziert die relevanten Informationen (bspw. wer macht was, wer kann unterstützen etc.) zur Verfügung gestellt werden. Dieses Wiki soll als Informations- und Wissensplattform dienen und gleichzeitig die Unternehmen miteinander vernetzen. Auf diese Weise können Unternehmen neben der reinen Information über umgesetzte Projekte auch ihre Unterstützung anbieten. Bedingt durch die große Reichweite des Netzwerkes „Das kommt aus Bielefeld“ wird empfohlen, das Wiki gemeinsam mit der WEGE mbH zu konzipieren und in das Netzwerk zu integrieren, bzw. die bestehenden WEGE mbH Netzwerke zu erweitern. Das Nachhaltigkeitswiki sollte dabei nach dem Peer-to-Peer-Ansatz konzipiert werden, wonach sich die Unternehmen untereinander austauschen und gegenseitig beraten. Dieses Angebot sollte als Ergänzung zu Beratungsangeboten gesehen werden.

Mögliche Inhalte und Ansätze können sein:

- Gemeinsame Beschaffung von Energie / Produkten
- Nutzung von Abwärme in benachbarten Unternehmen
- Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien
- Mobilitäts- und Fuhrparkmanagement, Nutzung von Synergien in Gewerbegebieten
- Beratungsangebote und Fördermöglichkeiten (inkl. Erfahrungen zur Antragstellung etc.)

- Veranstaltungsformate zum direkten Austausch mit Fachvorträgen oder Betriebsbesichtigungen

Erste Handlungsschritte

- Gemeinsame Entwicklung des Konzeptes mit der WEGE mbH
- Erstellung und Pflege eines Nachhaltigkeitswikis
- Evaluation und ggf. Anpassung des Wikis



Akteur*innen

Federführung: Umweltamt,
Wirtschaftsförderungsentwicklungs-
gesellschaft (WEGE mbH)
Beteiligte: Handwerkskammer
Ostwestfalen-Lippe, Industrie- und
Handelskammer Ostwestfalen, ggf. weitere



Zielgruppe

Lokale Unternehmen



Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten²⁷

0,25 Vollzeitäquivalente/a für die
Koordination



Dauer der Aktivität

3 Jahre, danach verstetigen



Sachkosten

2.000 €/a für Öffentlichkeitsarbeit
30.000 € für die Erstellung des
Nachhaltigkeitswiki; 4.000€ für die
Pflege des Nachhaltigkeitswikis



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar



Synergieeffekte

Erhalt bzw. Steigerung der
Wettbewerbsfähigkeit und
Standortsicherheit sowie Sicherung/
Schaffung von Arbeitsplätzen



Zielkonflikte

Auslastung der Unternehmen,
Personal-/Fachkräftemangel

Aktivität:
4.1.1.2. Klimaneutraler Konzern Stadt
Bielefeld



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Kontaktdatenbank wurde erstellt,
Erstversion eines Nachhaltigkeitswikis
wurde erstellt und zur Verfügung gestellt,
Resonanz und Inanspruchnahme durch die
Unternehmen

²⁷ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Nachhaltiges Wirtschaften Nr. 4.2.1.2.

Ausbildungsinitiative für Klimaschutzberufe

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung integriert betrachten	2024	Mittelfristig	Beraten/Motivieren

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivität ist die Steigerung der Auszubildendenzahlen in planenden und ausführenden Gewerken. Für die energetische Erhöhung des Gebäudebestands, Planung und Bau von erneuerbaren Energien sowie Energiespeichern und viele weitere Aufgaben werden mehr Fachkräfte und Know-how benötigt als aktuell zur Verfügung stehen. Auf diese Weise können die Klimawende beschleunigt und Sektorziele schneller erreicht werden.

Ausgangslage

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, welcher sich perspektivisch noch verstärken wird, müssen angesichts der ambitionierten Klimaziele Maßnahmen ergriffen werden, um die Ausbildung in Handwerksberufen für junge Menschen zu bewerben. Seit 2022 gibt es bereits das Projekt Klima-Akademie OWL der Handwerkskammer in Kooperation mit weiteren Akteur*innen. Zentrale Elemente der Akademie sind die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle sowie die Bündelung und Vernetzung des bestehenden Know-hows und der Kompetenzen im Bereich Klima- und Umweltschutz.

Beschreibung

Berufe insbesondere in planenden und ausführenden Gewerken sollen verstärkt beworben werden. Mithilfe einer Initiative sollen vor allem Jugendliche kurz vor dem Schulabschluss aber auch Jugendliche in der Berufsfindungsphase durch unterschiedliche Formate adressiert werden. Hierbei sollten Aktionstage und Vorträge von Fachkräften aus lokalen Unternehmen in den Schulen von einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne flankiert werden. Als Vorbild und Inspiration kann die Kampagne/Plattform „Handwerk macht Schule“ des Deutschen Handwerkskammertag (DHKT) e. V. dienen. Hier werden zahlreiche Lehrmaterialien zu verschiedenen Schulfächern zur Verfügung gestellt, die sich an den aktuellen Lehrplänen orientieren und die Relevanz und Zukunftschancen von Handwerksberufen herausstellen. Parallel startete Ende 2022 eine Online-Kampagne des Handwerks (Deutscher Handwerkskammertag (DHKT) e. V.) und des Unternehmens Meta über Facebook, die sich speziell an junge Menschen richtete. Bei der Bielefelder Kampagne soll darauf geachtet werden, dass sich Jugendliche jeden Geschlechts angesprochen fühlen. Insbesondere junge Frauen, die nach wie vor in den meisten Handwerksberufen unterrepräsentiert sind, verfügen oftmals über gute Qualifikationen für eine Ausbildung im Handwerk. Insgesamt sollen die bereits in Bielefeld vorhandenen Angebote verstetigt und systematisiert werden.

Erste Handlungsschritte

- Erarbeitung einer Kampagne
- Konzipierung von Materialien und Formaten
- Durchführung der Kampagne
- Evaluierung und ggf. Anpassung der Kampagne



Akteur*innen

Federführung: Regionale
Personalentwicklungsgesellschaft mbH



Zielgruppe

Einwohner*innen

Beteiligte: Jugendberufsagentur,
Umweltamt, Amt für Schule, Schulen,
Berufskollegs, Handwerkskammer
Ostwestfalen-Lippe, Industrie- und
Handelskammer Ostwestfalen, ggf. weitere



Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten²⁸

0,75 Vollzeitäquivalente/a für die
Koordination



Dauer der Aktivität

3 Jahre, danach verstetigen



Sachkosten

Ca. 50.000 €/a für Materialien,
Öffentlichkeitskampagnen, Raummieten
etc.



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

keine direkte Einsparung



Synergieeffekte

Standortsicherung der Unternehmen,
Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit

Aktivität: 4.2.1.1. Vernetzung der
Unternehmen fördern
4.5.1.1. Anreize für Ausbildungen in
klimarelevanten Berufen
(Nachwuchsförderung)



Zielkonflikte

Enge Taktung der Lehrpläne und
Kapazitäten des Lehrpersonals



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Durchführung der Kampagne,
Teilnehmendenzahlen, Klickzahlen,
Resonanz der Einwohner*innen,
Entwicklung der Auszubildendenzahlen

²⁸ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch neu zu schaffende Personalstellen.

Nachhaltiges Wirtschaften/ Nr. 4.2.1.3.

Konzept zur Unternehmensansiedlung & Förderung von Start-Ups (Energiebranche)

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung integriert betrachten	2024	Mittelfristig	Beraten und motivieren

Ziel und Strategie

Die Aktivität zielt darauf ab, durch Förderprogramme die Ansiedelung von Unternehmen sowie Startups in der Energie- und anderen klimarelevanten Branchen in Bielefeld zu unterstützen. Dabei sollen auch solche Unternehmensgründungen gefördert werden, die klimafreundliche Arbeits- und Produktionsbedingungen bieten.

Ausgangslage

Die WEGE (Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH) hat bereits eine Grundlage für die Aktivität geschaffen, beispielsweise gibt es bereits Beratungsangebote spezifisch für Start-Ups, eine Plattform für Pop-Up Stores, eine digitale Standortsuche sowie das Unternehmensnetzwerk. Start-Ups können sich zudem für das Bielefelder „Start-Up“-Paket²⁹ bewerben und Zuschüsse für Mieten erhalten. Unterstützt wird dies durch die Angebote des von der WEGE mbH moderierten Netzwerks „DAS KOMMT AUS BIELEFELD“. Im Rahmen dieser Aktivität werden diese Angebote um Förderangebote für die Energiebranche erweitert.

Beschreibung

Kommunale Wirtschaftsförderung hat sich klassisch primär um die Entwicklung von Gewerbegebieten und die Anwerbung von (größeren) Unternehmen gekümmert. Ein attraktiver Wirtschaftsstandort ergibt sich nicht nur durch die Möglichkeiten, ein Unternehmen anzusiedeln. Dort, wo sich die Menschen in ihrer Stadt wohlfühlen, tun es auch Fachkräfte, Studierende und Auszubildende. Gerade vor dem Hintergrund der notwendigen Transformationen in Unternehmen für eine klimafreundliche Wirtschaft braucht es innovative Start-Ups, kreative Köpfe und kooperative Wirtschaftsformen, die durch Gemeinwohlorientierung und Nachhaltigkeit zu Lebensqualität, Klimaschutz und Resilienz beitragen. Dazu erarbeitet die WEGE gemeinsam mit dem Umweltamt der Stadt Bielefeld ein Konzept zur Unternehmensansiedlung sowie ein Förderprogramm inklusive Auswahlkriterien, das auf die Anforderungen der Energiebranche abzielt und bewirbt dieses entsprechend.

Erste Handlungsschritte

- Bestandsaufnahme gemeinwohlorientierter, solidarischer und nachhaltiger Start-Ups, Unternehmen und Initiativen sowie Unternehmen in der Energiebranche
- Ermittlung möglichst konkreter Unterstützungsbedarfe durch Gespräche oder Befragungen
- Ausarbeitung eines Förderprogramms mit Ausrichtung Energiebranche



Akteur*innen

Federführung: Wirtschaftsförderung
Bielefeld
Beteiligte: Umweltamt



Zielgruppe

Nachhaltig agierende und produzierende Unternehmen, Start-Ups insbesondere in der Energiebranche

²⁹ <https://bielefelder-startup-paket.de/>

Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten³⁰

0,5 Vollzeitäquivalente/a



Dauer der Aktivität

2024 – 2030



Sachkosten

Für Öffentlichkeitsarbeit und
Veranstaltungen sollten jährlich 15.000 €
Sachkosten einkalkuliert werden
Fördermittelkosten: ca. 50.000 €/a



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, ggf. Fördermittel



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar



Synergieeffekte

Synergien zu weiteren Netzwerkarbeiten
der Wirtschaftsförderung

4.2.1.1 Vernetzung der Unternehmen
fördern

2.2.2.1. Klimafreundliche
Gewerbegebietsentwicklung mit Fokus auf
Bestandsgebiete



Zielkonflikte

-



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Ausarbeitung eines Förderprogramms
für Start-Ups in der Energiebranche

³⁰ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Nachhaltiges Wirtschaften/ Nr. 4.5.1.1.

Anreize für Ausbildungen in klimarelevanten Berufen (Nachwuchsförderung)

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Klimaneutrales Handwerk	2024	Mittel- bis langfristig	Beraten und motivieren

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivitätenempfehlung ist es, die Attraktivität von klimarelevanten Berufen zu stärken, die duale Ausbildung bzw. das duale Studium zu fördern und letztendlich Arbeitskräfte für Handwerk und Industrie akquirieren zu können. Dafür soll der Austausch zwischen Bildungsstätten (Schulen, Hochschulen) und Industrie und Handwerk über konkrete Kooperationsprojekte gefördert werden. Die personellen Kapazitäten in Industrie und Handwerk sind für die Umsetzung sehr vieler Aktivitätenempfehlungen in der vorliegenden Klimastrategie und damit für das Erreichen der Klimaziele unerlässlich.

Ausgangslage

Der Fachkräftemangel betrifft auch Bielefeld. Klimarelevante Berufe müssen daher bekannter und attraktiver werden. Da mittelfristig dennoch Fachkräfte fehlen werden und die technologischen Entwicklungen weiter voranschreiten, ist es wichtig vorhandenes Wissen zu teilen. Durch die „Fachkräfte - Umsetzung“ können Klimaschutzmaßnahmen vor Ort genutzt werden, um Fachkräfte gezielt weiterzubilden.

Beschreibung

Zur Erreichung der Ziele soll ein Qualifizierungsnetzwerk aufgebaut werden. Der Austausch zwischen Forschung, Entwicklung, industriellen und handwerklichen Berufen soll dabei die Attraktivität klimarelevanter Berufe befördern und eine Antwort auf den Fachkräftemangel liefern. Mögliche Ansätze sind Formate, wie sie die IHK Köln beispielsweise am 11.04.2019 als Dialogforum angeboten hat: „Vom Hörsaal in die Werkstatt“. Perspektiven für Studierende und Studienaussteiger*innen im Handwerk“. Solche Formate könnten regelmäßig angeboten werden und weitere Stakeholder einbezogen werden, wie z.B. die Umsteigen-Karriereberatung der Handelskammer oder die regionale Wirtschaftswoche in Hochschulen (mit Schwerpunkt Nachhaltigkeit: der ökologische Umbau braucht people-power). Jobmessen mit Schwerpunktausrichtung auf klimaschutzrelevante Berufe in der Erwachsenenbildung können ebenfalls dazu beitragen, mehr Menschen für Ausbildungsberufe zu begeistern.

Zudem soll die Um- und Weiterbildung bzw. Umschulung für Fachkräfte beworben werden, Hier kann insbesondere an die Aktivitäten der Klima-Akademie OWL angeknüpft werden die entsprechende Angebote konzipiert, um Fachkräfte auf die neuen Aufgaben und Herausforderungen der nachhaltigen Transformation vorzubereiten.

Letztlich muss auch das Problem der Firmennachfolge im Klimasektor. Hier sollte eine Förderung für die Beratung zur Nachfolgeregelung in Betracht gezogen werden.

Erste Handlungsschritte

- Identifikation zentraler Qualifizierungsbedarfe
- Umsetzung von (auch innovativen, experimentellen) Bildungskonzepten; Kooperationsprojekte (z.B. zwischen Hochschule und Handwerk) zur Beförderung beruflicher Abschlüsse, „Stellentausch“ im Sinne von temporärerem Austausch interessierter Mitarbeiter*innen zwischen unterschiedlichen Unternehmen (z.B. produzierendes Unternehmen und IT-Unternehmen)

**Akteur*innen**

Federführung: Die Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung wird noch abschließend geklärt
 Beteiligte: Hochschulen Bielefeld, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe, Wirtschaftsförderung Bielefeld mbH, Agentur für Arbeit

**Zielgruppe**

Zukünftige Fachkräfte z. B. Berufsschüler*innen, Unternehmen im Bielefelder Stadtgebiet

**Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten³¹**

1 Vollzeitäquivalent/a

**Dauer der Aktivität**

6 Monate Vorbereitung
 Umsetzung: 5 Jahre

**Sachkosten**

Ca. 10.000 €/a für Öffentlichkeitsarbeit, Materialien

**Finanzierungsansatz**

Haushaltsmittel

**THG-Einsparungen**

Nicht quantifizierbar

**Synergieeffekte**

Aktivitäten:
 2.3.2.1 Energetische Sanierung
 1.3.2.1 PV-Ausbau auf Gewerbedachflächen unterstützen
 1.3.2.2 Innerstädtisches PV-Potenzial nutzen

**Zielkonflikte**

Konkurrenz um Fachkräfte kann Kooperationen erschweren

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Umfrage zu Qualifikationsbedarfen, vermittelte Qualifikationen, Anzahl und Teilnahme an Netzwerk-Aktivitäten

³¹ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Nachhaltiges Wirtschaften/ Nr. 4.8.1.1.

Regionale Handelsketten und Produkte in der Regiopolregion stärken

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Landwirtschaft, Forst-, Agrar- und Ernährungswirtschaft	2024	Mittelfristig	Anbieten und Versorgen

Ziel und Strategie

Ziel ist es, bis 2030 den Anteil der nachhaltig bewirtschafteten Landwirtschaftsflächen zu steigern. Diese Zielsetzung nimmt die der Bundesregierung (30% bis 2030) auf. Durch einen zusätzlichen Marktzugang in Bielefeld unterstützt die Stadt insbesondere kleine und mittlere nachhaltig produzierende Landwirt*innen aus Bielefeld und der Regiopolregion.

Die Aktivitätenempfehlung zielt darauf ab, zu prüfen, wie die Aggregation, Lagerung, Verarbeitung und Vermarktung von lokal produzierten Lebensmitteln weiter erleichtert werden kann. Damit sollen weitere vorbildliche Rahmenbedingungen und Infrastrukturen geschaffen werden, um die Versorgung Bielefelds mit regional produzierten Lebensmitteln in einem gesteigerten Umfang sicherzustellen. Hierzu prüft die Stadt zunächst welche zusätzlichen Angebote und Strukturen benötigt werden, um die Vermarktung regionaler Produkte weiter zu stärken und Landwirt*innen in der Regiopolregion verstärkt einzubinden, beispielsweise durch die Einführung einer Regionalmarke. Dadurch trägt die Strategie auch positiv zur regionalen Wertschöpfung und nachhaltigen Landnutzung in der Region bei.

Ausgangslage

Bielefeld ist bei der Zielerreichung der nachhaltig bewirtschafteten Landwirtschaftsflächen bereits auf einem guten Weg. In der bundesweiten Datenerhebung zur Ökologischen Landwirtschaft wurde 2020 ermittelt, dass in Bielefeld 14,8 % der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet wird. Damit ist der Anteil hier höher als in NRW und bundesweit. Die Stadt ist außerdem Mitglied im Netzwerk der Biostädte.

Mit der Online-Plattform „OrtsKundlich“ hat die Stadt Bielefeld zudem eine gute Grundlage für die Vermarktung von regionalen (Bio-) Lebensmitteln geschaffen, auf der weiter aufgebaut werden kann. Bisher macht die Plattform vor allem auf Hofläden und andere Verkaufsstellen im Umland der Stadt aufmerksam.

Beschreibung

Die Stadt prüft ihre vorhandenen Strukturen zur Unterstützung der lokalen Landwirtschaft sowie den Bedarf für die Einführung der unten angeführten Strukturen. Ziel dabei ist neben privaten Haushalten verstärkt auch die öffentliche Versorgung wie Kantinen in Schulen, Behörden und Kitas sowie die Gastronomie als Abnehmer zu gewinnen. Mögliche unterstützende Strukturen für kleinere landwirtschaftliche Betriebe können sein:

- **Gemeinsames Marketing** über z.B. ein Regionallabel erhöht den Wiedererkennungswert für Kund*innen und erleichtert kleineren Betrieben das Marketing. Gleichzeitig können auch Hofläden oder Verwertende wie Kantinen als Träger der regionalen Produkte gekennzeichnet werden. Die regionale Wertschöpfung erhält ein Symbol.
- **Zentral gelegene Verarbeitungs- und Umschlagsplatz/Zwischenhandelsorte** mit regionalen Angeboten sind probate Mittel, um die Versorgung Bielefelds mit lokal produzierten Lebensmitteln zu fördern. Kernfunktionen eines solchen Umschlagsplatz sind u.a.
 - Zusammenstellung und Lagerung von Produkten verschiedener Lieferanten/Betriebe für den Vertrieb über einen einzigen Kanal (Transparenz in der Lieferkette vom Acker bis zum Teller) mit Zielgruppe Handel, Gastronomie und kommerzielle Abnehmer*innen
 - Einheitliche Wareneingangs- und Qualitätskontrolle mit digitalisierter Übersicht des täglichen Angebots für kommerzielle Großabnehmer*innen

- Entlastung der einzelnen Betriebe durch ein einheitliches Abrechnungssystem
- Behebung von Mängeln in der Verarbeitungs-Infrastruktur für kleinere, lokale Betriebe und damit die Verbesserung von deren Marktzugang (Angebote zur Vor-Verarbeitung wie Schmutzküchen, Fresh-cut Portionierung; Schäl-Angebote u.a.)
- **Lagern von Produkten und Transport zum Kunden** (signifikante Verringerung von Transportemissionen); Aufbau einer Lieferinfrastruktur zwischen Höfen, Kunden und Umschlagsort als Kühl-, Lager- und Verarbeitungszentrum
- (Kommerzielle) Käufer*innen finden, Produkte verkaufen und bewerben und die Markenidentität der Betriebe fördern. (Schaffung eines zuverlässigen Absatzmarkts für lokale Betriebe)
- **Förderung von Kooperationen der Bio-Landwirte*innen**, so dass Ernte-Ausfälle gegenseitig aufgefangen werden können.

Neben der Prüfung der Art der Unterstützung durch die Stadt ist auch eine gemeinschaftliche Ermittlung von möglichen Standorten in der Regiopolregion notwendig, um Warenströme möglichst zu bündeln und effizient zu gestalten. Auf städtischer Seite ist außerdem zu prüfen, inwieweit zusätzliche personelle Ressourcen benötigt werden und wo Fördermittel akquiriert werden können.

Erste Handlungsschritte

Im Rahmen der Aktivitätenempfehlung übernimmt die Stadt Bielefeld folgende Aufgaben:

- Interne Klärung der Federführung in diesem Projekt
- Gründung einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Prüfung der vorhandenen Strukturen zur Stärkung der lokalen Bio-Landwirtschaft
- Prüfung der vorhandenen Strukturen und Angebote, inkl. aktive Beteiligung der Betroffenen zu den Fragen: Welche zusätzlichen Bedarfe bestehen? Welche Strukturen sollen verändert werden? Ist ein Regionallabel gewollt und sinnvoll?
- Anschubförderung für eine interdisziplinäre Projektentwicklung sicherstellen
- Akquise und Einwerbung von Fördermitteln für die Umsetzung
- Gründung einer Träger-Gesellschaft für weitere Einzelmaßnahmen innerhalb der Regiopolregion



Akteur*innen

Federführung: Die Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung wird noch abschließend geklärt. .
Beteiligte: Umweltamt, Ordnungsamt bzw. Marktwesen, Gebäudewirtschaft (standortabhängig), Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, Ernährungsrat Bielefeld (fachliche Expertise)



Zielgruppe

Landwirt*innen, (Einzel-)Händler*innen, Gastronomiebetreibende, öffentliche Beschaffung in Kantinen, Kitas und Schulen



Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten³²

1 Vollzeitäquivalent/a



Dauer der Aktivität

fortlaufend

³² Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.



Sachkosten

60.000 €/a für die Anmietung einer Lagerhalle (Umschlagsplatz) und 2.000 €/a für die begleitende Kampagnen- und Netzwerkarbeit.

insgesamt 434.000 € bis 2030



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel, Fördermittel



THG-Einsparungen

Indirekte Einsparungen durch die Reduktion von Verkehrswegen.

Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a):

ca. 1.600 Tonnen CO₂eq/a

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 11.700 Tonnen CO₂eq



Synergieeffekte

Die Aktivität hat Synergien zum Handlungsfeld *Gesellschaftliche Transformation*

Aktivitäten: 5.2.1.1 Öffentliche Verpflegung
is(s)t klimafreundlich

5.4.1.1 Nachhaltige Veranstaltungen



Zielkonflikte

Konkurrenz zu bestehenden
Anbieter*innen



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Errichtung des ersten Food Hubs in Bielefeld, Start der Bewerbung

5 Handlungsfeld Gesellschaftliche Transformation

Die breite Verankerung klimaschonender Lebensstile in der Gesellschaft ist eine systemische Aufgabe. Veränderung beginnt durch das eigene individuelle Tun, darf jedoch nicht allein als individuelle Aufgabe betrachtet werden. Erforderlich sind Fähigkeiten und ein Rahmen, um erfolgreich im Sinne eigener Veränderungsziele handeln zu können. Dieser Rahmen wird durch übergeordnete politische Entscheidungen, Anbietende und Unternehmen mit nutzenbringenden und erschwinglichen Angeboten sowie durch die Stadt Bielefeld gesteckt. Gleichzeitig müssen nicht-nachhaltige Strukturen beendet oder im Sinne des Klimaschutzes verändert werden. So entsteht ein Entscheidungsumfeld, in dem klimaschonende Lebensstile in der Gesellschaft wachsen können. Alltagsverhalten, Bildung, Kultur, Gesundheitsaspekte bilden hierfür den Rahmen.

Dazu gehört:

- Bestehende Strukturen der Nachhaltigkeitsbildung
- Möglichkeiten zum Ausprobieren schaffen, um Vorurteile abzubauen
- Multiplikatoren wie Vereine, Initiativen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen aktiv einbinden

Im Mittelpunkt des Handlungsfeldes stehen daher die folgenden Handlungsschwerpunkte:

- Klimaschonendes Verhalten im Alltag
- Konsum und Ernährung
- Klimaschutz und Bildung
- Klimaschutz in Kultur und Freizeit
- Klimaschutz, -wandel und Gesundheit
- Klimaschutz und soziale Teilhabe

Nr.	Aktivitätentitel	Seite
5.1.1.1.	Nachhaltiges Handeln im Quartier	87
5.1.2.1.	Zielgruppenspezifische Schulungsformate	89
5.2.1.1.	Öffentliche Verpflegung is(s)t klimafreundlich	92
5.3.1.1.	BNE in Bildungseinrichtungen integrieren	94
5.4.1.1.	Nachhaltige Veranstaltungen	96

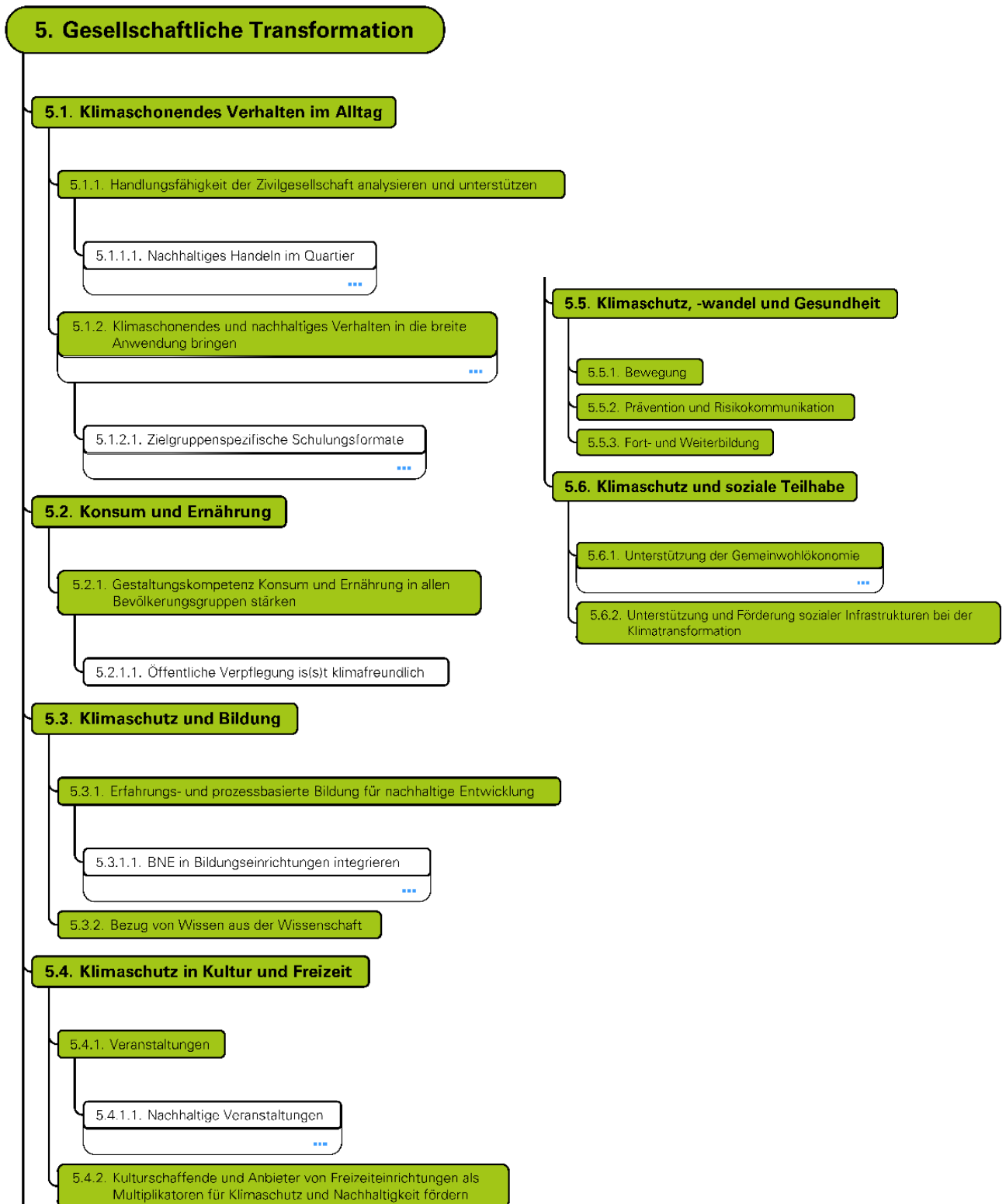


Abbildung 7 Aktivitätenportfolio des Handlungsfelds Gesellschaftliche Transformation.

Gesellschaftliche Transformation/ Nr. 5.1.1.1.

Nachhaltiges Handeln im Quartier

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Klimaschonendes Verhalten im Alltag	2024	Kurz- bis mittelfristig	Versorgen und anbieten

Ziel und Strategie

Ziel ist es, mehr Menschen für aktiv klimaschonendes Verhalten zu begeistern. Hierfür sollen bisher wenig erreichte Zielgruppen dahingehend untersucht werden, welche Form der Ansprache nötig ist, um ein umwelt- und klimaschonendes Verhalten zu etablieren. Darauf aufbauend soll ein Konzept erstellt werden, um bessere Möglichkeiten für intrinsisch nachhaltiges Handeln im Alltag in den Bereichen Wohnen, Energie, Ernährung und Konsum sowie Mobilität zu schaffen und damit den Bielefelder*innen gute Rahmenbedingungen zu schaffen, die Selbstwirksamkeit im Angesicht der Klimakrise zu steigern.

Ausgangslage

Für das städtische Leben und den sozialen Zusammenhalt sind gut konzipierte und mit attraktiver (sozialer) Infrastruktur ausgestattete Quartiere von fundamentaler Bedeutung. Hier findet das Leben statt, das maßgeblich selbst gestaltet werden kann in Bezug auf den eigenen Lebensstil und somit die entscheidenden Handlungsfelder Wohnen, Energie, Ernährung, Konsum und Mobilität. Alle diese Bereiche haben nicht nur großen Einfluss auf Umwelt und Klima, sondern auch auf die eigene Gesundheit sowie die Gesundheit der Mitmenschen.

Der Bielefelder Klimabeirat hat daher ein Pilotprojekt zur partizipativen Quartiersarbeit empfohlen, mit dem mit wissenschaftlicher Begleitung in einem Quartier analysiert werden soll, welche zielgruppenorientierten Instrumente für mehr Klimaschutz im Alltag entwickelt werden sollten. Dieses Pilotprojekt wurde vom Ausschuss für Umwelt und Klima im Februar 2024 beschlossen.

Hieraus sollen, nach einer umfassenden Analyse, zielgruppengerechte Vorgehensweisen für mehr Umwelt- und Klimaschutz im Quartier in Verbindung mit dem Thema Gesundheit entwickelt werden. Die Zusammenarbeit mit den vorhandenen Strukturen im Quartier hat den Vorteil, dass darüber auch Menschen erreicht werden, die vielfältige Herausforderungen in ihrem Alltag zu bewältigen haben und die Klimaschutz bislang eher als „Elitenprojekt“ wahrnehmen.

Beschreibung

Erfahrungen sammeln durch Ausprobieren und Anwenden sind die Basis für die Entwicklung neuer Handlungsroutinen. Dafür bedarf es passender Angebote und Gelegenheiten.

Zuvor ist es jedoch entscheidend, zu untersuchen, wie genau Menschen in verschiedenen Lebenssituationen angesprochen werden können und wollen, um in den jeweiligen Handlungsfeldern umwelt- und klimaschonende Änderungen zu testen und dauerhaft vorzunehmen. Außerdem soll auch im Besonderen darauf geachtet werden, wie sich der Eco Gender Gap hier bemerkbar macht und sich möglicherweise die Lücke schließen lässt. Erkenntnisse aus dem Projekt „Klimaschutz – Einfach machen!“ sollen mitberücksichtigt werden.

Erste Handlungsschritte und Teilaktivitäten:

- Konkrete Ausgestaltung und Beauftragung der Pilotstudie „Klimaschutz im Quartier“, inbegriffen ein Konzept zur Förderung und Verstärkung der Umsetzung von umwelt- und klimaschonenden Handlungen in den Erfahrungsräumen basierend auf den Ergebnissen der vorangestellten Analyse
- Einbindung der „Pioniere des Wandels“ in Bielefeld, z. B. Akteur*innen in den Quartieren, Akteur*innen der Plattform OrtsKundlich, Gastronomie, Mobilität und Repair-Cafés

 Akteur*innen Federführung: Umweltamt Beteiligte: Büro für Sozialplanung, moBiel GmbH	 Zielgruppe Bielefelder Stadtgesellschaft, Unternehmen, Organisationen, Initiativen, Stadteilmütter und -väter, Landwirt*innen, Initiativen zur Lebensmittelrettung
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten³³ 1 Vollzeitäquivalent/a	 Dauer der Aktivität Fortlaufend
 Sachkosten 55.000 € für Projekt „Klimaschutz im Quartier“, 5.000 € für flankierende Öffentlichkeitsarbeit	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Keine Quantifizierung möglich, da stark abhängig von individuellen Verhaltensweisen und Entscheidungen	
 Synergieeffekte Die Aktivität hat Synergien in alle Handlungsfelder	 Zielkonflikte Keine
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Vergabe der Pilotstudie „Klimaschutz im Quartier“, Vorliegen des Konzepts zur Förderung und Verstetigung.	

³³ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Gesellschaftliche Transformation/ Nr. 5.1.2.1.

Zielgruppenspezifische Schulungsformate

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Klimaschonendes Verhalten im Alltag	2025	Kurz- mittelfristig	Beraten & Motivieren

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivität ist es, die Bielefelder*innen für nachhaltiges und klimaschonendes Verhalten im Alltag nicht nur zu aktivieren sondern vor allen Dingen zu qualifizieren. Hierzu soll es einerseits Möglichkeiten zum Testen und Ausprobieren von klimaschonenden Verhaltensweisen geben. Andererseits soll interessierten Bielefelder*innen die Möglichkeit gegeben werden, sich selber hinsichtlich Klimaschutz zu qualifizieren um eine sogenannte „Multiplikator*innen“-Rolle als Klimabuddy einnehmen zu können. Hierdurch soll Klimaschutz dauerhaften Einzug halten in bisher noch zu wenig erreichte private Haushalte, Schulen, Organisationen und Quartiere. Zudem sollen auch ganz gezielt interessierte und schon informierte Menschen in die Lage versetzt werden, ihr Wissen weiterzugeben.

Hierzu sollen auf Basis der im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Analyse und Konzeptvorstellung „Klimaschutz im Quartier“ zielgruppenspezifische Schulungsformate erarbeitet werden sowie eine Plattform entwickelt werden, auf der geschulte Bielefelder*innen gefunden werden können von solchen mit Informationsbedarf.

Ausgangslage

Mit dem Projekt „Klimaschutz – Einfach machen!“ hat die Stadt Bielefeld im Sommer 2023 ein Reallabor als erstes Klimacoachingangebot für Bielefelder Familien gestartet, das im Februar 2024 beendet wurde.

Weiterhin gibt und gab es bereits diverse Mitmachaktionen und Kampagnen seitens der Stadt Bielefeld, welche verschiedene Bevölkerungsgruppen aktivieren und Möglichkeiten zu mehr Klimaschutz im Alltag aufzeigen. Hierzu gehören bspw. die Projekte Stadtradeln, Kindermeilen-Kampagne oder 3-Monate-ohne-Auto. Hinsichtlich regionaler Anbieter*innen klimafreundlicher und nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen bietet die Stadt bereits einen digitalen Marktplatz inklusive einer Kartendarstellung namens „OrtsKundlich“ an.

Viele Bielefelder*innen haben bereits Erfahrungen gemacht mit dem Stellen von Förderanträgen z. B. für Photovoltaik-Anlagen oder Hausdämmung. Dieser Erfahrungsschatz ist wertvoll und soll in Zukunft auch sinnvoll genutzt und eingesetzt werden.

Beschreibung

Schulungsformate für „Multiplikator*innen“ sollen für verschiedene Themenfelder durchgeführt werden. Es soll dabei grundsätzlich über das reine Informieren und Appellieren hinausgehen.

Auf einer niedrigschwelligen Ebene soll Bielefelder*innen die Möglichkeit gegeben werden, konkrete Klimaschutzaktivitäten kennenzulernen und auszuprobieren. In diesem Prozess sollen sie begleitet werden, um neue Gewohnheiten aufzubauen und klimafreundliche Aktivitäten zu verstetigen. Die Mitmachinitiative soll an die bestehenden Projekte anknüpfen und diese zusammenbringen. Schwerpunktthemen der Mitmachinitiative sind u. a. klimafreundliche Mobilität, Konsum und Ernährung, Wohnen und Energieverbrauch. Hierfür werden Bielefelder Anbieter*innen von klimafreundlichen und nachhaltigen Produkten sowie Dienstleistungen beteiligt, z. B. über die Plattform „OrtsKundlich“.

- Zusätzlich sollen Formate zur Multiplikator*innen-Schulung genutzt werden, um Bielefelder*innen mit speziellem Vorwissen zu befähigen, ihr Wissen bei Bedarf kompetent weiterzugeben. Wer z. B. bereits eine PV Anlage errichtet oder Dämmmaßnahmen realisiert hat, weiß, worauf es ankommt, welche Reihenfolgen einzuhalten sind und wo es möglicherweise Hürden gibt. Um Hemmschwellen in der Bevölkerung abzubauen, klimaschonende Maßnahmen zu ergreifen, sollen für Interessierte Schulungen angeboten werden zu sogenannten Klimabuddies, die dann angesprochen werden können, um ein Projekt gemeinsam durchzusprechen und für Fragen zur Verfügung zu stehen. Die Klimabuddies sollen nicht die Beratung der Fachunternehmen ersetzen,

sondern Hemmschwellen abbauen und Ängste vor den Verfahren nehmen. Hierzu sollen die Klimabuddies eine Schulung erhalten, in der sie lernen, wie sie den Erseinstieg in Klimaschutzmaßnahmen erleichtern und ihr Wissen weitergeben können.

- Um die Suchenden und Helfenden zusammenzubringen soll eine Online-Plattform zur besseren Koordination eingerichtet werden. Die Klimabuddy-Schulungen können dann zu verschiedenen Themenbereichen sukzessive angeboten werden, sodass sich nach und nach ein vielfältiges Wissensnetzwerk bildet.

Optional können für die Umsetzung der Kampagne digitale Formate genutzt werden.

Allübergreifend soll hier auch der Eco Gender Gap mitgedacht werden und in die Formate Einzug halten.

Erste Handlungsschritte

- Auswertung bisheriger Projekte und Konzipierung der Mitmachinitiative
- Entwicklung eines Schulungskonzepts von Klimabuddies
- Einbindung von relevanten Akteur*innen
- Durchführung der Mitmachinitiativen
- Erstellen einer Online-Plattform
- Durchführung der ersten Klimabuddy-Schulungen
- Langfristige Verstetigung der Mitmachinitiative
- Evaluierung
- Entwicklung und Einführung digitaler Formate

 Akteur*innen Federführung: Umweltamt Beteiligte: Presseamt/Statistikstelle, bereits bestehende Gruppen und Initiativen, bereits ausgebildete Multiplikator*innen, Unternehmen	 Zielgruppe Bielefelder Stadtgesellschaft
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten³⁴ 1 Vollzeitäquivalent/a	 Dauer der Aktivität fortlaufend
 Sachkosten 130.000 €/a für Schulungen von ca. 50 Klimabuddies und Mitmachangeboten für ca. 500 Teilnehmer*innen	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel, ggf. ergänzende Fördermittel
 THG-Einsparungen Annahme: 0,8 Tonnen Einsparungen pro Jahr und Person bei insgesamt 3.000 teilnehmenden Personen bis 2030 Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): ca. 2.400 Tonnen CO ₂ eq/a	
Kumulierte THG-Einsparung (t): ca. 8.400 Tonnen CO ₂ eq	

³⁴ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.



Synergieeffekte

Die Aktivität hat Synergien mit dem gesamten Handlungsfeld 5 *Gesellschaftliche Transformation*, z.B. Aktivität 5.1.1.1 Nachhaltiges Handeln im Quartier



Zielkonflikte

Keine erwartet



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

- Schulungskonzept wurden erstellt
- Evaluierung und ggf. Anpassung
- Erfolgskontrolle anhand von Teilnehmendenzahlen, Klickzahlen, Umfragen unter Teilnehmer*innen

Gesellschaftliche Transformation / 5.2.1.1.

Öffentliche Verpflegung is(s)t klimafreundlich

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Konsum und Ernährung	2025	Kurzfristig	Verbrauchen & Vorbild

Ziel und Strategie

Über die Gestaltung des Verpflegungsangebots in öffentlichen Einrichtungen hat die Stadt Bielefeld einen direkten Einfluss, um im Rahmen von Klimabildung Wissen zu vermitteln und so ein nachhaltiges Ernährungsbewusstsein bei den Bielefelder*innen zu fördern. Ziel ist es, eine nachhaltige, gesundheitsförderliche Ernährung in Bielefeld zu unterstützen und das Wissen dazu zu vermitteln. Damit sollen möglichst viele Menschen befähigt werden, sich nach nachhaltigen Kriterien zu verpflegen, bzw. in allen Lebensphasen ein klimafreundliches und gesundes Angebot zu erhalten.

Ausgangslage

Die Projekte "Klimagesunde Schulküche" und „Klimagesunde Kantine“ wurden bereits für Schul- und Betriebskantinen durchgeführt. Im Rahmen dieser Aktivität kann auf vorhandenen Materialien und Know-how zurückgegriffen werden. Entsprechend der aktuellen Rahmenbedingungen und Kriterien, wie gewünschte Anzahl der Einrichtungen und Zielgruppen, sind Inhalte anzupassen und zu erweitern. Grundsätzlich sollen bei der Ernährung in Einrichtungen mit Außer-Haus-Verpflegung die jeweils aktuellen Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) eingehalten werden. Die Stadt Bielefeld ist zudem Mitglied des Netzwerkes „Biostädte“ und hat damit das Ziel, Bio-Lebensmittel in öffentlichen Einrichtungen in wachsendem Maße zu etablieren. Unterschiedliche Projekte und Akteur*innen sind zu dem Themenfeld bereits aktiv.

Beschreibung

Grundlage für eine klimafreundliche öffentliche Verpflegung ist eine Bildungsoffensive für Caterer und Kantinen-Personal: klimafreundlichen Einkauf kosteneffizient und innerhalb der Beschaffungsregelungen erreichen, kundenorientierte, moderne Speisengestaltung und Ansprache entwickeln. Dieses Bildungsangebot muss institutionell verankert werden, sodass Weiterbildungsmöglichkeiten langfristig bestehen bleiben.

Außerdem sollte die Stadt klare Leitlinien zur nachhaltigen Lebensmittelbeschaffung aufstellen. Hierzu gehört bspw. die Beschaffung von regionalen und saisonalen Lebensmitteln, ein wachsender Anteil in Bio-Qualität sowie ein vorrangig pflanzliches Angebot an Nahrungsmitteln. Bei tierischen Produkten ist das Tierwohl ein wichtiges Kriterium. Dem Thema Lebensmittelverschwendung sollte mit den Informationen und Handreichungen der Bundeskampagne „Zu gut für die Tonne“ und ähnlicher Angebote begegnet werden.

Erste Handlungsschritte

- Aktualisierung von Leitlinien zur nachhaltigen Lebensmittelbeschaffung
- Umsetzung der Leitlinie und Weitergabe an Caterer und Kantinen
- Konzipierung von Fortbildungen für Catering-Firmen und Kantinen-Personal
- Durchführung der Fortbildungen und zentrale Anlaufstelle benennen
- Evaluation und ggf. Anpassung der Bildungsangebote und Leitlinien



Akteur*innen

Federführung: Umweltamt
Beteiligte: Amt für Schule, Jugendamt,
Gesundheitsamt, Verbraucherzentrale
NRW, Ernährungsrat



Zielgruppe

Kitas, Schulen, städtische
Mitarbeiter*innen

**Zeitaufwand**

1 Vollzeitäquivalent/a

**Dauer der Aktivität**

2024-2028

**Sachkosten**

Ca. 10.000 €/a für Entwicklung von
speziellen Beschaffungsleitfäden,
Durchführung von Schulungsangeboten

**Finanzierungsansatz**

Haushaltsmittel

**THG-Einsparungen**

Nicht quantifizierbar.

**Synergieeffekte**

Aktivität 4.8.1.1. Regionale
Handelsketten und Produkte in der
Regiopolregion stärken

Aktivität: 5.4. 1.1. Nachhaltige
Veranstaltungen

**Zielkonflikte**

Mehrkosten bei der Beschaffung, ggf.
Vorbehalte gegenüber klimafreundlicher,
gesundheitsförderlicher Ernährung

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Leitlinien wurden erstellt und angewendet,
Fortbildungen für Caterer/ Kantinenpersonal
wurde durchgeführt (ggf. Wiederholungen
nach Bedarf und Evaluierung), Auswertung
und ggf. Anpassung der Leitlinien

Gesellschaftliche Transformation/ Nr. 5.3.1.1.

BNE in Bildungseinrichtungen integrieren

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Klimaschutz und Bildung	2024	Mittelfristig	Beraten & Motivieren

Ziel und Strategie

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist der Schlüssel für eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung. Damit ist sie ein wichtiges Element für die Zielerreichung von Klimaneutralität bis 2030 in Bielefeld. Mit BNE erhalten Menschen Wissen und Werte, die ihnen dabei helfen, komplexe Zusammenhänge und Risiken zu verstehen. Diese Kompetenzen ermöglichen es, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. Die Erwerbung der Kompetenzen soll bereits in der frühkindlichen Bildung ansetzen und in der Schule fortgeführt werden. Hierzu wird das bereits bestehende städtische BNE-Portal weiterentwickelt, mit Inhalten gefüllt und in der Bielefelder Bildungslandschaft etabliert. Damit werden die Bielefelder BNE-Anbieter*innen und ihre Bildungsangebote bzw. außerschulischen Lernorte gebündelt und den Bildungsinstitutionen, Multiplikator*innen und Lehrkräften zugänglich gemacht. Die Integration von BNE-Einheiten in den Schulen und Kindertagesstätten mithilfe außerschulischer BNE-Anbieter*innen wird durch ein Förderprogramm der Stadt Bielefeld unterstützt.

Ausgangslage

Die Stadt Bielefeld unterstützt bereits seit vielen Jahren Bildungseinrichtungen und -konzepte, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sind. Neben langjähriger Zusammenarbeit zwischen dem Umweltamt und verschiedenen BNE-Anbieter*innen wurde BNE als strategische Zielsetzung in die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Bielefeld aufgenommen, die 2021 verabschiedet wurde. Auf Basis der dort formulierten vier operativen Umsetzungen, die bis 2025 umgesetzt werden sollen, wurde 2022 das Netzwerk Bildung für nachhaltige Entwicklung (folgend BNE-Netzwerk Bielefeld) gegründet, das die vielen verschiedenen BNE-Anbieter*innen zusammenbringt und Raum für Erfahrungsaustausch und gegenseitige Hilfestellungen bietet. Darüber hinaus wurde das städtische BNE-Portal entwickelt, in dem sich die BNE-Akteur*innen mit ihren Angeboten und außerschulischen Lernorten präsentieren können, sodass diese zentral gebündelt und in ihrer Sichtbarkeit gestärkt werden.

Zudem hat sich, basierend auf dem langjährigen Kooperationsprojekt „Energiesparen macht Schule“, das Sonderförderprogramm „KlimaSchule Bielefeld“ entwickelt. Alle Schulen in Bielefeld sind im Schuljahr 2023/24 zum zweiten Mal aufgerufen, ihre Ideen für ein nachhaltiges und ressourcenschonendes Schulleben auszuprobieren und im Rahmen einer großen Veranstaltung vor den Sommerferien einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Umsetzung der Projektideen wird mit bis zu 1000 € gefördert. Außerdem gibt es seit vielen Jahren einen Zuschuss für Klimaschutz-Bildungsangebote. Dabei werden Bildungsangebote von außerschulischen Anbieter*innen zu den Themenfeldern Klimaschutz und Klimaanpassung gefördert, die in Bielefeld durchgeführt werden.

Beschreibung

Als Grundlage dieser Aktivität steht im laufenden Jahr die Weiterentwicklung und Füllung des BNE-Portals im Fokus. Einhergehend mit der Bekennung zu den Leitlinien des BNE-Netzwerks und der Verwendung des Netzwerk-Logos werden BNE-Anbieter*innen eingeladen, ihre Angebote zu registrieren und zu präsentieren (Bekennung zu den Leitlinien, Nutzung Logo und Eintragung ins BNE-Portal entspricht einer Mitgliedschaft im BNE-Netzwerk). Dazu werden die Aktiven und Interessierten des BNE-Netzwerks sowie potenzielle weitere Akteur*innen informiert.

Im Jahr 2025 erfolgt die gezielte Bewerbung des BNE-Portals bei Schulen, KITAs und Einrichtungen des lebenslangen Lernens. Durch Informationsveranstaltungen und persönliche Ansprachen sollen Bildungseinrichtungen für die Nutzung des Portals gewonnen werden. Dabei wird insbesondere der Mehrwert für Lehrer*innen und Erzieher*innen hervorgehoben. Um die praktische Umsetzung von BNE zu unterstützen, wird eine Förderung für BNE-Einheiten angeboten. Diese könnte beispielsweise die

regelmäßige Durchführung von BNE-Aktivitäten, wie etwa zwei Unterrichtsstunden pro Woche, finanziell unterstützen und soll Anreize schaffen, BNE als integralen Bestandteil des Lehrplans zu etablieren. Grundlegend für die erfolgreiche Umsetzung sind ausreichende Personalressourcen in allen beteiligten Institutionen.

Erste Handlungsschritte

- Mitgliedschaft im BNE-Netzwerk integrieren
- BNE-Portal im und außerhalb des BNE-Netzwerk bewerben und mit Anbietenden und Angeboten füllen
- Regelmäßige Aufnahme von Akteur*innen, Angeboten und Lernorten in BNE-Portal
- Förderprogramm für die Etablierung von BNE in Bildungseinrichtungen konzipieren, dabei bestehende Förderlinie berücksichtigen

 Akteur*innen Federführung: Umweltamt, Amt für Schule Beteiligte: Volkshochschule Bielefeld, Amt für Jugend und Familie	 Zielgruppe BNE-Akteur*innen Bildungseinrichtungen (Kinder- und Erwachsenenbildung)
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten³⁵ 1 Vollzeitäquivalent/a für Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung	 Dauer der Aktivität 2 Jahre, danach verstetigen
 Sachkosten Ca. 50.000 €/a für Öffentlichkeitsarbeit und Förderprogramm	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel, ggf. Fördermittel
 THG-Einsparungen Keine direkte Einsparung	
 Synergieeffekte Diese Aktivität hat Synergien in alle Handlungsfelder.	 Zielkonflikte -
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine <ul style="list-style-type: none"> • BNE-Portal beinhaltet einen Großteil der BNE-Anbietenden und Angebote in Bielefeld • Ausarbeitung eines integrierten Förderprogramms • Anzahl durchgeführter BNE-Einheiten 	

³⁵ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Gesellschaftliche Transformation/ Nr. 5.4.1.1.

Nachhaltige Veranstaltungen

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Klimaschutz in Kultur und Freizeit	2024	Kurzfristig	Beraten und motivieren

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivität ist es (Groß-)Veranstaltungen nachhaltiger zu gestalten und kulturelle und Freizeiteinrichtungen dabei zu unterstützen auch ihre Veranstaltungen nachhaltiger auszurichten.

Ausgangslage

Im Rahmen der Erarbeitung des Kulturentwicklungsplans der Stadt wurden nachhaltige Gesichtspunkte aufgenommen. Das Welthaus Bielefeld e.V. bietet Beratungen für nachhaltiges Veranstaltungsmanagement für Initiativen an. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz hat beschlossen ein Konzept für den Einsatz von Mehrweg auf öffentlichen Veranstaltungen zu erarbeiten. Mit der kommunalen Förderung zur Anmietung von Spülmobilen für Veranstaltungen werden insbesondere kleine Initiativen unterstützt. Die Universität Bielefeld hat bereits Hilfestellungen für klimagerechtere Veranstaltungen zusammengetragen, die die Erarbeitung eines Leitfadens unterstützen können.

Beschreibung

Bei Veranstaltungen in Bielefeld - inklusive Stadtfesten, Sportveranstaltungen und Bürgerfesten - kann durch verschiedene Teilaktivitäten Einfluss auf die Klimafreundlichkeit der Veranstaltung genommen werden. Dies umfasst unter anderem:

- Verwendung von Grünstrom für den Strombedarf
- Verzicht auf Einweggeschirr und Auswahlkriterien zur Abfallvermeidung festschreiben
- Nach Möglichkeit kostenlose ÖPNV Verbindungen anbieten
- Verpflegung möglichst klimafreundlich beschaffen (Mögliche Kriterien: regional, saisonal, vegetarisch, aus biologischem Anbau)
- Temporäre Trinkwasserbrunnen und Leitungswasser anbieten

Zudem könnten Veranstalter*innen zu weiteren, einzuhaltenden Kriterien verpflichtet, oder finanzielle Anreize gesetzt werden. Denkbar wäre etwa z.B. ein Bonus- oder Malussystem, das die zu entrichtende Standgebühr danach staffelt, wie klimaschädlich das Speisenangebot des jeweiligen Standes ausfällt. Dem Grundsatz folgend: Je mehr Fleisch und tierische Produkte, desto höher fällt die Standgebühr aus. Hierdurch könnte die Stadt das Angebot an klimafreundlichen Gastronomieständen erhöhen und somit die Öffentlichkeit anregen, sich klimafreundlicher zu ernähren.

Erste Handlungsschritte

- Für Veranstaltungen auf dem Stadtgebiet soll ein Konzept erarbeitet werden, das die Klimaschutz-Bemühungen der Stadt Bielefeld unterstreicht. Hierzu werden Leitlinien erarbeitet, die die vorhandenen Ansätze integrieren, und durch die Stadt Bielefeld in eine möglichst umfassende Anwendung gebracht.
- Dazu wird ein Leitfaden ausgearbeitet, der Nachhaltigkeitskriterien, Tipps- und Ansprechpartner*innen an unterschiedliche Multiplikator*innen kommuniziert.

**Akteur*innen**

Federführung: Umweltamt,
Beteiligte: Ordnungsamt,
Immobilienervicebetrieb Bielefeld (ISB),
Amt für Verkehr, Umweltbetrieb

Bielefeld Marketing GmbH, Kulturstadt,
Städtische Bildungs- und
Kultureinrichtungen, Museen

**Zielgruppe**

Private und öffentliche Veranstalter,
Bildungs- und Kultureinrichtungen,
Sportvereine

**Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten³⁶**

0,25 Vollzeitäquivalente/a in jeweils
Umweltamt und Ordnungsamt

**Dauer der Aktivität**

2024 bis 2030

**Sachkosten**

35.000 € für Konzeptentwicklung und
Aktivierungskampagne

**Finanzierungsansatz**

Haushaltsmittel

**THG-Einsparungen**

Nicht quantifizierbar

**Synergieeffekte**

Die Aktivität unterstützt die anderen
Aktivitäten des Handlungsfelds, indem es
die Präsenz des Themas Klimaschutz im
Alltag erhöht.

5.1.1.1 Nachhaltiges Handeln im Quartier
5.2.1.1. Öffentliche Verpflegung ist klimafreundlich

**Zielkonflikte**

keine

**Erfolgsindikatoren/Meilensteine**

Konzeptentwicklung, Umsetzung bei
einer Anzahl von Veranstaltungen

³⁶ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

6 Handlungsfeld Kompensation

Grundsätzlich sollte die Kompensation von Treibhausgasemissionen erst dann in Betracht gezogen werden, wenn eine weitere Reduktion der Treibhausgase nicht mehr möglich ist. Dieser Punkt wird je nach Sektor früher oder später erreicht sein. Beispielsweise kann die Landwirtschaft nicht völlig emissionsfrei Lebensmittel produzieren und in der produzierenden Industrie werden einige Prozesse auf Grund der benötigten Technologien nicht im vorgesehenen Zeitraum dekarbonisiert werden können. Für diese Bereiche und Unternehmen muss, parallel zur Vermittlung von grundlegendem Wissen zur Erstellung von Treibhausgasbilanzen innerhalb der Unternehmen, Wissen zu auditierten Kompensationsmöglichkeiten vermittelt werden.

Dazu gehören:

- Wissensvermittlung und Ausweitung von Bilanzierungstools in Bielefelder Unternehmen
- Fördermittelberatung für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, die zur Reduktion von Emissionen durch das Unternehmen beitragen
- Konstantes Messagaging von „Reduktion über Kompensation“ durch den Konzern Stadt Bielefeld

Im Mittelpunkt des Handlungsfeldes stehen daher die folgenden Handlungsschwerpunkte:

- Stadt als Vorbild: Grüne Infrastruktur schützen und entwickeln
- Technische Systeme: CO₂-Kompensation und Speicherung

Nr.	Aktivitätentitel	Seite
6.2.1.1.	Beratungsangebote für Unternehmen zum Thema CO ₂ -Kompensationsrichtlinien und -standards	100

Die folgende Abbildung zeigt das Portfolio des Handlungsfeldes:

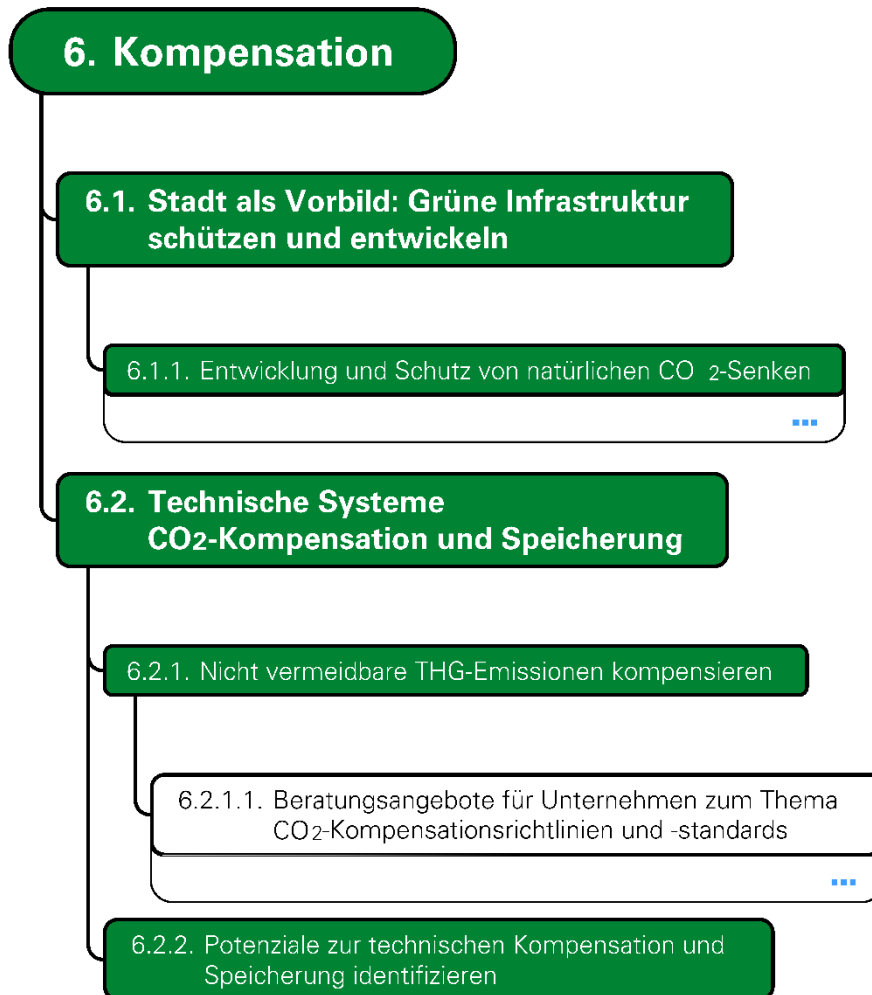


Abbildung 8 Aktivitätenportfolio des Handlungsfeldes Kompensation.

Kompensation / Nr. 6.2.1.1.

Beratungsangebote für Unternehmen zum Thema CO₂-Kompensationsrichtlinien und -standards

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Technische Systeme: CO ₂ -Kompensation und Speicherung	2024	Mittel- bis langfristig	Beraten und motivieren

Ziel und Strategie

Ziel und Strategie sollte es sein, durch geeignete Maßnahmen darüber aufzuklären, welche Rolle Kompensationsmaßnahmen spielen können und Wege zu finden, langfristig und glaubwürdig wirkende Kompensationsmaßnahmen nicht vermeidbarer THG-Emissionen zu finden. Dieses Ziel wird durch Wissensvermittlung in Form von Mitarbeiter*innenschulung zu Richtlinien und Standards bei Kompensationszertifikaten, sowie grundlegendem Wissen zu unternehmensspezifischen Treibhausgasbilanzen unterstützt.

Ausgangslage

Die zunehmende Postulierung von Klimaneutralitätszielen durch Unternehmen ist im Kern eine erfreuliche Entwicklung und Beleg dafür, dass Wirtschaftsakteur*innen zunehmend Wert darauf legen, als verantwortungsvolle und vorausschauende Unternehmen wahrgenommen zu werden. So genannte Kompensationsmaßnahmen können allerdings darüber hinwegtäuschen, dass es noch ein weiter Weg bis zur Klimaneutralität ist. Ein einfaches „weiter so“, kombiniert mit geringen Investitionen in oftmals zweifelhafte Projekte, kann vielleicht zu einem besseren Gewissen führen, jedoch nicht zu einem wirkungsvollen Klimaschutz. Investitionen in Kompensationsleistungen durch natürliche Senken sollten daher nur dann eingesetzt werden, wenn sie der Begrenzung unvermeidbarer Emissionen dienen oder innerhalb der eigenen Organisationsgrenzen umsetzbar sind.

Beschreibung

Bielefelder Unternehmen aus den Bereichen GHD und Industrie werden durch die Stadt dabei unterstützt, aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit resultierende und nicht vermeidbare THG-Emissionen zu kompensieren. Dies kann sowohl die technische Kompensation über die Speicherung der Emissionen als auch deren dauerhafte Bindung in grüner Infrastruktur sein. Dazu muss zunächst dabei unterstützt werden, wie die unternehmenseigene Klimabilanz auf Basis einer robusten und geprüften Datenbasis erstellt werden kann. Hierbei müssen auch die vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen berücksichtigt werden. Den Unternehmen eine Anleitung darin zu geben, welche Klimaschutzinvestitionen wirklich sinnvoll und nicht bloßer „Ablasshandel“ sind, ist dabei eine große Herausforderung. Denn es sollten in erster Linie Investitionen in die eigenen Klimaschutzmaßnahmen sowie in der vor- oder nachgelagerten Wertschöpfungskette Vorrang haben und nicht durch Kompensationsmaßnahmen verhindert werden, damit eine absolute und nachhaltige Reduktion der Treibhausgase erfolgt. Hilfestellung, sowohl bei der Ermittlung der Unternehmensbilanz, als auch bei der Beurteilung von Kompensationsmaßnahmen, ist daher Kern dieser Aktivität. Zentraler Baustein dieser Hilfestellung ist daher die Vermittlung von Schulungsangeboten für Mitarbeitende zu Richtlinien und Standards bei Kompensationszertifikaten.

Erste Handlungsschritte

- Zusammenstellung von Angeboten und Fördermitteln für Bilanzierungssoftware und Mitarbeiter*innenschulungen durch die WEGE mbH
- Vermittlung Bilanzierungstools, Mitarbeiter*innenschulungen zu internationalen Standards und Zertifikathandel sowie Beratungen zum Thema Ressourceneffizienz (z.B. Energieeffizienzagentur NRW) an interessierte Unternehmen durch die WEGE mbH

 Akteur*innen Federführung: Wirtschaftsförderung Bielefeld (WEGE mbH) Beteiligte: Stadtwerke Bielefeld	 Zielgruppe In Bielefeld ansässige und/oder aktive Unternehmen aus den Bereichen GHD und Industrie
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten³⁷ 0,25 Vollzeitäquivalente/a	 Dauer der Aktivität 2024 - 2030
 Sachkosten 20.000 € (für Öffentlichkeitsarbeit)	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Die eingesparten THG-Emissionen können erst durch diese Aktivität ermittelt werden. Diese Aktivität ist daher Voraussetzung der unternehmensspezifischen THG-Einsparungspotenziale.	
 Synergieeffekte 4.2.1.1. Vernetzung der Unternehmen fördern 5.1.2.1. Zielgruppenspezifische Schulungsformate 7.1.2.3. Bielefelder Klima-Konto zur Finanzierung von Klimaschutzaktivitäten	 Zielkonflikte Bei schlechter Ausgestaltung der Aktivität kann der falsche Eindruck entstehen, dass es einfacher ist, Kompensationsmaßnahmen zu ergreifen, als eigene Einsparmaßnahmen umzusetzen.
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Anzahl der eingebundenen Unternehmen Entwicklung der Menge kompensierter Emissionen	

³⁷ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

7 Handlungsfeld Governance

Governance bezeichnet hier das Steuerungs- und Regelungssystem einer politisch – gesellschaftlichen Einheit. Der stadtgesellschaftliche Transformationsprozess zur Klimaneutralität lässt sich durch die Kernverwaltung der Stadt Bielefeld aktiv gestalten und beschleunigen, aber im komplexen Gesamtprozess nicht in Gänze steuern. Die Transformation der Stadtgesellschaft muss als eine systemische Aufgabe sowie als agiler Prozess begriffen werden, in den Stadt, Bürger*innen und Beteiligte wie z. B. Unternehmen, Verbände oder Interessensvertretungen eingebunden sind. Für die Umsetzung kann die Stadt Bielefeld die Transformation aktiv gestalten, indem sie die Rahmenbedingungen für Veränderung schafft.

Dazu gehört:

- Die Überwachung und Nachjustierung des Prozesses
- Der fachübergreifende und koordinierte Einsatz kommunaler Steuerungsinstrumente im Rahmen der kommunalen Selbstbestimmung
- Die Förderung von Investitionen und Innovationen
- Die gezielte strategische Entwicklung von Innovationsräumen über alle Handlungsfelder

Im Mittelpunkt des Verwaltungshandelns stehen daher die folgenden Handlungsschwerpunkte:

- Transformation als Managementaufgabe der Stadt
- Transformation als Organisations- und Planungsaufgabe
- Transformation in zivilgesellschaftlicher Verantwortung

Nr.	Aktivitätentitel	Seite
7.1.1.1.	Aus der Praxis lernen: Pilotvorhaben der Transformation untersuchen	104
7.1.2.1.	Monitoring und Controlling mit Multiprojektmanagement einführen	106
7.1.2.2.	Instrumente zur Steuerung des Klimaschutzprozesses implementieren	108
7.1.2.3.	Bielefelder Klima-Konto zur Finanzierung von Klimaschutzaktivitäten	111
7.1.3.1.	Partizipative Entwicklung Kommunikations- und Marketingstrategie	113
7.2.2.1.	Bielefelder Klimapakt entwickeln und verbreiten	115
7.2.3.1.	Fortbildung und Wissensvermittlung Klimaneutralität	117
7.3.1.1.	Öffentlichkeitsbeteiligung zu Bielefeld klimaneutral 2030	120

Die folgende Abbildung zeigt die Struktur des Handlungsfelds mit seinen Handlungsschwerpunkten, Maßnahmen und Aktivitäten.

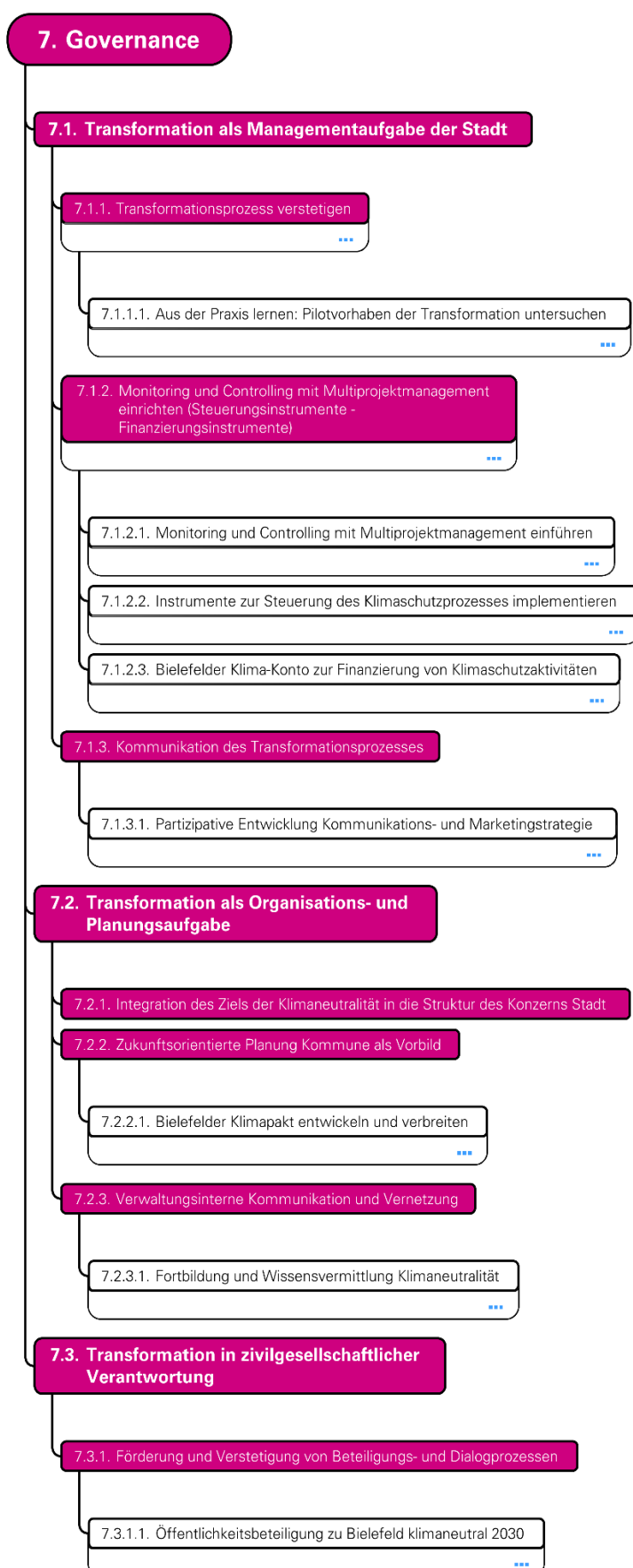


Abbildung 9 Aktivitätenportfolio für das Handlungsfeld Governance.

Governance/ Nr. 7.1.1.1.

Aus der Praxis lernen: Pilotvorhaben der Transformation untersuchen

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Transformation als Managementaufgabe der Stadt	2024	Mittelfristig	Regulieren und lenken

Ziel und Strategie

Für die Entwicklung von Bielefeld zu einer klimaneutralen Stadt sind umfangreiche Veränderungsprozesse in den Bereichen Governance, Technik und Infrastruktur, Gesellschaft und Wirtschaft sowie Flächen und Ressourcen erforderlich. Anhand von Projekten, die beispielhaft für die Transformationsaufgaben in diesen Bereichen in Bielefeld stehen, sollen praxisbezogen mit neuen agilen Arbeitsmethoden Standards für das zukünftige städtische Handeln in Bezug auf die Transformationsaufgaben herausgearbeitet werden. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Projekten zu verbessern, die Umsetzungswahrscheinlichkeit zu erhöhen und Umsetzungszeiträume zu verkürzen.

Durch die Identifikation von Erfolgsfaktoren und übertragbaren agilen Prozessen aus diesen Pilotprojekten soll die Transformation beschleunigt und in die Breite getragen werden. Hierzu sollen nicht nur kommunale Projekte ausgewählt werden, sondern auch Projekte, die teilweise oder in Gänze von lokalen Unternehmen und Organisationen getragen werden, jedoch eine Umsetzungsschnittmenge zur Stadt haben.

Ausgangslage

Die Rahmenbedingungen für Verwaltungsabläufe und Entscheidungswege sind oftmals mit viel Abstimmungsbedarf und Zeitaufwand verbunden, was dazu führt, dass Projekte zeitverzögert oder auch gar nicht umgesetzt werden.

Beschreibung

Am Beispiel von konkreten Projekten und Aktivitäten sollen mit Expert*innen im Rahmen von prozessbegleitenden Fach- und Arbeitsterminen Handlungsempfehlungen erarbeitet werden. Beispielhafte Projekte können z.B. aus den folgenden Bereichen stammen (wobei auch mehrere Bereiche durch ein Projekt adressiert sein können):

Governance: Schlüssel zur erfolgreichen Umsetzung ist die Beschleunigung von Entscheidungen sowie deren Umsetzung. „Governance Projekte“ können Aspekte der Organisationsentwicklung, der Beteiligung oder der Steuerung sein.

Technik und Infrastruktur: Projekte aus dem Bereich „Technik und Infrastruktur“ können z.B. Ausbauprojekte der erneuerbaren Energien, der Wärmeversorgung oder der Mobilitätsinfrastruktur sein. Sie zeigen Hemmnisse auf und ermöglichen die Identifikation von Erfolgsfaktoren für die Umsetzung.

Gesellschaft und Wirtschaft: Projekte aus dem Bereich „Gesellschaft und Wirtschaft“ haben z.B. die Veränderung der Verhaltensweisen in Gesellschaft und Wirtschaft zum Ziel und tragen dazu bei, klimaschonendes Handeln in die Breite zu tragen. Instrumente, wie die Gemeinwohlökonomie verändern z.B. das wirtschaftliche Handeln von Unternehmen.

Flächen und Ressourcen: Die Gestaltung der räumlichen Transformation zur klimaneutralen Stadt sowie der schonende Umgang mit Flächen und Ressourcen ist eine zentrale Aufgabe einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Eine klimaneutrale Stadt erfordert die Neuverhandlung der Flächennutzung, um Flächenkonkurrenzen zu minimieren. Projekte aus diesem Bereich zeigen z.B. auf, wie die Grenzen des Flächen- und Ressourcenverbrauchs eingehalten werden können.

Erste Handlungsschritte

- Entwicklung von Auswahlkriterien geeigneter Projekte
-

- Auswahl von zunächst bis zu zwei repräsentativen Projekten aus den oben genannten Bereichen
- Systematische Erfassung der Anforderungen und Bedürfnisse der Akteur*innen mit Expert*innen
- Umsetzungsbegleitende Erarbeitung von praxisbezogenen Handlungsempfehlungen zur Beschleunigung der Umsetzung, Schaffung von Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Umsetzung und die Übertragbarkeit mit dem Ziel der Breitenwirkung
- Etablierung eines regelmäßigen Fachaustausches unter Einbindung von Expert*innen, Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen zur Erarbeitung der Empfehlungen
- Aufbereitung der Ergebnisse und Verstetigung der Umsetzungsprozesse in Bielefeld inkl. Kommunikation im Rahmen des neu geformten Fachaustausches
- Bei Erfolg ggf. Wiederholung mit Projekten aus anderen Bereichen



Akteur*innen

Federführung: Die Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung wird noch abschließend geklärt.
Beteiligte: Konzern Stadt Bielefeld, Einwohner*innen



Zielgruppe

Akteur*innen mit Umsetzungsverantwortung, Politik



Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten³⁸

1 Vollzeitäquivalent/a



Dauer der Aktivität

2024 bis 2026



Sachkosten

80.000 € für Veranstaltungen, externe Expert*innen, externe Beratung, Evaluation



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar, Umfang und Wirkung der Umsetzung sind gegenwärtig noch nicht abschätzbar.



Synergieeffekte

Diese Aktivität hat Synergien mit allen Handlungsfeldern.



Zielkonflikte

Es werden keine Zielkonflikte erwartet.



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Auswahl Projekte
Durchführung von Veranstaltungen mit Experten*innen, praxisbezogene Handlungsempfehlungen
Anwendung und Übertrag auf andere Projekte und Akteur*innen

³⁸ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Handlungsfeld Governance Nr. 7.1.2.1.

Monitoring und Controlling mit Multiprojektmanagement einführen

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Transformation als Managementaufgabe der Stadt	2024	Kurzfristig, mittelfristig, langfristig	Regulieren

Ziel und Strategie

Grundlage für eine erfolgreiche Implementation und Umsetzung der Klimaneutralitätsstrategie Bielefeld ist die Einführung eines digitalen Monitorings und Controllings im Rahmen eines Multiprojektmanagements. Ein Multiprojektmanagement ermöglicht die zielgerichtete Steuerung einer Vielzahl von Projekten und Maßnahmen bei wechselnden politischen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen. Im Gegensatz zum Projektmanagement für Einzelprojekte behält das Verfahren das Gesamtergebnis aller Vorhaben im Blick und koordiniert sie fachbereichsübergreifend.

Ausgangslage

Die Stadtverwaltung Bielefeld verfügt derzeit über kein vergleichbares Monitoring Tool. Möglicherweise liegt jedoch bereits eine universell einsetzbare Software vor, welche sich dafür eignen könnte.

Beschreibung

Im Kontext des kommunalen Klimaschutzes bedeutet Multiprojektmanagement, ein Portfolio von Projekten, Maßnahmen und Aktivitäten zielführend im Sinne der kommunalen Klimaschutzziele zu managen und zu steuern. Dabei legt – im Unterschied zum Projektmanagement – das Multiprojektmanagement den Fokus auf das gesamte Portfolio der Klimaschutzprojekte und verfolgt die übergeordneten kommunalen Klimaschutzziele. Hierzu soll ein Prozess beschrieben werden, der definiert, wie Maßnahmen Teil des Portfolios werden. Möglichkeiten der Kommunikation und transparenten Darstellung des Portfolios, Statusberichte sowie Verfahren zur Erfolgs- und Prozessevaluation sollen entwickelt werden.

Zu den zentralen Aufgaben gehören z.B.:

- **Vernetzung und Wissensmanagement (intern/extern):** Die Vernetzung zwischen den Verwaltungsabteilungen und den Beteiligungen der Stadt zu Klimaschutzthemen wird als Daueraufgabe eingeführt und ein Wissensmanagement aufgebaut.
- **Wirkungsmonitoring und Erfolgskontrolle:** Einheitliche Datenstruktur, Transparenz über gespeicherte Daten, Informationen und Wissen, Aufbauen einer wirkungsorientierten Steuerung
- **Analyse und Aufbereitung als Grundlage für die strategische Prozesssteuerung**
- **Formulierung von Empfehlungen zur Initiierung von Projekten:** Methodische Beratung und Unterstützung in der Start- und Umsetzungsphase strategisch bedeutsamer Projekte, z.B. in Koordination mit den Aktivitäten Klima-Konto oder der Öffentlichkeitsbeteiligung.

Erste Handlungsschritte

- Evaluation der vorhandenen und bereits geplanten Instrumente
- Instrumente des Multiprojektmanagements einführen und einsetzen (z. B. Klima-Portfolio als Werkzeug und zentrales Organigramm des strategischen Maßnahmenplans, Monitoring und Controlling)
- Digitales Monitoring- und Controllingsystem in Abstimmung mit Amt für Organisation auswählen
- Vernetzung und Wissensmanagement dauerhaft einrichten

- Schrittweise Implementierung und Verankerung der Instrumente inkl. Schulung der Mitarbeiter*innen
- Monitoring- und Controllingsystem evaluieren und fortschreiben



Akteur*innen

Federführung: Umweltamt
Beteiligte: Amt für Organisation,
Kordinierungsstelle Digitalisierung,
Presseamt/Statistikstelle,
Digitalisierungsbüro



Zielgruppe

Ämter, Konzern Stadt Bielefeld

Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten³⁹

2 Vollzeitäquivalente/a



Dauer der Aktivität

2024 – fortlaufend



Sachkosten

Ca. 80.000 € für die Beratung zur
Einführung eines
Multiprojektmanagements



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Keine direkte Einsparung



Synergieeffekte

Diese Aktivität hat Synergien in alle
Handlungsfelder



Zielkonflikte

-



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Implementierung einer
Portfoliomanagement-Software

³⁹ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Handlungsfeld Governance Nr. 7.1.2.2.

Instrumente zur Steuerung des Klimaschutzprozesses implementieren

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Transformation als Managementaufgabe der Stadt	2024	Kurz- langfristig	Regulieren

Ziel und Strategie

Die Stadt Bielefeld kann den Prozess zur Klimaneutralität nicht in Gänze steuern, sie kann ihn aber im Hinblick auf die Zielerreichung kontrollieren und direkt oder indirekt auf den Prozess einwirken. Die Aktivität bündelt Teilaktivitäten zum Nachjustieren und Steuern. Ansätze zur Nachjustierung sind:

- Gestaltung der rechtlichen, planerischen und finanziellen Rahmenbedingungen
- Aktive Steuerungsmöglichkeiten des Maßnahmenportfolios mit einer Top-Down und Bottom-Up Strategie
- Transparenz- und Kommunikationsoffensive im Zuge des Multiprojektmanagements, insbesondere in Hinsicht auf fachliche Zuständigkeit und Federführung innerhalb des Konzerns Stadt Bielefeld

Ausgangslage

2018 hat der Rat der Stadt Bielefeld die Fortschreibung des „Handlungsprogramm Klimaschutz bis 2050“ beschlossen. Im dem Handlungsprogramm werden 32 Maßnahmen zur Emissionsminderung festgehalten. Den aktuellen Stand zur jeweiligen Maßnahme wird im Sachstandsbericht zum „Handlungsprogramm Klimaschutz“ aufgezeichnet. Mittels Indikatoren werden diese Maßnahmen bewertet und bei Bedarf nachgesteuert. Zwischen den Sachstandsberichten liegt das Führen der Zwischenstände und das Steuern bei den Organisationseinheiten und Fachämtern, die die Aktivität ausführen. Ein gesamtheitlicher Überblick ist somit in diesen Zwischenzeiten nicht gegeben. Hier ließe sich an das Projekt „Digitaler Zwilling“ im Quartier Sennestadt anknüpfen, indem ein sogenannter Basiszwilling für die Stadt Bielefeld erstellt und Erfahrungen mit insbesondere mit Citizen Science Projekten für die aktive Steuerung des Maßnahmenportfolios übernommen bzw. gemeinschaftlich gemacht werden.

Beschreibung

Transparenz und Grundlagen für die strategische Steuerung werden über das Multiprojektmanagement hergestellt. Die konkrete Steuerung bedarf zusätzlicher Prozesse und Instrumente, die im Rahmen der Aktivität formuliert und eingeführt werden sollen. Dazu gehören z.B. die klare Zuordnung der Federführung im Konzern Stadt Bielefeld in Bezug auf die Handlungsfelder der Klimaneutralitätsstrategie, die fachliche Verankerung der Ziele der Klimaneutralität im Konzern Stadt Bielefeld durch die Einführung von „Change-Agents“, die Einführung eines Lenkungsorganes Klimaneutralität (ggf. in enger Verzahnung mit dem Smart-City Prozess und dem Digitalisierungsbüro), die Einführung eines verbindlichen Mechanismus zur Nachsteuerung bei Verfehlen der THG-Reduktionsziele (z.B. in Form von zusätzlichen Maßnahmen) sowie die Einführung eines Benchmarksystems. Diese Ansätze werden im Folgenden kurz erläutert:

Klare Zuordnung und Kommunikation der Federführung im Konzern Stadt Bielefeld in Bezug auf die Handlungsfelder der Klimaneutralitätsstrategie

Zentraler Grundstein für die Umsetzung der Klimaneutralitätsstrategie ist eine umfassende Kommunikation und Verständnis der Zuständigkeit und Federführung je Handlungsfeld im Konzern Bielefeld. Das Multiprojektmanagement unterstützt bei der Beschreibung von Indikatoren und Kriterien je Prozess und Handlungsfeld. Die Einführung eines „Change-Agents“ verstetigt diese Teilaktivität.

Einführung von „Change-Agents“

Die fachliche Verankerung der Ziele der Klimaneutralität im Konzern Stadt Bielefeld erfolgt über die Einführung sogenannter „Change-Agents“. Diese sollen in jedem Fachbereich und jeder Beteiligung der Stadt Bielefeld angesiedelt werden, um so den Transformationsprozess in Abstimmung mit dem Multiprojektmanagement im Konzern Stadt zu verankern.

Lenkungsreis Klimaneutralität

Mit dem Lenkungsreis Klimaneutralität schafft die Stadt ein Gremium, das:

- Verzahnungen mit parallellaufenden Prozessen überblickt und die Nutzung von Synergiepunkten anstößt (z.B. Smart City Prozess),
- als Kontaktpunkt für externe Expert*innen für das Wissensmanagement fungiert,
- die Nachsteuerungsmechanismen kontrolliert und ggf. Maßnahmen zur Nachjustierung ausarbeitet.

Einführung eines verbindlichen Mechanismus zur Nachsteuerung (siehe Band 1 Kapitel 13.3 ff.)

Die Einführung eines verbindlichen Mechanismus zur Nachsteuerung ist Grundlage für alle Steuerungsprozesse:

- Aufstellen eines praxisgerechten Indikatorensystems mit Darstellung der Entwicklungspfade als Basis für einen jährlichen Soll-Ist Wert Abgleich
- Multiprojektmanagement führt den Soll-Ist-Wert Abgleich für die sektorspezifischen Indikatoren durch (jährlich).
 - Fall1: Indikatoren liegen auf dem Zielpfad = kein Nachsteuerungsbedarf
 - Fall2: Abweichung der Indikatoren vom Zielpfad in einem oder mehreren Sektoren => Nachsteuerungsbedarf
- Lenkungsreis (halbjährlich) und Change-Agents empfehlen Maßnahmen zur Nachjustierung
- Verwaltung und Beteiligungen (halbjährlich) legen Aktivitäten zur Nachsteuerung mit direktem oder indirektem Einfluss vor
- Kommunikation und ggf. Beschluss im Rat der Stadt Bielefeld
- Zusätzlich wird die CO₂-Bilanz nach dem BSKO Verfahren als Instrument für den Soll-Ist-Wert Abgleich der sektorspezifischen CO₂-Emissions- und Budgetziele in einem Turnus von 1,5 bis 2 Jahren durchgeführt.

Benchmark Beispiele

Benchmarks (dt. Mess- und Bewertungsverfahren) sind ein Instrument zur Steuerung. Es wird ein Benchmarksystem über alle Handlungsfelder eingerichtet. Ziel ist es, Vergleichswerte für den klimaschonenden und ressourcenschonenden Umgang über alle Handlungsfelder und insbesondere im Bereich Konsum und Ernährung zu erfassen und damit einen „Wettbewerbsgedanken“ zu fördern, der den schonenden Umgang mit Ressourcen „gamifiziert“. Durch den Gamification Ansatz wird die Zielerreichung zum Spiel und baut einen Belohnungsmechanismus auf, der Fortschritte visualisiert und vergleichbar macht,

Erste Handlungsschritte

- Klare Zuordnung und Kommunikation der Federführung im Konzern
- Einführung eines Lenkungsreises Klimaneutralität
- Einführung eines verbindlichen Mechanismus zur Nachsteuerung
- Einführung Benchmarksystem
- Evaluierung und ggf. Anpassung

 Akteur*innen Federführung: Umweltamt Beteiligte: alle Dezernate, insbesondere Digitalisierungsbüro	 Zielgruppe Kernverwaltung, Beteiligung und städtische Unternehmen, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisatoren
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten⁴⁰ 5 Vollzeitäquivalente/a	 Dauer der Aktivität Langfristig etablieren
 Sachkosten Ca. 50.000 € für Umsetzungsberatung zur Implementierung der Steuerungsinstrumente	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Keine direkte Einsparung	
 Synergieeffekte Diese Aktivität hat Synergien in alle Handlungsfelder	 Zielkonflikte -
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Prozess zur Nachsteuerung ist definiert, Prozess ist verankert, Reporting ist aufgebaut Entwicklung und Einführung von Benchmarks	

⁴⁰ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Handlungsfeld Governance Nr. 7.1.2.3.

Bielefelder Klima-Konto zur Finanzierung von Klimaschutzaktivitäten

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Transformation als Managementaufgabe der Stadt	2024	mittelfristig	Anbieten/Versorgen

Ziel und Strategie

Das Bielefelder Klima-Konto ist ein Instrument zur Förderung von Projekten zur Reduktion von Treibhausgasen: Pro eingesparter Tonne CO₂ wird ein Förderbetrag ausgezahlt. Über das lokale Klima-Konto sollen grundsätzlich Projekte gefördert werden, die die laufenden Maßnahmen der Stadt ergänzen und die Emissionsminderung vor Ort bewirken. Das Instrument eignet sich auch als verstärkende Teilmaßnahme zur Einführung des Bielefelder Klimapaktes, da es Einwohner*innen und andere Akteur*innen bei der Umsetzung eigener Maßnahmenideen unterstützt. Die finanzielle Ausstattung des „Klima-Kontos“ erfolgt nach den Prinzipien eines „lokalen Klimafonds“. Der „lokale Klimafonds“ ist kein privatwirtschaftlicher Fonds mit Renditeerwartung. Vielmehr zahlen auf das „Bielefelder Klima-Konto“ die Stadt Bielefeld und ggf. Unternehmen und Einwohner*innen ein, um damit lokale Projekte zur Treibhausgasreduktion zu fördern. Somit dient das Bielefelder Klima-Konto auch der regionalen Wertschöpfung und ermöglicht eine direkte Beteiligung, indem Verbände, Einwohner*innen und Betriebe Fördermittel für lokale, konkrete Klimaschutzprojekte beantragen können. Die Projektauswahl erfolgt nach festen Förderkriterien, die Administration des Fonds liegt bei der Stadt.

Ausgangslage

Es liegen umfangreiche Erfahrungen zur Entwicklung und Abwicklung von Fördermaßnahmen vor.

Mit dem Bielefelder Klimabeirat gibt es bereits ein bewährtes Expertengremium, das über ein Vorschlagsrecht über ein jährliches Budget von 200.000 € zur Umsetzung kurzfristig wirksamer Maßnahmen zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes verfügt.

Beschreibung

Die Stadt Bielefeld entwirft und beschließt die Grundlagen für ein Klima-Konto nach Vorlage des Klimafonds-Prinzips. Dazu muss zunächst ein Expert*innenbeirat oder vergleichbares Steuerungsgremium nominiert und ein Kriterienkatalog für die Förderkriterien erarbeitet werden, z. B. Preisentwicklung gekoppelt an die Preisentwicklung von Kompensationszertifikaten, Priorität des Sektors, in dem die Einsparung erfolgt etc. Hier kann auf den Bielefelder Klimapakt aufgebaut werden, indem die dort entwickelten Mindeststandards für die Teilnahme am Klimapakt in den Kriterienkatalog für die Förderungsvergabe einfließen. Für die Rolle des Steuerungsgremiums bietet sich eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern des Klimabeirates an. Um über den Umsetzungszeitraum eine hohe Dynamik beizubehalten, sollte die Höhe der Investitionsförderung in einem noch festzulegenden Zeitraum sinken (z. B. Verringerung um 10 %/a). Das Bundesumweltamt empfiehlt einen Preis von 237 €/t CO₂ eq., der die vermiedenen Umweltschäden widerspiegelt.

Erste Handlungsschritte

- Umsetzungsmodelle anderer Kommunen prüfen und Konzept erarbeiten
- Ernennung und Verstetigung eines Steuerungsgremiums (z. B. Lenkungskreis) für die Erarbeitung des Kriterienkatalogs
- Erarbeitung eines Kriterienkatalogs für die Förderung durch das ernannte Steuerungsgremium
- Einrichtung und Bewerbung eines „Klima-Kontos“
- Regelmäßiges (jährliches) Abgleichen der Förderkriterien und geförderten Projekte mit den Nachsteuerungsprozessen (siehe Aktivität: Instrumente zur Steuerung des Klimaschutzprozesses implementieren)

 Akteur*innen Federführung: Umweltamt Beteiligte: Amt für Finanzen, Lenkungskreis/Steuerungsgremium für die Förderungen (Umweltamt & Mitglieder des Bielefelder Klimabeirats)	 Zielgruppe Bürger*innen und -genossenschaften, Unternehmen, kulturelle und soziale Einrichtungen
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten⁴¹ 1 Vollzeitäquivalent/a	 Dauer der Aktivität 6 Jahre
 Sachkosten 500.000 €/a für den Einstieg	 Finanzierungsansatz Sponsoring durch Unternehmen und Institutionen, Haushaltsmittel.
 THG-Einsparungen Annahme: Der Fördersatz entspricht 237 €/t CO ₂ eq. (UBA Empfehlung, umschließt Kosten für Umweltschäden). Im Einstiegsjahr stehen 500.000 € zur Verfügung, bei Nachweispflicht der Einsparungen und vollständiger Ausschöpfung der jährlichen Mittel werden folgende Minderungen erzielt. <div> <div data-bbox="268 952 766 1086"> Minderung des jährlichen Emissionsniveaus (t/a): ca. 2.100 Tonnen CO₂eq/a bei einem Förderansatz von 237 €/t CO₂ eq.) </div> <div data-bbox="858 952 1370 1120"> Kumulierte THG-Einsparung (t): ca. 14.800 Tonnen CO₂eq. bei gleichbleibendem Förderansatz über 6 Jahre </div> </div>	
 Synergieeffekte 5.1.1.1 Nachhaltiges Handeln im Quartier 6.2.1.1. Beratungsangebote für Unternehmen zum Thema CO ₂ -Kompensationsrichtlinien und -standards 7.2.2.1. Bielefelder Klimapakt entwickeln und verbreiten	 Zielkonflikte Nicht zu erwarten
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Beschluss des Klimakontos, Vergabe des ersten Förderbescheids	

⁴¹ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Handlungsfeld Governance Nr. 7.1.3.1.

Partizipative Entwicklung Kommunikations- und Marketingstrategie

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Transformation als Managementaufgabe der Stadt	2024	Kurzfristig	Verbrauchen/ Vorbild

Ziel und Strategie

Alle Umsetzungselemente, die mit diesem Konzept „Klimaneutralität 2030“ formuliert werden, müssen wirksam in die Öffentlichkeit transportiert und kommunikativ begleitet werden. Dabei muss glaubhaft sichtbar gemacht werden, wie die Stadt Bielefeld ihrer Vorbildfunktion und Daseinsfürsorge in Zeiten des Klimawandels gerecht wird. Ziel ist auch, dass die städtischen Beteiligungs-, Unterstützungs- und Förderangebote zum Klimaschutz mehr Menschen und alle Bereiche der Stadtgesellschaft erreichen. Darüber hinaus sollen alle Bielefelder*innen motiviert werden, Klimaschutz im Alltag umzusetzen. Klimaschutz soll als gemeinsame Aufgabe aller Bielefelder*innen (inklusive Betriebe, Organisationen und Institutionen) angenommen werden. Dazu gehört auch, partizipativ neue Formate zur Informations- und Akzeptanzsteigerung zu finden, in denen die Vorteile von Klimaschutzmaßnahmen für die Bürger*innen erlebbar gemacht werden. Dabei bleibt die Etablierung von Klimaschutz als Querschnittsthema in allen Ämtern der Stadtverwaltung eine Grundvoraussetzung für eine umfassende Kommunikations- und Marketingstrategie.

Ausgangslage

Mit dem Entwurf einer Ausschreibung für die Konzepterstellung wurde bereits begonnen. Bereits die Entwicklung einer städtischen Kommunikationsstrategie sollte auf den gesamten Verwaltungsquerschnitt einwirken.

Beschreibung

Die Stadt Bielefeld entwickelt mit einem externen Kommunikationsbüro eine Strategie, welche eine zielgruppenspezifische Ansprache im Bereich der Klimaneutralität 2030 und der zugehörigen Kommunikationsmaßnahmen vorschlägt. Etablierte Öffentlichkeitsaktivitäten der Stadt Bielefeld im Bereich des Klimaschutzes müssen konkretisiert und um eine moderne, zielgruppengemäße Ansprache ergänzt werden.

Darüber hinaus wird erarbeitet, wie die Zusammenarbeit mit externen Akteur*innen aus der Stadtgesellschaft (Organisationen, Institutionen, Vereine, ...) zur Umsetzung des Konzepts Klimaneutral 2030 gestaltet werden kann.

Jegliche vorgeschlagene Kommunikationsmaßnahme muss sich an Nachhaltigkeitsgrundsätzen messen lassen, welche neben dem Schutz von Umweltressourcen unter anderem auch den angemessenen Umgang mit Finanz- und Personalressourcen beinhalten.

Für die Partizipation von Bürger*innen in die Entwicklung neuer Formate zur Akzeptanzsteigerung sollten zunächst Interessensschwerpunkte ermittelt werden, beispielsweise durch Umfragen oder Mitmachwochen. Eine Grundlage für „Erlebnis Klimaschutz“-Formate stellt das Projekt „Klimaschonende Entscheidungen“ dar. Die dort durch die sogenannten Klima Coaches erlangten Erfahrungen könnten thematische Schwerpunkte für weitere Angebote informieren, die dann in Pilotprojekten auf z. B. Quartiersebene ausprobiert werden können. Beispiele für die Quartiersebene wäre die Einführung von Urban Gardening Projekten, Tausch-Bibliotheken oder PKW-freien Zonen in Kombination mit Leihangeboten.

Erste Handlungsschritte

- Ausschreibung der Strategieerstellung
- Etablierung von Klimaschutz als Querschnittsthema in allen Bereichen der Verwaltung, inkl. Entwicklung von Klimaschutzmaßnahmen der Mitarbeitenden

- Zwischenfazit aus dem Projekt Klimaschonende Entscheidungen ziehen
- Partizipatives Format bewerben und Marketingangebote entwickeln



Akteur*innen

Federführung: Die Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung wird noch abschließend geklärt
Beteiligte: Presseamt / Statistikstelle, Umweltamt



Zielgruppe

Gesamte Stadtgesellschaft



Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten⁴²

1,5 Vollzeitäquivalente/a



Dauer der Aktivität

2 Jahre



Sachkosten

80.000 €



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Nicht quantifizierbar



Synergieeffekte

Aktivitäten: 7.2.2.1 Bielefelder Klimapakt entwickeln und verbreiten, 7.3.1.1. Modellprojekt Beteiligungsverfahren mit der Öffentlichkeit Bielefeld klimaneutral 2030, 7.2.3.1. Fortbildung und Wissensvermittlung Klimaneutralität, 7.3.1.1. Öffentlichkeitsbeteiligung zu Bielefeld klimaneutral 2030



Zielkonflikte

Konflikte zwischen Interessengemeinschaften,



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Zu entwickelnde Indikatoren im Maßnahmenkatalog der Kommunikations- und Marketingstrategie

⁴² Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Handlungsfeld Governance Nr. 7.2.2.1.

Bielefelder Klimapakt entwickeln und verbreiten

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Transformation als Organisations- und Planungsaufgabe	2024	mittelfristig	Verbrauchen/ Vorbild

Ziel und Strategie

Ziel des Bielefelder Klimapaktes ist ein gemeinsames Kommttment für die Erreichung der Klimaneutralität in Bielefeld. Die Teilnehmenden definieren ihre Klimaziele zur anschließenden Umsetzung. Darin inbegriffen ist eine Selbstverpflichtung der Stadt Bielefeld als Vorbildfunktion. Unternehmen, Vereine, Organisationen und Privatpersonen beteiligen sich ebenfalls mit eigenen Zielen. Für Privatpersonen werden die Erfahrungen und Akteur*innen des Projekts "Klimaschutz-Einfach machen!" eingebunden. Personen der Öffentlichkeit können als "Botschafter*innen" für einen Beitritt werben, die Öffentlichkeitsarbeit soll über die Internetseite der Stadt erfolgen.

Ausgangslage

In Bielefeld gibt es unterschiedliche Projekte und Einzelinitiativen von Unternehmen, Initiativen und Organisationen, die Klimaschutzmaßnahmen in ihrem Einflussbereich prüfen und umsetzen. Mit dem Projekt "Klimaschutz-Einfach machen!" werden private Haushalte zur Umsetzung von Klimaschutz im Alltag angeleitet. Der Bielefelder Klimapakt soll dazu beitragen, dass diese Ansätze und Projekte in der Öffentlichkeit besser wahrgenommen werden und weitere Akteur*innen motiviert werden, mitzumachen.

Beschreibung

Zuerst muss ein Mindeststandard für eine Teilnahme am Bielefelder Klimapakt formuliert werden, um Transparenz über das Ziel, Inhalte und Verlauf des Klimapaktes zu gewährleisten. Motivation, eigene Strategie und spezifische Unternehmensziele sollten ebenfalls in die Ausformulierung der Ziele fließen, aber für eine Teilnahme am Klimapakt sollten die einzelnen Projekte einem strategischen Ansatz folgen, um zur Erreichung des Pariser Klimaziels beizutragen. Hierfür sollte Orientierung in Form von Information und anschaulichen Best-Practice-Beispielen und klimafreundliche Alternativangebote bereitgestellt werden. Es sollte außerdem ein Veranstaltungsformat installiert werden, um regelmäßig (einmal pro Jahr) über den Klimapakt zu informieren und den Teilnehmenden eine Plattform zu bieten, ihre Aktivitäten und die Zielerreichung vorzustellen. Hilfestellungen für die Erstellung der eigenen Klimaziele je Zielgruppe steigern die Bereitschaft zum Mitmachen, gleichzeitig sollte der Klimapakt an partizipative Kommunikations- und Mitmachangebote und auch Fördermittel gekoppelt sein, um über die reine Planungsphase hinaus Akteur*innen zu motivieren. Diese Grundlagen sollen 2024 geplant und vorbereitet werden.

Erste Handlungsschritte

- 2023 Start der Planung und Vorbereitung unter Einbindung externer Akteur*innen
- Entwicklung eines Mindeststandards für die Teilnahme
- Entwicklung von eigenen Projekten als Vorbild durch den Konzern Stadt Bielefeld
- Kommunikationskampagne zur Zielsetzung des Klimapakts, den Projekten der Stadt Bielefeld (Vorbild) sowie Orientierungsangeboten für die Teilnehmer*innen
- Erste Veranstaltung mit Zwischenständen der Projekte in die Öffentlichkeitsarbeit einbinden

 Akteur*innen Federführung: Umweltamt Beteiligte: Presseamt/Partizipation Bielefelder Klimabeirat (BKB)	 Zielgruppe Bürger*innen, Unternehmen, kulturelle und soziale Einrichtungen, Konzern Stadt
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten⁴³ 0,5 Vollzeitäquivalente/a	 Dauer der Aktivität 6 Jahre
 Sachkosten Ca. 15.000 €/a für Öffentlichkeitsarbeit	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Nicht quantifizierbar	
 Synergieeffekte Diese Aktivität hat Synergien in alle Handlungsfelder	 Zielkonflikte Interessenskonflikte zwischen Interessensgruppen in der Bevölkerung
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Entwicklung von Mindeststandards für die Teilnahme am Klimapakt, Entwicklung eigener Vorbildprojekte durch den Konzern Stadt Bielefeld Anzahl Teilnehmende Klimapakt	

⁴³ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

Governance/ Nr. 7.2.3.1.

Fortbildung und Wissensvermittlung Klimaneutralität

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Transformation als Organisations- und Planungsaufgabe	2024	Kurzfristig	Vernetzung und Transparenz

Ziel und Strategie

Die Aktivität zielt darauf ab, den fach- und projektbezogenen Austausch zu fördern und Synergieeffekte zu erzielen. Verwaltungsinterne Informationsveranstaltungen und Kommunikationsformate schaffen Transparenz und dienen der Aktivierung sowie Vernetzung. Beschäftigte werden informiert, wie sie mit der beruflichen Tätigkeit verbundenes Handeln möglichst nachhaltig und klimaschonend gestalten können.

Ausgangslage

Klimaneutralität ist eines der strategischen Ziele der Stadt Bielefeld. Die Ausgangsvoraussetzungen für eine wirksame Umsetzung in der Verwaltung sind günstig, da bereits eine ganze Reihe an Maßnahmen durchgeführt werden. So adressiert beispielsweise der Maßnahmenkatalog des 2016 ausgearbeiteten Handlungskonzeptes Klimaschutz indirekt die ämterübergreifende Zusammenarbeit in der Stadtverwaltung. Einer der Schwerpunkte ist die Steigerung des Klimabewusstseins in der Bevölkerung und innerhalb der Verwaltung. Bisher fehlen jedoch konkrete verwaltungsinterne Kommunikations- und Vernetzungsmöglichkeiten über Klimaschutzthemen. Über spezifische Informations- und Vernetzungsangebote, die dem Austausch zwischen den Fachbereichen und Gesellschaften dienen, soll dies geändert werden.

Beschreibung

Regelmäßige verwaltungsinterne Austausch- und Informationsveranstaltungen sollen die Transparenz über die projektbezogene Zusammenarbeit hinaus fördern. Als ein Instrument für eine verwaltungsinterne Informationsveranstaltung wird eine regelmäßige Veranstaltungsreihe eingeführt. Diese Veranstaltungsreihe soll die Mitarbeiter*innen in einem informellen Rahmen zusammenbringen. Sie werden über die Klimaschutzaktivitäten der Stadt Bielefeld informiert und eingeladen, eigene Ideen zu entwickeln und (ähnlich dem innerbetrieblichen Vorschlagsmanagement) einzubringen. Hier ist zu beachten, dass verschiedene Kanäle zur Information über diese Veranstaltungen genutzt werden, da nicht alle Mitarbeitenden einen städtischen Intranetzzugang haben.

Vorbildliche Projekte und Initiativen können präsentiert und Aktionen zur Aktivierung und Mobilisierung durchgeführt werden. Neben der Integration klimafreundlichen Verhaltens in den jeweiligen spezifischen Arbeitsbereich, geht es auch um die Ausbildung von Beratungskompetenzen innerhalb der Verwaltung. Die Veranstaltungsreihe ist eine Möglichkeit, Verbündete für Klimaschutzthemen in den Organisationseinheiten zu identifizieren (Change Agents) und damit den Prozess zu verankern. Zudem werden die Beschäftigten der Bielefelder Verwaltung und der kommunalen Unternehmen zum Beispiel durch Schulungen, Wettbewerbe und die Schaffung von Angeboten in die Lage versetzt und motiviert, energiesparende Geräte effizient anzuwenden und auch ihr eigenes Verhalten im Rahmen der Arbeit klimaschonender zu gestalten.

Erste Handlungsschritte

- Entwicklung eines Unterweisungskonzept: „Anleitungen für nachhaltiges und klimaschonendes Handeln im beruflichen Kontext“ für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
 - Entwicklung einer Kommunikations- und Informationskampagne auf Basis der Kommunikationsstrategie zur Sensibilisierung der Beschäftigten der Verwaltung und der kommunalen Unternehmen
-

- Format für Informationsaustausch, verwaltungsinterne Kommunikation bzw. Vernetzung entwickeln
- Relevante Akteur*innen in der Verwaltung identifizieren und akquirieren
- Format für Informationsaustausch in die Umsetzung bringen und verstetigen unter der Voraussetzung, dass die inhaltliche Konzeption, Themen und Ziele der Veranstaltung sowie Ergebnisaufbereitung in der Verantwortung anderer Fachbereiche liegen

Abhängigkeiten:

- Die Umsetzungen der ersten Handlungsschritte seitens des Amts für Personal sind zeitlich abhängig von einzelnen Aktivitäten der Klimaneutralitätsstrategie 2030 unter Governance, beispielsweise der Entwicklung einer Kommunikationsstrategie
- Die interne Verbreitung von Informationen ist abhängig von den bestehenden Kommunikationskanälen (Intranet, E-Mail etc.) des Konzerns Stadt Bielefeld



Akteur*innen

Federführung: Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen
Beteiligte: Amt für Personal, Umweltamt



Zielgruppe

Konzern Stadt Bielefeld



Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten⁴⁴

1 Vollzeitäquivalent/a



Dauer der Aktivität

2024 bis 2030



Sachkosten

5.000 € pro Jahr für Veranstaltung,
1.000 € pro Jahr für Materialien etc., ca.
14.000 € für externe Unterstützung
In Summe (2024) ca. 20.000 €



Finanzierungsansatz

Haushaltsmittel



THG-Einsparungen

Beispielhafte Quantifizierung mit Annahme von kontinuierlich 2 % Einsparungen von Strom und Wärme in kommunalen Gebäude pro Jahr.

Minderung des jährlichen
Emissionsniveaus (t/a):

ca. 370 Tonnen CO₂eq/a (2024)

Kumulierte THG-Einsparung (t):

ca. 2.460 Tonnen CO₂eq



Synergieeffekte

Diese Aktivität hat Synergien mit allen anderen Handlungsfeldern



Zielkonflikte

Es werden keine Zielkonflikte erwartet



Erfolgsindikatoren/Meilensteine

Informationsverbreitung intern: Anzahl Artikel und Zugriffszahlen im Intranet, Themenaufbereitung im Intranet-Newsletter; Anzahl Flyer o. ä. auch an MA ohne PC-Arbeitsplatz; Entwicklung

⁴⁴ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.

und Durchführung von Formaten zum
Austausch und zur Vernetzung, An-
zahl Teilnehmende

Handlungsfeld Governance Nr. 7.3.1.1.

Öffentlichkeitsbeteiligung zu Bielefeld klimaneutral 2030

Themenschwerpunkt	Einführung	Wirkungsentfaltung	Einflussbereich
Transformation in zivilgesellschaftlicher Verantwortung	2023	Kurzfristig	Mitwirken

Ziel und Strategie

Ziel der Aktivität ist die Einführung von regelmäßigen Öffentlichkeitsbeteiligungen zu Bielefeld Klimaneutral 2030. Mit diesen soll die Akzeptanz und damit der Erfolg von Klimaschutzmaßnahmen in der Bevölkerung gesteigert werden. Im Fokus steht jedoch das Mitwirken der Stadtgesellschaft an der Gesamtaufgabe.

Ausgangslage

Die Stadt Bielefeld hat im Rahmen vergangener Projekte bereits verschiedene Formate zur Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgreich durchgeführt.

Beschreibung

Um die Bielefelder*innen stärker in den Prozess Bielefeld Klimaneutral 2030 einzubinden, gibt es diverse Möglichkeiten. Eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu bestimmten (Fach-)Fragen soll zu diesem Zweck durchgeführt werden, z. B. die Fortführung der im Rahmen der Strategieentwicklung durchgeführten Fokusgruppen. Das in einem partizipativen Prozess entwickelte "Regelwerk für Öffentlichkeitsbeteiligung" (Arbeitstitel/Fertigstellung und Beschlussfassung voraussichtlich im Sommer 2024) soll bei den Beteiligungsverfahren Anwendung finden.

Bei den unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten sollen verschiedene Formate sowie Auswahlverfahren und -kriterien der Teilnehmer*innen, bspw. Alter oder Stadtbezirk, erprobt werden. Zur Konzeption der Formate muss der jeweilige Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum der Teilnehmer*innen festgelegt sowie eine ggf. notwendige Mediation thematisiert werden. Die Erfahrungen der bisherigen Beteiligungsformate der Stadtverwaltung fließen hier ein. Auf Grundlage der Fragestellungen, Kriterien sowie gemachten Erfahrungen wird ein Beteiligungskonzept erstellt.

Unterstützt wird der Prozess durch eine transparente Kommunikation und wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der bestehenden Beteiligungsformate. So wird eine Qualitätsverbesserung sichergestellt und solide Grundlage für Anpassungen und Innovationen in der Bielefelder Öffentlichkeitsbeteiligung geschaffen. Außerdem wird empfohlen, dass bei Bedarf bereits bestehende, lokale Initiativen in die Vorbereitung einbezogen werden. Dadurch soll die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen erhöht und Synergieeffekte zu Aktivitäten wie dem Bielefelder Klimapakt genutzt werden.

Erste Handlungsschritte

- Erste Fragestellungen für unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten festlegen
 - Entwicklung eines allgemeinen Beteiligungskonzepts mit Anknüpfung an das Multiprojektmanagement und den Lenkungskreis unter Einbezug von Interessensgruppen
 - Zielgerichtete Umsetzung der im Beteiligungskonzept entwickelten Maßnahmen
 - Regelmäßige Evaluation des Prozesses, um die Aktivitäten und Formate den Bedarfen anzupassen
-

 Akteur*innen Federführung: Umweltamt Beteiligte: Presseamt/Statistikstelle	 Zielgruppe Einwohner*innen, Vertreter*innen von Interessengemeinschaften, Verbänden, Initiativen etc.
 Zeitaufwand in Vollzeitäquivalenten⁴⁵ 1 Vollzeitäquivalent/a	 Dauer der Aktivität laufend
 Sachkosten Ca. 10.000 €/a für Öffentlichkeitsarbeit, Catering etc. Ca. 80.000 € für Beteiligungskonzept und wissenschaftliche Evaluation	 Finanzierungsansatz Haushaltsmittel
 THG-Einsparungen Keine direkten Einsparungen durch Öffentlichkeitsbeteiligung	
 Synergieeffekte Diese Aktivität hat Synergien in alle Handlungsfelder	 Zielkonflikte -
 Erfolgsindikatoren/Meilensteine Erstellung eines Beteiligungskonzepts, Umsetzung der einzelnen Beteiligungsverfahren, Anzahl und Resonanz der Bielefelder*innen, Resonanz der Verwaltung	

⁴⁵ Der Zeitaufwand kann durch neue Aufgabenverteilungen mit bestehenden Personalkapazitäten gelöst werden oder durch zu schaffende Personalstellen.